

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Demokratische Probleme.

II. Staat und Partei.

Die Unterschiede der Auffassung zwischen Massen und Führern sind fast überall in proletarischen Organisationen merkbar. Nicht bloß in Gewerkschaften, sondern auch in Genossenschaften und Parteiorganisationen. Nur treten sie nicht überall in gleicher Weise und gleicher Schärfe auf. Wohlverstanden, wir haben hier bloß Unterschiede im Auge, die bei Aktionen zutage treten, nicht solche, die sich in theoretischen Auffassungen äußern. Die bilden ein Kapitel für sich. Wenn besondere Verhältnisse jetzt gerade für die Gewerkschaften die Frage der Schaffung repräsentativer Körperschaften in den Vordergrund gedrängt haben, so kann dieselbe Frage gelegentlich auch für andere Organisationen aktuell werden. Eine kleine Konsumgenossenschaft kann ihre Angelegenheiten durch Generalversammlungen aller Mitglieder regeln. Für eine große wird dies unmöglich. Eine beratende Versammlung von etwa 20 000 Mann ist ein Un Ding. Andererseits dürfte auch eine Delegiertenversammlung, die einmal im Jahre zusammentritt, nicht genügen, den Mitgliedern einen dauernden Einfluß auf die geschäftliche Gebarung der Beamten zu ermöglichen. Eine kleine Repräsentativversammlung, die öfter im Jahre zusammentritt und in kurzen Zwischenräumen neu gewählt wird, und zwar nicht von der Generalversammlung, sondern in Versammlungen kleinerer Bezirksorganisationen, dürfte am ehesten geeignet sein. Den Mitgliedern eine wirkliche Teilnahme an den Geschäften der Genossenschaft zu ermöglichen, sie dafür zu interessieren und so die Konsumvereine zu wahrhaften Schulen der Selbstverwaltung zu gestalten, eine Aufgabe, die große Konsumvereine wenigstens auf Grundlage direkter Volksgesetzgebung kaum zu erfüllen vermögen.

Auch im Parteileben ist hier und da bereits das Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau des Repräsentativsystems über die jährlichen Parteitage hinaus wohl geworden. Je umfangreicher der Parteiorganismus wird, je mannigfacher seine Aufgaben, desto schwerer wird es möglich, binnen sechs Tagen im Jahre alle Arbeiten ausreichend zu erledigen, die dem Parteitag zufallen. Es wäre aber zu kostspielig und schwierig, ihn öfter im Jahre zusammentreten zu lassen. Und auch dann könnte er in überraschenden Situationen leicht zu spät kommen.

Inferre französischen Genossen haben zur Beseitigung dieser Schwierigkeit eine Zwischeninstanz zwischen Parteitag und Parteivorstand geschaffen, ähnlich unserer Kontrollkommission, von dieser aber dadurch verschieden, daß sie zahlreicher ist und ihre Mitglieder nicht vom Parteitag, sondern direkt von den Genossen der einzelnen Regionen, die sie vertreten, gewählt werden.

In dem Parteistatut, das sich die geeinigte sozialistische Partei Frankreichs 1906 gab, finden wir die Bestimmung eines Nationalrats (conseil national), der alle zwei Monate im Jahre zusammentreten hat, aber auch öfter zusammentreten kann, wenn die Verwaltungskommission oder ein Viertel der Mitglieder des Nationalrats es verlangt. Ihm gehört an die ständige Verwaltungskommission (commission administrative permanente), die der Kongress wählt. Sie hat die Funktionen unseres Parteivorstandes, besteht aber aus weit mehr Personen (22). Neben dieser sitzt im Nationalrat eine Delegation der Parlamentsfraktion. Den Hauptbestandteil des Rates bilden jedoch die von den Organisationen der Departements — den Föderationen — gewählten Delegierten. Auf je fünf Mandate zum Parteitag kommt ein Mandat zum Nationalrat.

Der Nationalrat wählt aus den 22 Mitgliedern der ständigen Verwaltungskommission die fünf Parteisekretäre, deren Funktionen besoldet sind. Er leitet die allgemeine Propaganda, überwacht die Ausführung der Parteitagebeschlüsse, bereitet die Kongresse vor, kontrolliert die Parteipresse und die Parlamentsfraktion und ist berechtigt, alle Maßregeln zu ergreifen, welche die jeweilige Situation erheischt.

Wenn es in Frankreich notwendig wurde, dies Organ zu schaffen, so liegt das wohl namentlich daran, daß aus Gründen, die in der Parteigeschichte liegen, der eigentliche Parteivorstand dort eine starke Autorität besitzt, so daß es notwendig wurde, die seine durch die des Nationalrats zu verstärken und zu ergänzen. Aber je mehr die Parteiorganisationen wachsen, um so eher dürfte auch anderwärts das Bedürfnis nach einer solchen repräsentativen Einrichtung entstehen.

Wie gesagt, ich fühle mich nicht berufen, praktische Vorschläge zu machen. Sollte aber einmal irgendwo die Frage der Schaffung solcher Einrichtungen aktuell werden, dann dürfte vielleicht der Hinblick auf die Erfahrungen, die ich im vorliegenden Büchlein erörterte, nicht ohne Nutzen sein.

Freilich wird man es nicht tun dürfen ohne ein geheimes Ährzeln. Denn es wäre sehr verfehlt, wollte man Staatseinrichtungen und Parteieinrichtungen einander ohne weiteres gleich setzen und annehmen, was wir für den Staat forderten, müsse schon deshalb auch für unsere Parteiorganisation gefordert werden.

Die Demagogie unserer Gegner spekuliert in ihrer Agitation auf diese Gleichsetzung von Partei und Staat. Sie will nachweisen, daß wir unsere eigenen Grundsätze verraten, wenn wir unsere Forderungen an den Staat nicht immer auch in der Partei verwirklichen. Aber es gibt manchen Genossen, der, freilich aus ganz anderen Gründen, den gleichen Standpunkt vertritt.

In Wirklichkeit sind Partei und Staat zwei ganz verschiedene Dinge. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß Staat und Partei sich vor allem dadurch unterscheiden, daß man in den Staat hineingeboren wird, indes man sich die Partei, der man angehört, freiwillig wählt. Es ist auch

unmöglich, außerhalb jeglichen Staatsverbandes zu leben, dagegen gehört die Mitgliedschaft bei einer Partei höchstens für Geschäftspolitiker zu einer materiellen Lebensbedingung. Endlich ist eine Partei von vornherein eine Vereinigung Gleichgesinnter, dagegen ist ein Staat von vornherein schon eine Vereinigung Verschieden-gesinnter, was bereits durch die Interessengegenstände in seinem Innern bewirkt wird.

Aber noch in anderer Weise unterscheiden sich Staat und Partei. Wir haben eben gesehen, daß in ersterem Meinungs-verschiedenheiten notwendigerweise bestehen müssen, schon wegen der Interessengegenstände in seinem Schoße. Der Staat entspringt aus den Klassengegenständen, setzt diese voraus; er ist ein Instrument der Klassenherrschaft. Das gilt selbst vom demokratischen Staat, solange die Klassengegenstände bestehen. Auch dort, wo die Regierung vom Volke gewählt ist, bildet sie nicht eine Regierung des ganzen Volkes, sondern nur seiner Mehrheit. Und wo diese Mehrheit aus Bauern und Kleinbürgern besteht — oder aus Proletariern, die nicht Klassenbewußt sind, sondern sich von der Bourgeoisie nachführen lassen —, bildet sie eine Regierung, die die Interessen des Besitzes gegenüber den Besitzlosen wahrt. Noch entschiedener ist das natürlich dort der Fall, wo der Staat nicht demokratisch ist. Hier bildet die Regierung ein Instrument nicht des Volkes, sondern der Klassenherrschaft gegenüber den Besitzlosen auch dann, wenn diese die Mehrheit bilden und ihre Klasseninteressen bereits erkannt haben.

Innerhalb einer Partei dürfen sich dagegen Klassengegenstände nicht geltend machen, soll sie wirken können. Sie ist am dauerhaftesten und kraftvollsten dort, wo sie eine einzige Klasse vertritt. Bei den bürgerlichen Parteien ist das heute fast nie der Fall. Im Zeitalter des Parlamentarismus und des allgemeinen Wahlrechts muß jede Partei, welchen Klasseninteressen immer sie im Grunde dienen mag, danach trachten, einen Anhang in großen Volksmassen zu gewinnen. Das kann sie jedoch nur, wenn dieselbe als Vertreter ihrer Interessen angesehen. Wie immer eine Partei zusammengesetzt sein mag, ihr Wesen bringt es nicht notwendigerweise mit sich, daß ihre Leitung zum Organ der Ausbeutung und Unterdrückung des einen Teils der Parteigenossen durch den anderen Teil wird. Im Gegenteil, eine solche Tätigkeit der Parteileitung widerspricht dem Wesen und den Aufgaben einer Partei. Sie müßte diese früher oder später auslösen, da ja der Parteileitung keine Zwangsgewalt gegenüber den Mitgliedern zu Gebote steht, diese der Partei den Rücken kehren, wenn sie finden, daß sie ihre Interessen nicht wahrt. Gesellschaftlicher Vorkost und andere Mittel des Terrorismus vermögen nicht, eine auseinanderstrebende Partei auf die Dauer zusammenzuhalten. Das normale und dauernde Mittel, dies zu erreichen, ist die energischste Vertretung der gemeinsamen Interessen, zu deren Förderung sich die Parteimitglieder zusammengenut haben. Das ist die Aufgabe einer Parteileitung. Sie steht den Parteimitgliedern ganz anders gegenüber als eine Regierung den Staatsbürgern, selbst eine demokratische Regierung im Staate, solange dieser auf einer Gesellschaft von Klassengegenständen beruht. Wohl gibt es auch in der Partei eine Mehrheit und eine Minderheit, diese muß sich jener fügen, und die Parteileitung ist die Exekutive der Mehrheit. Trotzdem ist es lächerlich, in dieser bloßen Tatsache schon eine Parteitirannei zu sehen. Zwischen der Mehrheit und Minderheit der Partei besteht normalerweise kein Widerstreit der Interessen, kein Klassengegensatz, sondern bloß eine Verschiedenheit der Meinungen über den Weg, auf dem das gemeinsame Ziel am besten erreicht wird. Wie zahlreich die Meinungen darüber sein, wie sehr sie auseinandergehen mögen, in der Praxis kann man nicht gleichzeitig zwei verschiedene Wege gehen. Für einen muß man sich entscheiden und die Parteileitung muß dafür sorgen, daß nach dieser Entscheidung verfahren wird. Wie energisch sie dabei vorgehen mag, ihre Stellung und Aufgabe in der Partei bleibt grundsätzlich von der einer Staatsregierung, selbst wenn diese bloß dafür zu sorgen hat, daß die erlassenen Gesetze befolgt werden. Denn die Gesetze bezwecken im Staat der Klassengesellschaft die Aufrechterhaltung eines Zustandes der Ausbeutung und Unterdrückung der einen durch die anderen, nicht das Einhalten des gleichen Weges zur Wahrung von Interessen, die allen gemeinsam sind.

Ein weiterer Unterschied zwischen Staat und Partei tritt in folgendem zutage:

Weil der Staat aus den Interessengegenständen der Klassengesellschaft geboren wurde, ist er kriegerischer Natur; eine Institution des Kampfes gegen die inneren und äußeren Feinde der im Staat und durch den Staat herrschenden Klassen. Diese kriegerische Natur wollen wir ihm nehmen, wir wollen ihm das Kriegsführen gegen die ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des eigenen Landes unmöglich machen und ebenso das Kriegsführen zur Ausbeutung und Unterdrückung des Auslandes. Nicht wehrlos soll er werden gegen fremde Unterdrückung und Ausbeutung. Jeden Versuch einer solchen Bekämpfung wir zum mindesten ebenso scharf, wo nicht schärfer, als Unterdrückung und Ausbeutung durch Nationalgenossen. Aber zum Eroberungskrieg wollen wir ihm die Mittel nehmen. Nicht zum mindesten deshalb bekämpfen wir die Rüstungsanstalten und verlangen wir die Umwandlung des stehenden Landheeres in ein Milizheer, das zum Schutze des Landes genügt, aber zu Eroberungskriegen, namentlich kolonialen, schwer zu gebrauchen ist.

Wollen wir aber dem Staate seinen kriegerischen Charakter nehmen, so trachten wir andererseits dahin, unsere Partei als Organ des Klassenkampfes so machtvoll als möglich zu gestalten, ihren Kampfcharakter aufs stärkste zu entwickeln. Wollen wir den Staat zu einem Instrument des Friedens machen, so die Partei zu einem kraftvollen Instrument des Krieges, natürlich nicht des Krieges der Nationen, auch nicht des Krieges der Waffen, sondern

des Krieges der Klassen, des Krieges mit den jeweilig gegebenen Machtmitteln der inneren Politik.

Auch von diesem Standpunkt aus wird die Organisation, die wir für den Staat verlangen, nicht immer die gleiche sein können wie jene, die wir der Partei zu geben suchen. Es kann sehr wohl möglich sein, daß wir gleichzeitig hier wie dort auf einem bestimmten Gebiet in entgegengesetzter Richtung tätig sind, daß wir zum Beispiel für den Staat eine größere Autonomie der Gemeinden und Provinzen verlangen und gleichzeitig in der Partei für manche Zwecke eine stärkere Zentralisation anstreben, um sie schlagfertiger zu machen.

Endlich aber besteht zwischen Staat und Partei auch der Unterschied, daß jener souverän ist, die Gesetze für die gesamte Bevölkerung seines Gebietes gibt, indes die Partei den Gesetzen des Staates unterliegt und nur einen Teil seiner Bevölkerung umfaßt. In der Gestaltung der Form, die wir dem Staate geben wollen, sind wir also viel freier als in der Gestaltung der Form, die wir der Partei tatsächlich geben. Bei der letzteren Art der Gestaltung haben wir bloß die Grenzen des gesellschaftlich, namentlich ökonomisch, und des technisch Möglichen innezuhalten; bei der letzteren Art der Gestaltung müssen wir daneben auch noch die Gesetze des Staates und die Machtverhältnisse der Klassen im Staate beachten. Da haben wir nicht immer die Möglichkeit, unsere Grundsätze in der Organisation völlig frei zur Geltung zu bringen. Wird uns zum Beispiel die öffentliche Organisation durch ein Ausnahmegesetz oder durch Unternehmerterrorismus unmöglich gemacht, sind die Parteigenossen gezwungen, sich geheim zu organisieren, dann vermögen sie nicht immer die demokratischen Formen dabei zu beobachten, da kann es wohl heißen, einzelnen Vertrauensmännern ausgedehnte diktatorische Vollmachten verleihen, die man sonst aufs schärfste bekämpfen würde.

Man sieht, nichts wäre verkehrter, als zu glauben, mit den Grundfähen, die wir in der Verfassung des Staates verwirklichen wollen, sei auch schon die Verfassung vorgezeichnet, die wir der Partei zu geben haben. Wohl vertreten wir hier wie dort die gleichen Interessen, streben wir nach den gleichen Zielen. Aber die Aufgaben, die wir in jeder der beiden Institutionen zu erfüllen haben und die jede der beiden Institutionen zu erfüllen hat, sind sehr verschiedene. Und ebenso verschieden sind ihre Mittel. Die Verfassung, die wir jeder von ihnen zu geben suchen, muß aber ihren besonderen Aufgaben und Mitteln entsprechen, also eine besondere sein.

Insofern dürfen demnach auch die Ausführungen meines Büchleins über die Staatsverfassung nicht ohne weiteres auf die Parteiverfassung übertragen werden.

Aber immerhin haben Staat und Partei mancherlei Berührungspunkte und Ähnlichkeiten miteinander aufzuweisen, und aus den Erfahrungen auf dem einen Gebiet kann man wohl einige Anregungen für das andere schöpfen. Geht man nicht weiter, macht man aus den Anregungen der Staatsgeschichte nicht eine Schablone, die unbesehen auf die Partei zu übertragen ist, sieht man in ihnen bloß ein Mittel, das Auge für die Bewertung der Erfahrungen unseres Parteilebens zu schärfen, die mit den Erfahrungen des Staatslebens in Vergleich gesetzt werden, dann mag die Untersuchung dieses auch für die Gestaltung jenes fruchtbringend werden.

R. Kautsky

Die Niederlage des Zentrums.

Kempten, 7. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Kempten-Zimmernstadt wurde Rechtsanwalt Dr. Thoma (lib.) mit 14 288 Stimmen gewählt. Der Kandidat des Zentrums, Richter Emminger, erhielt 12 774 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark; die bei der Hauptwahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen gingen fast restlos auf den Liberalen über.

Bei der Hauptwahl erhielten Emminger 11 866 Stimmen, Thoma 10 585 Stimmen und Goelzer (Soz.) 3508 Stimmen.

Die Wahl in Kempten-Zimmernstadt hat mit dem Siege des liberalen Kandidaten Thoma geendet. Die Niederlage des Zentrums ist den 3308 Stimmen zu danken, über die die Sozialdemokratie in diesem Kreise verfügen konnte und die gestern gemäß der ausgegebenen Parole fast restlos für den liberalen Kandidaten abgegeben worden sind. Die sozialdemokratische Wahlhilfe hat dem schwarzblauen Block wieder ein Mandat entzogen.

Die sozialdemokratische Entscheidung, für den liberalen Kandidaten in der Stichwahl einzutreten, war gerade in diesem Falle nicht ganz leicht. Die Person des Kandidaten ließ sozusagen die pupillarische Sicherheit für sein sozialpolitisches Verhalten vermischen. Die Erfahrungen, die aber gerade die deutsche Sozialdemokratie so reichlich gemacht hat, beharren sie davor, den Parteimitmen, den sich ein Kandidat beilegt, schon als ausreichende Garantie für sein politisches Verhalten anzusehen. Gerade weil wir so energische und unerschöpflich Gegner der junkerlichen Volksfeinde und der kapitalen Volksbetrüger sind, müssen wir zu verhalten suchen, daß unter liberaler Firma Leute in den Reichstag gelangen, die die Geschäfte des schwarzblauen Blocks nur um so sicherer beforgen, weil sie nicht mit seinem Firmenzeichen abgestempelt sind. Für uns bleibt ein politischer Scharfmacher und sozialpolitischer Reaktionär nicht minder bekämpfungswert, weil er sich statt

Konservativ oder freikonservativ nationalliberal zu nennen liebt, und wir haben keinen Grund, einen Arbeiterfeind deshalb weniger zu bekämpfen, weil er glaubt, bei der augenblicklichen politischen Konstellation seine Rechnung mehr als Segner denn als Freund der unterhüllten Arbeiterfeinde zu finden.

Unsere bayerischen Genossen waren daher gezwungen, sich die Sicherheit zu verschaffen, dem Bloß der Volksfeinde durch ihre Entretten für den Liberalen Abbruch zu tun und sie haben die Sicherheit erhalten, indem sich Herr Thoma verpflichtet, gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, gegen jeden Angriff auf das Koalitionsrecht, gegen jedes Ausnahmengesetz und gegen jede Einschränkung der Selbstverwaltung bei der Sozialgesetzgebung sich mannhafte zur Wehre zu setzen. Die Forderung unserer bayerischen Freunde ist sicher eine sehr bescheidene. Sie verlangen von dem bürgerlichen Kandidaten durchaus nicht, daß er sich irgend eine unserer Forderungen zu eigen mache und für ihre Durchsetzung einträte. Alles was wir gefordert haben, ist nur, daß der bestehende ohnehin so ungenügende Rechtszustand, den das Proletariat sich im harten Kampfe erarbeitet hat, wenigstens vor neuen Verschlechterungen bewahrt bleibe. Und das ist in der Tat eine Minimalforderung, das Wenigste, was wir von dem verlangen müssen, der sozialdemokratische Stichwahlhilfe beanspruchen will.

Die Wahl in Kempten ist ein neuer Beweis dafür, wie schwach die Position des schwarzblauen Blocks bei den deutschen Wählern ist und wie es durchaus im Bereich der Möglichkeit ist, die jetzt herrschende parlamentarische Majorität bei den nächsten Wahlen in eine Minorität zu verwandeln. Die Sozialdemokraten sind durchaus bereit, bei den Stichwahlen den schwarzblauen Bloß dort niederrücken zu helfen, wo sie selbst bei der Hauptwahl ausgefallen sind. So sehr wir der Ansicht sind, daß dieser Wahlkampf, gerade weil wir bei der Stichwahl für bürgerliche Parteien werden einzutreten haben, von unserer Seite mit aller prinzipiellen Entschiedenheit und Klarheit durchgeführt werden muß, so sehr sind wir bereit, unsere Stimmenmacht bei der Stichwahl gegen den schwarzblauen Bloß einzusetzen. Allein wir dürfen hoffen, daß die Hauptwahlen uns selbst in vielen Kreisen an erste oder zweite Stelle bringen werden. Es ist daher zur Niederrückung der Reaktion nicht genügend, daß nur die Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die Ritter und Heiligen ihre Pflicht tut. Auch der Liberalismus wird sich endlich entschließen müssen, seine zweideutige Haltung aufzugeben und die dringende Erziehungsarbeit zu leisten, die er so lange vernachlässigt hat. Er muß seinen Anhängern klarmachen, daß die Demokratisierung Deutschlands, die Ueberwindung der Reaktion nur möglich ist durch die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeitermassen. Soll man an den Ernst des Liberalen Kampfes glauben können, dann ist es notwendig, daß jeder Zweifel daran schwindet, daß auch der Liberalismus, wo es sich um den Entscheid zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen oder Zentrumsmann handelt, alle seine Stimmen der Sozialdemokratie zuführt.

Diese Ansicht hat auch kürzlich Mehring in der „Neuen Zeit“ zum klaren und entschiedenen Ausdruck gebracht. In einem „Mar zum Gefecht“ überschriebenen Artikel knüpft er an den Konflikt zwischen Nationalliberalen und Konservativen an, um zur Schlussfolgerung zu gelangen, daß die ganze Politik der Konservativen den Verdacht begründet, sie legten es auf den Staatsstreich an. Mehring fährt dann fort:

„Eines freilich braucht jeder Staatsstreich zu seinem Gelingen: die Angst des Bürgers, der um Haut und Beutel zittert; Hoch und Heilige tun es allein nicht, sondern der träge Landsturm des Spießbürgertums, das seine Ruhe haben will, muß auch dabei sein. Deshalb müssen es sich die armen Nationalliberalen gefallen lassen, von Herrn v. Heydebrand als verkappte Sozialdemokraten angefaßt zu werden, wie denn der ganze Widerstand der Massen gegen die sogenannte Reichsfinanzreform auf „sozialdemokratische Verheißung“ zurückzuführen soll. Und dieser junkerliche Trick hat noch immer größere Wirkung, als er nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben sollte. Keine der liberalen Fraktionen, es sei denn das gewiß sehr ehrenwerte, aber politisch einflusslose Gauslein der Demokratischen Vereinigung, hat den Mut, zu sagen: „Allerdings werden wir, um die Junker zu stützen, ein taktisches Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten eingehen; man sucht sich im günstigsten Falle um diese entscheidende Frage herumzudrücken, und solange das geschieht, haben die Junker allzu gegründete Aussicht, ihr Spiel schließlich zu gewinnen, so ungünstig auch ihre Aussichten sein mögen.“

Sind die liberalen Parteien töricht genug, auf jede noch so alberne Herausforderung der Junker hin ihren Abbruch vor der Sozialdemokratie zu bekunden, so bestellen sie den Boden, worin ein junkerlicher Staatsstreich wurzeln kann, so nähren sie die psychischen Vorurteile gegen das „rote Gespenst“, das die Junker gerade an die Wand gemalt zu sehen wünschen. Gewiß darf man von dem Liberalismus nicht verlangen, daß er mit dem Sozialismus zärtliche Liebesblicke austauschen soll, aber das verlangt auch niemand von ihm; der einzige, durchaus bescheidene Anspruch, der an ihn gestellt wird, besteht darin, daß er sich doch nicht in alle Unwissenheit zum Karren des Junkertums machen soll. Gerade jetzt, wo auch die Masse der Spießbürger über die Junkerwirtschaft empört ist, wäre der günstigste Augenblick, dieser Masse klargemachen, daß ihr blinder Sozialistenhass gerade der sicherste Anker des junkerlichen Piratenschiffes ist. Weht dieser günstige Augenblick wieder ungenützt vorüber, lassen sich die liberalen Fraktionen wieder durch die junkerlichen Rodomontaden ins Wodhörn jagen, dann ehen sie nur den Weg zum junkerlichen Staatsstreich. Dem junkerlichen: Mar zum Gefecht! wagen die Liberalen nur die Parole entgegenzusetzen: Unklar im Gefecht! und damit werden sie abermals unter die Räder kommen.

Es sei denn, daß sie sich noch befürren, wogu sie glücklicherweise noch Zeit haben. Ist es ihnen ein unabweisbares Dergensbedürfnis, die alten Trüden über die „sozialdemokratischen Utopien“ usw. nochmals vom Stapel zu lassen, so mögen sie es nach ihrer Dergenslust tun; wenn ihnen diese Schlagworte wohl tun, und tun sie nicht weh. Aber sie sollen endlich einmal sein, was zu sein sie sich ja mit besonderer Vorliebe rühmen, nämlich praktische Sozialpolitiker; sie sollen offen bekennen, daß sie ohne die Hilfe der Arbeiter das Junkertum nicht bezwingen können, und sie sollen deshalb diese Hilfe, die sie hinterherum doch gerne annehmen, nicht öffentlich mit allem stillen Pathos verleugnen. Das ist eine uneheliche und eine unweife Politik, weil sie das „rote Gespenst“ heranzüchtet, das die Junker als Haupttreiber für ihre Hejraab brauchen. Und wie alle halbklugheitige Politik würde auch diese damit enden, daß die Liberalen die Fische zu bezahlen hätten; wie ebendies die Kosten des Sozialistengesetzes, so würden sie die Kosten eines künftigen Staatsstreichs zu tragen haben.

Sie und nicht die Sozialdemokratie, die längst über das Maß hinausgewachsen ist, worin ihr junkerliche Staatsstreich auch nur

auf Jahre den Weg hätten verlaufen können. Sie hat längst über dem Junkertum Mar zum Gefecht gemacht. Sie ist zu einem taktischen Wahlbündnis mit dem Liberalismus bereit, um die Macht des Junkertums zu brechen, aber sie ist auch bereit, ihre Pflicht zu tun, wenn der liberale Unverstand ihr den Weg ruhiger, wenn auch etwas langsamer Entwicklung versperkt und sie auf einen halbbrüderlichen, allein um vieles kürzeren Weg drängt. Sie wünscht keinen junkerlichen Staatsstreich, denn wozu die Blätter der Geschichte, die von ähnlichen Schandtatzen schon über und über besudelt sind, noch mit einem neuen Frebel bedecken? Jedoch sie fürchtet ihn noch weniger, als sie ihn wünscht, denn sie weiß, daß er, wenn er schon einmal kommen soll, ihre Kraft weit schneller und stärker entwickeln wird, als unter normalen Umständen möglich sein würde.

Das ist immer so gewesen, und es kann auch niemals anders sein; deshalb salutieren wir gern den junkerlichen Schlauchtruf: Mar zum Gefecht!

Wir wollen hoffen, daß das erfreuliche Resultat in Kempten-Zimmertstet zu solcher Klärung beiträgt. Das Zentrum hat einen Sitz verloren. Andere können folgen, und die bevorstehenden Reichstagswahlen werden sich zu einer schmerzlichen parlamentarischen Niederlage der Reaktion gestalten, wenn der Liberalismus nur diesmal seine Pflicht tut. Ob es tun wird? Nur die Tat kann es zeigen. Wir aber setzen, von der immer mächtigeren Volksströmung getragen, unbeirrt unsere stolze Fahrt fort, dem Ziele der Freiheit entgegen!

Bethmanns Eiertanz.

Das Abgeordnetenhaus hatte am Dienstag einen „großen Tag“ oder richtiger gesagt, es hätte ein großer Tag werden können, wenn die preussische Bourgeoisie nicht längst aller Ideale bar wäre. Wer sich erinnert, wie die Gemüter aufeinanderplagten, wenn es gut, um ein paar Pfennige mehr oder weniger Bölle zu sein, den muß ein Gefühl der Beschämung beschleichen angesichts der Art und Weise, wie hohe ideale Güter auf dem Altar des schwarzblauen Blocks geopfert werden.

Eben am Montag hatte Herr v. Bethmann Hollweg verbreiten lassen, daß er — übrigens zum erstenmal in der laufenden Session — im Junkerparlament erscheinen und über die Stellung der Regierung zum Modernisteneid und ihr Verhältnis zu Rom sich auslassen werde. Die Folge war ein Sturm auf die Tribünen, aber enttäuscht zogen die meisten Zuhörer bald wieder von dannen. Scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den Liberalen zu hören, waren sie herbeigeströmt. Und was vernahmen sie statt dessen? Ein Liebeswerben der Konservativen und der Regierung um die Gunst des allmächtigen Zentrums, ein förmliches Loblied des Reichskanzlers auf die Kurie, ja beinahe eine Verherrlichung Roms.

Nachdem als erster — so gebietet es sich in Preußen — König Seydewitz unter einem Hoch auf die Bildungsfreundschaft der Regierung und auf die preussische Kultur den Modernisteneid in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen und den Standpunkt des Kultusministers gebilligt hatte, erhob sich Herr v. Bethmann Hollweg zu seiner mit einem so gewaltigen Aufwand an Kellerau angeländigten Rede. Genau so wie sein Herr und Meister v. Heydebrand, so suchte auch Bethmann in seiner gottgewollten Abhängigkeit ängstlich jedes verleihende Wort gegen das Zentrum zu vermeiden. Er weiß nur allzu gut, wie sehr er auf diese Partei angewiesen ist, und deshalb bemühte er sich, auf die fortgesetzten dreizehn Herausforderungen der Kurie in möglichst mildem Tone zu antworten. Ob dem Ansehen Preußens damit gedient ist, bleibe dahingestellt. Er bedauerte zwar, daß der Papst sich vor Erlass seiner bekannten Dekrete nicht mit der preussischen Regierung ausgesprochen hat, aber es liegt ihm fern, der Kurie irgendwelche bösen Absichten unterzuschreiben, im Gegenteil, er ist nach wie vor überzeugt, daß der Papst den Frieden will. Deshalb soll die ganze Woche auf sich beruhen. Das einzige, wogu sich die preussische Regierung entschlossen hat, ist, daß katholischen Geistlichen, die den Modernisteneid geleistet haben, kein Unterricht im Deutschen und in der Geschichte mehr neu übertragen werden soll.

Angesichts dieser Rede schlug auch der Zentrumredner, Abg. Dietrich, der in früheren Jahren so kräftig vom Leder ziehen konnte, auffallend milde Seiten an. Er ist ganz mit dem Reichskanzler einverstanden, nur hätte er gewünscht, daß er die katholischen Fakultäten energischer verteidigt hätte. Nun, vielleicht versteht Herr v. Bethmann den Wind und Holt das Verfaumte noch nach.

Etwas Kritischer als die des konservativen Führers war die Rede des Nationalliberalen v. Campé, der mit Recht dem päpstlichen Stuhl Schantelpolitik vorwarf und Mißtrauen ihm gegenüber für angebracht hielt. Wehnlich äußerte sich Abg. v. Pardoerff (H.), der zwar einen neuen Kulturkampf für ein Unglück erklärte, aber einen saulen Frieden mit Rom als noch schlimmer bezeichnete.

Nachdem noch Abg. Hund (Sp.) scharf gegen den Papst Stellung genommen und Abg. Siechel (Dole) die Frage des Modernisteneides für eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche erklärte, in die der Staat sich nicht einzumischen habe, wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt.

Verlangen und vertan.

Paris, 6. März. (Fig. Ver.) Verzeihen Sie, wir sind das radikale Kabinett! — in diesen Worten ließ sich die Erklärung zusammenfassen, womit sich das Ministerium Monis heute dem Parlament vorgestellt hat. Sie ist kurz und tut sich etwas darauf zugute, mit einer unverkennbaren Spitze gegen die aufgedunsene Stilübung, die Briand das letzte Mal von seinen Gefellen hat anfertigen lassen. Aber wenn sich der Meister des Stils darin zeigt, was er weise vertheidigt, so ist das lakonische Dokument der neuen Regierung nicht weniger von der Meisterschaft entfernt, denn es schneidet höchst unweise just dort, wo es hätte reden müssen. Diese Erklärung ist von einer — man möchte sagen — potenzierten Leere. Aber gerade dieser Verzicht auf jegliche Bestimmtheit, diese vollkommenste Ausgewaschenheit ist ein fürchtbares Bekenntnis. Der Radikalismus, repräsentiert in seinen verschiedensten und begabtesten Parlamentariern, erklärt: „Ich kann nicht mehr“ und bittet die kapitalistische Bourgeoisie, den Verlust seiner Manneskraft zur geneigten Kenntnis zu nehmen. „Ich bin Schmod, der Schreiner, und kein Löwe.“ Das Programm des Herrn Monis ist anscheinend mit dem Radiergummi hergestellt. Die neuen Minister haben ihre Beratungen offenbar damit ausgefüllt, einander alle Wendungen, die bei den Gemäßigten Vergernis erregen konnten, wegzuwischen. So daß außer den Glühen von der Dringlichkeit des Budgets, der Erhaltung der Allianzen und Ententen, der Friedenspolitik auf Basis des Militarismus nur das Eingeständnis übriggeblieben ist, daß die Regierung in der Frage der Einkommensteuer „den Traditionen, Gewohnheiten und in einem

gewissen Maß selbst den Vorurteilen“ Rechnung tragen, in der der Wahlreform überhaupt keine Initiative ergreifen und gegen die Eisenbahngesellschaften, falls sie sich nicht von dem guten Beispiel der Regierung befehlen lassen und die Gemäßigten freiwillig wieder einstellen wollen, keine Zwangsmittel ergreifen wird.

Die Erwartungen, daß die radikale Partei doch endlich den Versuch machen würde, mit ihrem demokratischen und sozialen Reformprogramm Ernst zu machen und dabei an die ganze Linke, die Sozialisten inbegriffen, zu appellieren, ist abgetan. Wohl hat Monis nicht gleich Briand die Sozialisten ausdrücklich aus der „republikanischen Familie“ ausgeschlossen, aber er hat den Bourgeois der demokratischen Allianz die gewünschte Beruhigung gegeben, daß sie keine Erneuerung des Combismus zu befürchten haben. Die Taktik jener Kapitalistenblätter, die statt die neuen Männer von vornherein zu verdammen, ihnen zurechnen, ihre schönen Talente nicht in der undankbaren Gesellschaft der Sozialisten zu vergeuden, hat sich erfolgreich erwiesen. Die sanften Lockungen des „Tempt“ waren stärker als Jaurès' stürmische Eingabe. Monis hat heute bei den kapitalistischen Parteien Gnade — oder genauer — eine bedingte Begnadigung gefunden. Der „Bloß“ aber blüht in alle Winde. Der heutige Tag kündigt der Arbeiterklasse neue schwere Kämpfe an, in denen sie wiederum den Staat als Exekutor der Besitzenden sich gegenüber sehen wird. Aber er ist ein glücklicherer Tag für sie, denn er sichert sie vor der Rückkehr alter Illusionen.

Das Abstimmungsresultat.

Paris, 7. März. Die Mehrheit, die in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer der Regierung das Vertrauen ausgesprochen hat, bestand aus einem Progressiven, 30 unabhängigen Sozialisten, 44 Angehörigen der demokratischen Linken, 93 der radikalen Linken und 141 Sozialistisch-Radikalen. Die Minderheit bestand aus 18 Angehörigen der Rechten, 36 Mitgliedern der Action libérale, 10 unabhängigen, 57 Progressiven, einem Angehörigen der demokratischen Linken, einem Sozialistisch-Radikalen und einem unabhängigen Sozialisten. Der Abstimmung enthielten haben sich 2 Mitglieder der Action libérale, 5 Unabhängige, 15 Progressiven, 21 Angehörige der demokratischen Linken, 12 der radikalen Linken, 1 Sozialistisch-Radikaler, 1 unabhängiger Sozialist und 70 gesinigte Sozialisten.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub

gab wieder einmal Anlaß zu einer Verhandlung, die gestern vor dem Bezirksauschuß in Potsdam stattfand. Bekanntlich hat der Bezirksauschuß kürzlich die Rixdorfer Gemeindevählerliste für 1910 als ungültig erklärt, weil sie aufgestellt war auf Grund einer falschen, dem Gesetz direkt widersprechenden Anwendung des anderthalbfachen Steuerdurchschnitts. Gestützt auf diese Entscheidung des Bezirksauschußes haben unsere Rixdorfer Parteigenossen Klage erhoben gegen die Gültigkeit der im vorigen Jahre auf Grund der ungültigen Liste vollzogenen Stadterordnetenwahlen.

Dem gesunden Menschenverstand erscheint es selbstverständlich, daß, wenn die Wählerliste ungültig ist, auch die Wahl nicht gültig sein kann. Doch der Rixdorfer Magistrat und mit ihm die Mehrheit der Stadterordneten verteidigt den Standpunkt, daß eine auf Grund ungültiger Listen vollzogene Wahl deshalb noch lange nicht ungültig sein braucht, da ja im Gesetz bestimmt werde, daß die Ansetzung der Wählerliste keine aufschiebende Wirkung auf die Wahl habe. — Rechtsanwalt Dr. Schrönd, der die Klager vor dem Bezirksauschuß vertrat, führte demgegenüber aus, unabhängig von dieser rein formellen Frage müssen die Wahlen schon deshalb für ungültig erklärt werden, weil sie nicht auf Grund der gesetzlichen, sondern auf Grund einer vom Rixdorfer Magistrat frei erlundenen Einteilung der Wählerklassen zustande gekommen sind. Es liegt ein schwerer Verstoß gegen das materielle Wahlrecht vor, also müssen die Wahlen für ungültig erklärt werden. Aber noch ein anderer Grund spricht gegen die Gültigkeit der Wahlen. Die Einkommensteuergesetzesnovelle vom 28. Mai 1909 gibt dem Steuerzahler, der eine gewisse Anzahl von Kindern hat, das Recht, in der Steuer eine, beziehungsweise mehrere Stufen herabgelegt zu werden, doch müssen, wie das Gesetz ausdrücklich bestimmt, bei der Bildung der Wählerabteilungen die vollen Steuern, also ohne den auf Grund des Kinderprivilegs erfolgten Abzug in Ansatz gebracht werden. Gegen diesen Grundlag ist bei Aufstellung der Liste ebenfalls verstoßen. Denn der Magistrat hat den Wählern, die Anspruch auf das Kinderprivileg haben, nur die Staatssteuern voll, die Gemeindesteuern aber verürzt angerechnet. Einige Wähler, die hiergegen Einspruch erhoben, sind nachträglich auch mit dem vollen Gemeindesteuersatz eingestellt worden. Tausende aber, die keinen Einspruch erhoben, sind durch das Verfahren des Magistrats in ihren Rechten beeinträchtigt. Wie die Kläger behaupten, sind auf diese Weise etwa 80 000 R. Gemeindesteuern zu wenig in Ansatz gebracht worden.

Der Bezirksauschuß kam noch nicht zu einer Entscheidung. Es konnte dahingestellt bleiben — sagte der Vorsitzende — wie sich der Bezirksauschuß zu der Frage stellen werde, ob die Ungültigkeit der Liste auch die Ungültigkeitserklärung der Wahlen zur Folge haben müsse. Es sei dringend erforderlich, daß alle Streitpunkte dieser Sache so weit wie möglich aufgeklärt werden, damit nicht bei Aufstellung neuer Listen neue Schäden zur Ansetzung gegeben werden. Dem Rixdorfer Magistrat wurde deshalb aufgegeben, innerhalb 4 Wochen eine Aufstellung einzureichen, aus der hervorgeht, welche Verhältnisse durch die von den Klägern geforderte Anwendung des Kinderprivilegs in der Wählerliste eintreten würde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. März 1911.

Der Verkauf des Tempelhofer Feldes.

Aus dem Reichstage, 7. März. Daß der Verkauf des Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof von der Reichstagsmehrheit gutgeheißen werden würde, stand nach den Vorgängen in der Budgetkommission fest. Als die Sache heute im Reichstage zur Sprache kam, war also nur noch eine Darlegung der Parteien über ihre Stellungnahme zu der Frage zu erwarten.

Es handelt sich da bekanntlich um zwei Fragen: 1. Hat der Kriegsminister überhaupt das Recht, ohne Genehmigung des Reichstags fiskalische Grundstücke zu verkaufen und 2. ist bei dem Verkauf das öffentliche Interesse in genügender Weise beobachtet worden.

Die beiden freimüthigen Abgeordneten Dove und Biemer hatten sich die Darlegung des Standpunktes ihrer Fraktion geteilt. Herr Dove sprach über die staatsrechtliche Seite der Frage. Er kam zu dem Schluß, daß die Sache völlig ungeklärt sei und deshalb gesetzgeberisch geregelt werden müsse. Herrn Biemer's Oppositionsrede gaw

einher mit gedämpftem Trommelschlag. Wohl deshalb, weil man sich in den Kreisen des Berliner Magistrats der Hoffnung hingibt, durch neue Verhandlungen mit dem Kriegsministerium und der Gemeinde Tempelhof doch noch irgendwelche größere Berücksichtigung der Interessen Berlins zu erwirken. Reale Grundlagen für eine solche Illusion bestehen allerdings nicht in allermindesten. Das zeigte auch wieder die weitere Verhandlung.

Namens des Zentrums sprach Herr Erberger der Regierung die volle Zustimmung zu ihrem Vorgehen aus. Er wurde dabei von dem konservativen Herrn v. Richterhofen in dem jetzt allgemach schematisch gewordenen Gleichklang der beiden Regierungsparteien unterstützt.

Erst Genosse Fischer brachte dann Leben in den bis dahin recht schleppenden Gang der Verhandlungen. Er wies die reaktionäre Rechtsauffassung, daß die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich sei, durch den Hinweis auf das Gesetz zurück, das die Etablierung resp. die nachträgliche Genehmigung solcher Verkäufe fordert. Dann zergliederte er eingehend das Verhalten des Kriegsministeriums bei den Verhandlungen, das von rein fiskalischen Gesichtspunkten aus das Geschäft betrieb und das Interesse der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt dabei völlig außer acht gelassen habe. Dabei sei der Berliner Stadtvorkauf gegenüber auch nicht mit der Offenheit verfahren worden, die sie hätte erwarten dürfen.

Der Kriegsminister v. Seevingen suchte sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, ersparte sich aber sonst eine eingehende Darlegung seiner rechtlichen Auffassung und eine Rechtfertigung seines Verfahrens, da ihm die Zustimmung der Reichstagsmehrheit schon vorher auf dem Präsentierteller entgegengebracht war. Er glaubte sich nach der beliebten Bequemlichkeitspraxis der Herren Staatssekretäre damit jeder ernstlichen eigenen Bemühung entziehen. Auch der nationalliberale Herr Weber legte sich zum Ueberflus noch für die ministerielle Rechtsauffassung ins Zeug, was den Staatssekretär Bermuth zu der Behauptung veranlaßte, der Reichstag habe sich damit einverstanden erklärt.

Siergegen protestierte entschieden Genosse Ledebour, der dann hauptsächlich die allgemeine politische Bedeutung des Verkaufs und seiner Vorgeschichte erörterte. Er wies darauf hin, daß die Unzulänglichkeit, die bei der Berliner Stadtvorkauf im Verlauf der Verhandlungen bei der Eingemeindungsfrage und bei den Verkaufsverhandlungen zutage getreten ist, wesentlich darauf zurückgeführt werden müsse, daß das Dreiklassenwahlrecht mit dem Hausbesitzerprivileg das Auskommen einer wirtschaftlichen Stadtvorkauf hindere. Der Verkauf des Tempelhofer Feldes werde aber ebenso wie die Verschönerung anderer im fiskalischen Besitz befindlicher Ländereien die Wirkung haben, das Vertrauen der Bevölkerung in die patriarchalische Fürsorge der Regierung für das Volkswohl gründlich zu zerstören.

Mit einer kurzen Erwiderung Wiemers ging die Debatte zu Ende.

Am Mittwoch beginnt der Postetat.

Zweckverband Groß-Berlin.

Die Zweckverbandskommission hat am Montagabend ihre Beratungen fortgesetzt. In der Generaldebatte regte ein konservativer Redner an, den Zweckverband Groß-Berlin mit derselben Autonomie auszustatten wie den allgemeinen Zweckverband. Anträge nach dieser Richtung behielt er sich für später vor. Die Regierung verteidigte ihren Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß sie bei dem vorliegenden Gesetzentwurf deshalb mehr in Einzelheiten eingehen mußte, weil es sich hier um ganz spezielle Zwecke handelt. Ein Redner der fortschrittlichen Volkspartei kritisierte nachmals die Veranschlagung der Stadt Berlin, die 1/2 des gesamten Steuersolls aufbringe, aber nur 1/3 der Vertretung habe. Die Folge könne sein, daß wesentlich auf Kosten Berlins und gegen ihren Willen der Reichshauptstadt für ihrer Meinung nach unerhebliche Zwecke unübersehbare Lasten aufgebürdet werden. Das einzig richtige sei eine Vermessung der Vertretung aller Glieder nach der Einwohnerzahl.

In der Spezialdebatte, die hierauf begann, wurde zunächst die Frage des Verkehrs wesens zur Erörterung gestellt. Nach der Vorlage soll die „Regelung des Verkehrsverhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten“ zu den Aufgaben des Verbandes gehören. Von verschiedenen Seiten wurde eine andere Fassung vorgeschlagen; u. a. beantragte das sozialdemokratische Mitglied, auch die Autonomibusse zu berücksichtigen; er schlug deshalb vor, zu sagen „Regelung des Verkehrsverhältnisses zu öffentlichen Transportanstalten, zu deren Betrieb eine Zustimmung der Gemeinde erforderlich ist“. Von größerer Bedeutung war ein Antrag, der den Gemeinden das Enteignungsrecht gegenüber Privatbahnen geben will. Sowohl der Antragsteller als auch der sozialdemokratische Vertreter betonten, daß auf andere Weise eine Lösung der Groß-Berliner Verkehrsfrage gar nicht möglich sei. Ebenso erklärte ein nationalliberales Mitglied, daß er dem Gedanken des Antrages sympathisch gegenüberstehe. Unter Umständen könne eine Privatbahn die ganze Verkehrsleistung des Zweckverbandes durchzuführen, und deshalb müsse die Möglichkeit gegeben sein, solche Bahnen zu erwerben. Im Gegenteil hierzu erklärte ein konservativer Redner, daß er für seine Person für die Einführung eines Zwanges gegen Privatbahnen nicht zu haben sei, denn das wäre ein Eingriff in das Eigentumsrecht aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen und nicht aus Notwendigkeit, und das sei bedenklich. Ähnlich äußerte sich ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei: er für seine Person wünsche nicht, daß dem Verbande das Expropriationsrecht gegenüber Privatbahnen verliehen wird; den Betrieb durch öffentliche Bahnen solle man nicht von der Hand weisen, aber man dürfe andererseits nicht Privatbahnen unter allen Umständen von vornherein ausschließen. Sonst würde der Verkehrsverband allmählich auf den Weg geraten, alles nur durch öffentlichen Betrieb zu gestalten. Auch die Vertreter der Regierung widersetzten sich der Ausstattung des Verbandes mit einem Enteignungsrecht; Privatbahnen dürften nur insoweit übernommen werden, als der Verband sie freiwillig kauft oder als die Erwerbsrechte der Gemeinden auf ihn übergehen.

Weiter wurde noch die Uebernahme und der Bau von Kanälen sowie von Provinzialhäusern auf den Verband angetagt. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Die nächste Sitzung findet am Freitagabend statt.

Die Wahlparole.

Zur Frage des Herrn Pfemfert in der „Aktion“, ob dem Reichskanzler bekannt sei, daß in vertraulichen Besprechungen maßgebender Politiker die „Ablenkung auf den äußeren Feind“ als Wahlparole für die Regierung erzwungen worden sei, will die „Post“ erfahren haben, daß „an den Pfemfertigen Auslassungen nicht ein einziges wahres Wort ist“.

Die billige Versicherung der „Post“ ist natürlich gänzlich ohne Bedeutung. Immerhin sollte ihre Notiz Herrn Pfemfert Veranlassung sein, mit genaueren Angaben herauszutreten, wenn er darüber verfügt.

Die „Deutschen Nachrichten“ haben auch etwas erfahren und zwar aus „untrüglicher parlamentarischer Quelle“. Diese Quelle stimmt mit der „Post“ darin überein, daß keine Ablenkung auf den äußeren Feind geplant sei. Dagegen behauptet sie, daß die Gerüchte „von Konferenzen zwecks Dichtung einer Wahlparole“ berechtigt sind. Es hätten unerbittliche Besprechungen zwischen Parlamentariern und Regierungskleuten stattgefunden. Ueber den Inhalt teilt das Blatt mit:

Herr v. Weismann Hollweg ist eifrig und unermüdet in der Verfolgung des Gedankens, aus seiner bisher verunglückten Sammlungspolitik eine glücklichere Wahlparole zu machen. Und zwar hängen diese Besprechungen unmittelbar mit der Frage zusammen, ob eine Herbstsession des Reichstages stattfinden soll oder ob es etwa doch besser wäre, mit einem Etat zu schließen, d. h. den Reichstag aufzulösen und mit einer aus der Reichstagsauflösung gewonnenen Parole in die Wahlwahl zu ziehen. Deutlicher: Der Reichskanzler denkt sich die Sache so, daß vor Zoretschluß des Reichstages irgend ein neuer Gesetzentwurf eingebracht werden soll, z. B. eine Neuaufgabe des gefährdeten Privatbeamtenversicherungs-gesetzes (1). Gest die Linke darauf ein, so gibt es eine Herbstsession, geht die Linke darauf nicht ein, so wird aufgelöst, und die Regierung kann darauf hinweisen, daß „man den Ausbau der Sozialversicherung im oppositionellen Lager so wenig wolle, wie die Finanzreform. Mit einer solchen Linke könne auch die frömmste Regierung nicht in Frieden leben“.

Die „Deutschen Nachrichten“ versichern, daß ihre Meldung authentisch sei, können aber nicht erkennen, wie auf diese Weise eine taugliche Waffe gegen den „inneren Feind“ zustande kommen soll. Wir auch nicht!

Der Antschimmel im Falle Hermann.

Am 27. September 1910 ward der Arbeiter Hermann von zwei Schutzleuten in der menschenleeren Bielestraße durch Säbelhiebe niedergestreckt und so schwer verwundet, daß er an den Verletzungen starb. Jetzt, nach mehr als 5 Monaten seit der Tat sind die Mörder noch nicht festgestellt. Die Polizei, die sie in ihrer Mitte hat, kann sie nicht finden, die Staatsanwaltschaft, die beteuert hat, daß sie die Täter gern ermitteln möchte, ist bislang nicht in der Lage dazu gewesen! Aber man glaube nicht, daß etwas versäumt ist.

Die Polizei hat sich um die Witwe des von zwei ihrer Beamten Getöteten zwar noch nicht gekümmert, aber da die Frau an die Stadt Berlin auf Grund des Tumultgesetzes Entschädigungsansprüche gestellt hat, so ist sie vernommen worden und zwar schon am 20. Februar! Mund fünf Monate nach der Bluttat! Und dabei hat man ihr nahegelegt, zuzugeben, daß ihr Mann, den die Sorge um seinen Sohn aus dem Hause getrieben hat, aus Reugier auf die Straße gegangen sei!

Geld hat die bedauernswerte Frau noch nicht erhalten und soll sie anscheinend aus öffentlicher Kasse auch nicht erhalten. An und für sich ist es freilich schon ein Unbilden, daß die Stadt Berlin wegen der Untaten der staatlichen Polizei zahlen soll, auf die sie keinerlei Einfluß hat. Aber das bestimmt das Gesetz so. Dieses famose Gesetz aus den fünfziger Jahren sieht lediglich Entschädigungen für Verletzte, nicht aber für Hinterbliebene Getöteter vor. Anscheinend haben die damaligen Gesetzgeber noch nicht zu denken gewagt, daß Bürger von Polizisten totgeschlagen werden könnten!

Wegen dieser Lücke im Gesetz wird also die arme Frau von der Stadt Berlin nichts bekommen. Daß sie aus Billigkeitsrücksichten zahlen soll, kann man angesichts der Sachlage kaum verlangen. Die moralische Verpflichtung dazu hätte der Staat Preußen. Ob die Regierung sich rühren wird?

Auf alle Fälle ist es skandalös, daß die endgültige Erledigung der Sache so lange Zeit in Anspruch nimmt, so daß die Witwe, wenn ihr nicht von anderer, privater Seite Hilfe käme, längst verhungert sein könnte.

Wie aber steht es mit der Ermittlung der Mörder? Wenn der Antschimmel dabei ebenso schnell trakt, wie in der Entschädigungsfrage, so ist es kein Wunder, daß die Täter die Spuren gemächlich verwischen können!

Führt der Herr Oberstaatsanwalt Brehm sich nicht gedrungen, über Stand und Gang der Untersuchung einmal der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen? Von der Polizei dürfte ja in dieser Hinsicht nach der ungeheuerlichen Kaisergeburtstagsrede Nagows nichts zu erwarten sein! Zumal den Herrn Polizeipräsidenten jetzt offenbar ganz andere Affären in Anspruch nehmen.

Die Scharfmacher gegen den Entwurf der Privatbeamtenversicherung.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat in stundenlangem Sitzung über die Versicherung der Privatbeamten beraten. Die Regierung hat zu den Beratungen zwei Oberregierungsräte entsandt, die die Aufträge der Scharfmacher entgegenzunehmen hatten. Sie fanden ihren Niederschlag in folgender Resolution:

„Der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist nach eingehender Erörterung des Entwurfs eines Versicherungsgesetzes für Angestellte zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Entwurf in Bezug auf den zur Durchführung der Versicherung eingeschlagenen Weg wie in Bezug auf wichtige Einzelheiten schweren Bedenken unterliegt. Vor allem bedauert er, daß es nicht gelungen ist, die Lösung auf dem Wege eines weiteren Ausbaues der Invalidenversicherung zu finden. Alle diese Bedenken, die in einer kurzen Denkschrift dargelegt werden sollen, lassen eine Ueberzeugung in der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes als eine Gefahr für die gesamte deutsche Volkswirtschaft erscheinen, so daß der Ausschuss des Zentralverbandes auf das ernste bei jeder etwa aus politischen Erwägungen stattfindenden Ueberzeugung warnen muß und weitere Erhebungen ebenso wie eine gründliche Beratung für notwendig erklärt.“

Die Scharfmacher wollen also die Sache auf geraume Zeit verlagert wissen. Und wie die von zuständiger Seite freilich prompt demontierte oder deshalb doch sehr glaubhafte Meldung der „Rhein-Westf. Ztg.“ gezeigt hat, wonach eine Vorlegung des Entwurfs an den jetzigen Reichstag nahezu ausgeschlossen sei, da eine völlige Umarbeitung stattfinden solle, haben sie Aussicht, ihren Willen zu bekommen.

Wie die Regierung vor den Junkern kuschelt.

Eine Episode, die das Verhältnisverhältnis zwischen Regierung und Junkertum gar herrlich offenbart, verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete v. Pappenheim vor einigen Wochen folgenden Appell an den Minister gerichtet:

„Ihm sei bekannt geworden, daß eine Bewegung im Gange sei, die den Verdacht entstehen lasse, daß der Kanal

weiter fortgeführt werden solle. Seine politischen Freunde würden eine solche Maßregel mit Energie bekämpfen.“

Die Antwort, die der Minister Breitenbach Herrn v. Pappenheim erteilte, und die in goldenem Rahmen aufbewahrt werden sollte, lautet:

„Ferner erkläre ich, daß irgendwelche Vorkehrungen für die etwaige Fortsetzung des vor einem geschlossenen fiskalischen Walde endenden Kanals über Hannover hinaus nicht getroffen werden.“

Ich habe sogar abgelehnt, daß im Osten Hannovers auf Staatskosten eine Schleuse hergestellt werde, die allerdings zur sachgemäßen Ausgestaltung eines städtischen Osthafens zweckdienlich sein würde.

Es solle auch der Schein vermieden werden, als würde der Anfang einer Kanalvorsicherung mittelbar gefördert.“

Toller kann's wahrhaftig nicht wohl kommen. Zutreffend bemerkte der sozialdemokratische Redner im Abgeordnetenhause am vergangenen Freitag dazu: Meine Herren, das ist so schön, daß ich darauf wirklich kein anderes Wort finde als: die Regierung frist Ihnen schon aus der Hand.

Die Reichsversicherungsordnung soll fertig werden.

Aus dem Reichstage wird der „Berliner Börsenzeitung“ gemeldet, die Regierung habe die Absicht, nach Erledigung der Staatsberatung im Reichstage die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung vornehmen zu lassen. Es solle deshalb versucht werden, zwischen den Fraktionen des Reichstages ein Einvernehmen über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage zu erzielen.

Widerlegter Agrarierchwandel.

Die agrarische und die Zentrumspresse Badens haben immer wieder mit lautem Geschrei verkündet, durch die Einfuhr französischer Weizen sei der gesamte badische Weizenstand veräußert worden. Dagegen stellt jetzt die badische Regierung in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ fest, daß bis heute kein einziges aus Frankreich gekommenes Stück Schlagschweine mit der Seuche befallen war, daß dagegen Schlagschweine aus Norddeutschland die Seuche in Baden eingeführt haben; erst dadurch habe sie im Lande größere Ausbreitung erlangt.“

Auf Kosten der Städte.

Bei der Beratung des Etats für die Provinz Brandenburg trat in der Montag stattgefundenen Sitzung des Provinzial-Landtages recht deutlich in Erscheinung, weshalb die Herrscher in der Provinz so sehr darauf achten, daß leistungsfähige, um Berlin liegende Gemeinden in der Provinz bleiben und nicht nach Berlin eingemeindet werden. Der Grund ist sehr einfach. Die in der Provinz wohnenden Rittergutsbesitzer wollen möglichst wenig an die Provinz zahlen und das können sie nur, wenn die um Berlin liegenden Gemeinden um so stärker bleiben. Der Oberbürgermeister von Charlottenburg wies nach, daß 65 Proz. aller Provinzialsteuern von den fünf großen Vorortgemeinden aufgebracht werden. Millionen sind für Chausseebauten ausgegeben worden, obwohl die Vorortgemeinden ihre Chaussees aus eigenen Mitteln bauen.

Rittergutsbesitzer von Lohow-Pettus meinte, wenn die Vororte auch 65 Proz. aller Provinzialsteuern aufbrächten, so stellten sie auch das größte Kontingent zur Armen- und Krankenpflege. Demgegenüber wies der Oberbürgermeister von Charlottenburg daraufhin, daß die Zunahme der Armen auf dem Lande größer sei als in Berlin und den Vororten.

Man ersieht hieraus, daß auch die Herren Agrarier in der Provinz Brandenburg es verstehen, sich von anderen Leuten die Kosten abnehmen zu lassen.

Ein Gesetzentwurf über die Reisekosten der Kolonialbeamten ist dem Reichstage zugegangen.

Frankreich.

Die Panzerschiffe.

Paris, 7. März. Die Kammer nahm heute vormittag die Debatte über den von der beiden Panzerschiffe wieder auf. Justin Godart (Soz.-rad.) schlug vor, einen Artikel einzufügen, der es verbietet, Bestellungen für die Panzerschiffe an Firmen zu vergeben, die in ihrer Direktion, Verwaltung, juristischen Abteilung oder Kontrolle Parlamentarier haben. Deleassé erwiderte, das Interesse der Landesverteidigung und die Notwendigkeit schnell zu handeln, zwängen dazu, die heikle Frage der Inkompatibilität der Parlamentarier auszuschließen. Gleichwohl wurde der Zusatzantrag Godart mit 209 gegen 203 Stimmen angenommen. (Beif.) Die Vorlage wurde sodann im ganzen mit 460 gegen 74 Stimmen angenommen.

Portugal.

Der Konflikt mit den Bischöfen.

Oporto, 7. März. Die Priester, welche den Diktatorbrief der Bischöfe verlesen hatten und verhaftet worden waren, wurden vor dem Staatsanwalt geführt und einem Verhör unterzogen. Der Gouverneur stellte an die Regierung das Ersuchen, den Bischof von Oporto auszuweisen, da er die Priester zum Ungehorsam und zur Aufreizung des Volkes veranlasse.

Türkei.

Die Ohreitse.

Konstantinopel, 7. März. Nach einer Mitteilung des Präsidiums der Deputiertenkammer ist der gestrige Zwischenfall in der Kammer bereits geregelt. Ismail Kemal hat dem Großwesir erklärt, er ziehe seine Worte, die keine Insinuation für die Regierung bedeuteten, zurück. Darauf hat der Großwesir den Zwischenfall für erledigt erklärt, und der Deputierte, der Kemal die Ohreitse versetzt hatte, hat sein Bedauern ausgesprochen.

Marokko.

Der Anstand.

London, 7. März. Dem Reuterschen Bureau wird aus Tanger von gut unterrichteter Seite bestätigt, daß die Stämme in der Umgebung von Fes im Aufbruch begriffen sind und niemanden gestatten, die Hauptstadt zu verlassen oder von auswärts her zu betreten. Der Sultan hat Mahallas gegen sie geschickt, doch sind Verträge eingegangen, wonach zwei von diesen schweren Kriegererfolge gehabt hätten. Viele Mannschaften seien getötet und verwundet worden, auch hätten sie ihre Artillerie verloren.

Aus der Partei.

Ueber die Gemeinderatswahlen in Reuf i. B.

Ist noch zu beachten, daß in Ling unter drei Kandidaten zwei Parteigenossen gewählt wurden. In Windischenbernsdorf wurden die fünf sozialdemokratischen Kandidaten glatt gewählt. In Löppeln erhielt ein Genosse als Nichtbegünstigter die meisten Stimmen. In Stublach wurden zwei Genossen gewählt. In Langentendorfer, wo sich zwei Genossen zum ersten Male an der Wahl beteiligten, wurde unter sechs Kandidaten ein Genosse gewählt.

Gewerkschaftliches.

Christliche Organisationsgründerei.

Wie die Hauptmacher der verschiedenen Organisationen von Zentrums Gnaden „Hand in Hand“ arbeiten, davon liefert folgender Brief einen interessanten Beweis:

Verband der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln
Dr. Otto Müller, Diözesanpräses.

M.-Gladbach, den 3. Januar 1911.

Herrn Balbes
Geschäftsstelle des christlichsozialen Metallarbeiterverbandes Aachen.

Sehr geehrter Herr Balbes!

Von Herrn Treffer bekomme ich Ihren Brief betreffend die Gründung einer Zählstelle der christlichen Gewerkschaften und eines Arbeitervereins für Bracheln. Es ist mir, wenn ich mich recht entsinne, einer von Bracheln bei mir gewesen und hat über die dortigen Verhältnisse gesprochen. Da haben wir uns im Sinne verständigt, soweit ich mich entsinne, daß Bracheln dem Arbeiterverein Erkelens unterstellt werden sollte. Damals muß aber kein Vilar dort gewesen sein, weshalb ich diesen Vorschlag wohl gemacht habe. Jetzt ist ja ein Vilar dort. Nun wird sicherlich wohl in Bracheln die Gründung eines Arbeitervereins möglich sein. Sie müssen nun aber vorher sowohl mit dem Herrn Pfarrer wie mit dem Vilar sich darüber verständigen. Wenn beide damit einverstanden sind, so steht ja der Gründung prinzipiell nichts im Wege. Es ist mir lieb, wenn Sie Freitagmorgen, bevor Sie nach Bracheln kommen, eben in M.-Gladbach bei mir in meiner Privatwohnung, Staufenstr. 34, vorsprechen wollten. So weit ist ja Erkelens von M.-Gladbach nicht entfernt. Wir könnten uns dann noch näher besprechen. Daß von hier ein Redner dorthin geht, wird wohl nicht mehr gut möglich sein.

Mit freundlichem Gruß
Dr. O. Müller.

Das Schreiben bestätigt die alte Tatsache, daß als Gründer und Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften die Geistlichkeit fungiert. Wer zur München-Glabbacher Zentrums-Zentrale schwört, hält auch zu den christlichen Gewerkschaften, falls diese sich wieder für das Zentrum und seine Politik ins Zeug legen. Ohne Geistliche hätten die christlichen Gewerkschaften schon längst ausgespielt. Wie erst werden die Geistlichen für die christlichen Gewerkschaften eintreten, wenn diese sich erst den Befehlen des Papstes und der Bischöfe angepaßt haben.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Baukämpfer! Der sogenannte Allgemeine Metallarbeiterverein hat durch Anschlag an den Vorkassalen bekanntgegeben, daß der Unterzeichnete zu einer „Reinseverammlung“ des Allgemeinen Metallarbeitervereins zu Mittwoch, den 8. d. M., eingeladen ist. Auf die darauffolgende erfolgten vielfachen Anfragen unserer Kollegen sehe ich mich veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß ich der Einladung des Allgemeinen Vereins nicht folgen werde. Mit dem Verein kann ich mich sachlich nicht verständigen, solange der Verein die Vermittlung von Streikbrechern gewerkschaftlich betreibt.

Adolf Cohen.

Eine Lohnbewegung der Bäcker.

Sind die Bäcker und Konditoren Berlins und der Vororte bereit, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten? — Mit dieser Frage beschäftigten sich zwei große öffentliche Bäckerversammlungen, die gestern, Dienstag, stattfanden, — am Nachmittag bei Freyer in der Kopenstraße, am Abend im Gewerkschaftshaus, wozu besonders die Konditoren und Tagesbäcker eingeladen waren. Der Gauleiter Heßholz referierte in beiden Versammlungen, die außerordentlich stark besucht waren. Der Referent schilderte die Kämpfe, die der Verband bereits um eine Verbesserung der Lage der Bäckergehilfen geführt hat. Den Bestrebungen des Verbandes ist es zugleich gelungen, einen großen erzieherischen Einfluß auf die Arbeiter in den Bäckereien auszuüben, sie aufzufächern über die Pläne der Innung und der Gelben, so daß große Massen der Aufgeklärten sich dem Verbande angeschlossen haben. Dadurch ist es möglich geworden, weitere Forderungen aufzustellen, denn die Lage der Bäckerarbeiter bedarf dringend einer Verbesserung. Der Lohn der Berliner Bäcker ist seit dem Jahre 1906 nicht nur nicht erhöht worden; er ist in den letzten Jahren unter dem Druck der Arbeitslosigkeit noch merklich gefallen. Die Forderung des wöchentlichen Rubetages hat der Verband immer energischer erhoben, von der großen Masse der Bäckerarbeiterschaft unterstützt. Diese und andere Forderungen sind aber ohne schweren Kampf nicht durchzusetzen, und die Bäckergehilfen sind zu einem Kampf entschlossen, das geigte der reiche Weisfall, der dem Referenten zuteil wurde, als er erklärte, daß die Gehilfen die bisherigen Verhältnisse nicht länger ertragen wollen, sondern einen Kampf mit froher Zuversicht aufnehmen werden.

Der alte Tarif läuft am 1. Mai ab, und die Bäckermeister rüsten zu einem großen Kampf; sie wollen den Gehilfen den heftigsten Widerstand leisten. Diese aber fühlen sich stark genug, ihre Forderungen durchzusetzen. Mit Stolz wies der Referent darauf hin, daß der Verband, der 1902 erst 125 Mitglieder zählte, und 1904, vor dem damaligen Kampf, 726 Mitglieder, jetzt auf mehr als 4000 bliden kann, die fest zu ihm stehen.

Folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt: Angesichts der durch eine von den Bäckermeistervertretungen begünstigten reaktionären Gesetzgebung aufs höchste gesteigerten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, entspricht der seit fünf Jahren nicht mehr erhöhte Minimallohn von 23 M. den teuren Verhältnissen in keiner Weise. Den Familien der Arbeiter in Bäckereien kann billigerweise nicht zugemutet werden, daß sie wegen der politischen Sünden der Bäckermeister, die die Bücherpreise, die Steuer- und Finanzvorlagen mit verschuldet haben, an ständiger Unterernährung leiden sollen. Noch sind es Tausende, die im Bäckergewerbe unter dem kulturwidrigen Kost- und Logiszwange beim Arbeitgeber in menschenwürdigen Verhältnissen dahinvegetieren, denen ein Familienleben entweder ganz versagt oder deren Familienleben durch diese Zustände zerstört wird. — Ständige Nachtarbeit, gegen deren Beseitigung sich die Bäckereinnungen mit allen Mitteln sträuben, lastet schwer auf den Arbeitern des Bäckerberufes. Dabei ist es die große Mehrzahl derselben, denen kein einziger wöchentlicher Rubetage vergönnt ist, trotzdem diese alte Kulturforderung von allen namhaften Männern der Wissenschaft und Volkswirtschaft gerade für die Arbeiter des Bäckerberufes im Interesse ihrer Gesundheit, als dringendes Gebot der Notwendigkeit erklärt worden ist. Sieben Rächte pro Woche zu arbeiten, ist das Los der in Bäckereien Beschäftigten. Vielen Bäckermeistern dünkt das noch als zu wenig Ausbeutungsfreiheit.

Die gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Bäckereien Berlins und der Umgegend sind daher völlig unhaltbar geworden; sie scheinen förmlich nach Abänderung.

Daher beschließt die heutige Versammlung:
Es sind so schnell als möglich alle Vorbereitungen zu treffen, um eine zeitgemäße Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedin-

gungen in den Bäckereien in die Wege zu leiten. Das Bureau der Versammlung wird, mit dem Recht der Selbstergänzung, als Lohnkommission eingesetzt und mit den notwendigen Vorarbeiten betraut. Die Versammelten versprechen, alle Kräfte daran zu setzen, um die Bewegung zu einem erfolgreichen Ende zu führen.“

Die streikenden Schilderemacher und Helfer fanden sich am Dienstag erneut zu einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zusammen, um festzustellen, ob über weitere Fortschritte berichtet werden konnte. Der Sektionsleiter teilte mit, daß weitere fünf Firmen den Vertrag unterzeichnet haben. Unter diesen fünf befinden sich drei Firmen, die dem Verein „Berliner Schilderfabrikanten“ angehören. Die Zahl der Streikenden hat sich demnach um weitere 18 Mann verringert, so daß gegenwärtig noch zirka 32 Anmacher und Helfer im Streik stehen. Ferner wurde von der Streikleitung bekanntgegeben, daß einige Firmen telephonisch Mitteilung gemacht und die Erklärung abgegeben hätten, daß sie ebenfalls bereit seien, den Tarif zu unterzeichnen und daß der Vertrag im Laufe des Tages noch eingekauft würde. Sämtliche Anmacher und Helfer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, haben zum Zwecke des Ausweises Berechtigungskarten erhalten, die von roter Farbe sind. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich durch eine solche Karte legitimieren zu können, gelten als Arbeitswillige und sind bei Firmen tätig, die als Bestreifte gelten. Die Streikenden erfordern die Berliner Arbeiterchaft, sowie die Herren Geschäftsinhaber, doch darauf achten zu wollen, daß bei eventueller Ausführung von Arbeiten die Betreffenden sich legitimieren, um festzustellen, ob sie zu den Tariffähigen arbeiten.

Achtung, Schuhmacher! Die bei der Firma Beiser u. Co., Neue Königsstraße 39, beschäftigten Kollegen hatten, da die Lohnsätze bei der Firma zum großen Teile niedriger sind als in anderen Lederwarenfabriken, einen neuen Lohnvertrag unterbreitet. Wiederholte Verhandlungen, welche zuletzt unter Mitwirkung von Vertretern beider Verbände geführt wurden, zeitigten auch nicht entfernt ein zufriedenstellendes Resultat, so daß die Kollegen nicht umhin konnten, die Arbeit einmütig niederzulegen. Die Firma ist daher bis auf weiteres gesperrt.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Herrenmachschneider! Wegen Streik und Lohnunterschieden bei der Firma Ray & Ehrlich, Alexanderplatz (Schingerhaus), verhängen wir hiermit über diese Firma die Sperre.
Die Ortsverwaltung.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation nahmen in zwei stark besuchten Versammlungen Stellung zu der Antwort der Direktion auf die Wünsche des Arbeiterausschusses betreffs Lohnerböhung. Es ist in der Fabrikillus, daß der Arbeiterausschuss alljährlich wegen Lohnerböhung vorsteht, da die Mehrzahl der Arbeiter immer noch der gewerkschaftlichen Organisation fernsteht. Hin und wieder bewilligte die Direktion einen, auch zwei Pfennig pro Stunde. Im vorigen Jahre richtete die Betriebsleitung eine Fabrikkonsumanstalt ein, was einer 10prozentigen Lohnzulage gleichkommen sollte. Diesmal lehnte nun die Direktion jedwede Zulage rundweg ab mit der Motivierung, die Verteuerung der Lebensmittel hätte nicht zugekommen, die Arbeiterfrauen sollten nur nicht soviel Putz treiben. Welch ein Pöhn! Die Entrüstung der Arbeiterchaft war gewaltig. In der Versammlung für das Treptower Werk referierte W e n i n, in Nummernburg S e w e l o w vom Fabrikarbeiterverband. Die Redner legten dar, daß nur durch eine straffe Organisation etwas erreicht werden könne. Das sei um so nötiger, als die Löhne nur 45 bis 48 Pf. pro Stunde oder 24 bis 26 M. pro Woche betragen, gewiß kein hoher Lohn für die giftige und gesundheitschädigende Arbeit. Die Aktiengesellschaft wäre wohl in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, wie folgendes beweise: Die Gesellschaft schloß am 1. Januar 1905 auf die Dauer von 50 Jahren einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Anilinfabrik in Ludwigshafen und den Elberfelder Farbwerken. Die Selbständigkeit der Vertragsschließenden wird dabei in keiner Weise berührt. Der Reingewinn der drei „Goldmachereifirmen“ wird am Jahreschlusse aufgeteilt und so verteilt, daß die beiden Riesen je 43 Proz., der kleinere Jüwerg 14 Proz. des Gewinnes erhalten. Der Gesamtreingewinn der drei Gesellschaften betrug im Jahre 1909 28 507 122 M. Davon erhielten die Aktionäre der beiden Großbetriebe zweimal 8 640 000 M., die Aktionäre der „Anilin“ in Treptow 2 520 000 M., in Summa wurden 19 800 000 M. Dividende verteilt. Außerdem erhielten eine Handvoll Aufsichtsräte 2 471 344 M. Lantien, wozu auf Treptow 174 814 M. entfallen. Die Zahl der Beamten und Arbeiter der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation ist rund 2650. Erzielt wurden 3 275 339 M. Reingewinn im Laufe des Geschäftsjahres, das ist pro Kopf der Beschäftigten 1236 M., eine Summe, die die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter nicht einmal als Jahreslohn bekommt. Das sind gewiß aufreizende Zahlen. Die Versammelten nahmen denn auch eine Resolution an, in der sie sich verpflichteten, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Achtung, Tapezierer! Folgende Werkstätten sind für Bedearbeiter gesperrt. Weigt, Friedrichstraße 16; Redling, Oronienstraße 108. Für Rogazinarbeiter: Birnbaum, Hildebrandstraße 4; Nolte, Gr. Frankfurter Straße 88; Werner, Charlottenburg, Schorrenstraße 10.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Streik der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Herford.

Bei den Firmen Altermann u. Jacobi und E. Elsbach haben die Zuschneider, Näherinnen und Arbeiterinnen am 1. März die Arbeit eingestellt. Es waren Forderungen gestellt, aber die Firmen wollten sich nicht auf Verhandlungen mit dem Verbonde der Schneider einlassen, sondern nur mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen persönlich unterhandeln.

Der Streik der Ladiere in den Adlerwerken (vormals O. Meyer) in Frankfurt a. M. ist beendet und damit auch die angebrochte Aussperrung beseitigt. Die Ladiere forderten eine Erhöhung der Akkordlöhne, der Anfangs- und allgemeinen Stundenlöhne. Ueber die Regulierung der Akkordlöhne wurde gleich mit der Firma eine Einigung erzielt, wegen den Einstellungs- und Stundenlöhnen kam es aber zum Streik. Nun wurde eine Einigung auf der Basis erzielt, daß die Firma die Stundenlöhne sämtlicher Ladiere um 2 bis 6 Pf. erhöht. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Lohnbewegung im Zwickauer Kohlenrevier.
In drei überfüllten Versammlungen nahmen die Vergleute des Zwickauer Kohlenreviers nach Referaten der Genossen S a c h e und K r a u s e Stellung zur Knappschichtlöhnerreform. — In einer anschließenden, stark besuchten Konferenz wurde beschlossen, Lohnforderungen einzureichen. — Im Lugau-Deilschauer Revier werden die Vergleute in kurzem ebenfalls zusammenkommen.

Der Streik der Jugendlichen in der Textilindustrie in Mülhausen i. Elz. hat am Montag auch in den letzten zwei der beteiligten Fabriken durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit sein Ende erreicht. Bei Drehsus-Lanz u. Cie. wurden acht erkrankte Arbeiterinnen, die an dem Kampfe teilgenommen hatten, durch Entlassung gemahregelt.

Soziales.

Mittagspause.

Die Firma Juhl hatte im Anstellungsvertrag mit einem Hilfsarbeiter, der als „Gehilfe“ im Sinne der Gewerbeordnung gilt, die Abmachung getroffen, daß er zu einer bestimmten Zeit in den Mittagsstunden die Filiale (Zigarrengeschäft) 25 Minuten

lang geschlossen zu halten habe, damit er ungestört sein Mittagessen einnehmen könne. Das Landgericht Berlin erachtete das für eine „Bewährung einer angemessenen Mittagspause“, wie sie § 139c der Gewerbeordnung für solche kaufmännische Angestellte vorschreibt, die die Mittagszeit über in den Geschäftsräumen verbleiben müssen. Herr Juhl, der wegen Verletzung des § 139c angeklagt war, wurde deshalb freigesprochen.

Das Kammergericht verworft dieser Tage eine hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft, weil in diesem Fall jener Begriff der Bewährung einer angemessenen Mittagspause richtig gewürdigt worden sei.

Aus der Frauenbewegung.

Staatliche Jugendfürsorge und die weibliche Jugend! Unter dem Titel „Jugendpflege“ beschäftigten bürgerliche Blätter sich mit dem neuen Problem, weil das Kultusministerium 1 Million Mark zum Zwecke der „Jugendpflege“ und gegen die „sittliche Verwilderung der Jugend“ im diesjährigen Etat eingestellt hat. Was es mit dem dringenden Bedürfnis der preussischen Staatsregierung, die angebliche sittliche Verwilderung der Jugend zu steuern, auf sich hat, ist ja zur Genüge durch die gehässige Belämpfung der freien Jugendorganisation bewiesen. Man muß schon mit dem geistigen Stockschuppen Kleinbürgerlicher Klatsch- und Sensationsblätteleier behaftet sein, um den Braten nicht zu riechen. Sagt doch der Erlaß mit unverkennbarer Deutlichkeit u. a.: „Zur Erziehung zur Gottesfurcht und zur Stärkung der Heimat- und Vaterlandsliebe...“ — Daß die Million unnütz verpulvert werden wird, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Wenn die Verbetrommel unserer Nachbaber noch so laut summt, nichts wird die arbeitende Jugend an der Erkenntnis ihrer Klassenlage hindern. Weß Geistes Kind dieser Erlaß des preussischen Kultusministeriums ist, geht aus seinem weiteren Wortlaut hervor, der bestimmt: Die Förderung der Pflege gilt nur für die schulentlassene männliche Jugend. Für die schulentlassene weibliche Jugend dürfen Mittel daraus nicht verwendet werden.

Unser weibliche Jugend wird sich zu trösten wissen! Weß sie doch ohnehin, daß sie in unserer Regierung keine Freunde finden hat. Daß die Freunde der Jugend nicht in den staatlich geförderten Vereinen sitzen, die unter der Flagge „Jugendpflege“ nur Bauernfang treiben wollen, hat die Regierung mit ihrer Belämpfung der proletarischen Jugendorganisation gezeigt. Aber eine Bewegung läßt sich weder mit Federstrichen noch Urteilsprüngen aus der Welt schaffen.

Letzte Nachrichten.

Zur Oberbürgermeisterwahl für Berlin.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers M i c h e l e t trat am Dienstagabend der Stadtverordneten-ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines Oberbürgermeisters zusammen. Nach kurzer Beratung wurde zunächst das Gehalt für den Oberbürgermeister auf 36 000 M. festgesetzt. Dann wurde einstimmig beschlossen, dem Plenum der Versammlung die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Kirchner auf 12 Jahre vorzuschlagen.

Amnestie für Militärpersonen.

München, 7. März. (B. L. Z.) Der Prinzregent hat aus Anlaß seines 90. Geburtstages denjenigen Militärpersonen im Bereich der bayerischen Militärverwaltung, gegen welche bis zum 11. März einschließlich Strafen im Disziplinarwege verhängt worden sind, diese Strafen, soweit sie bis zum 11. März noch nicht vollstreckt sein werden, erlassen.

Die Staatsdebatte in der Duma.

Petersburg, 7. März. (B. L. Z.) Die Reichsduma schloß heute die Generaldebatte über das Budget fort. Es sprachen hauptsächlich Vertreter der Opposition, die ausführten, der glänzende Zustand der Staatswirtschaft strebe nicht im Einklang mit dem Zustand der Volkswirtschaft und besonders der Landwirtschaft, die viel zu wünschen übrig lasse. Die freie Parochast der Staatskasse gebe der Regierung eine kriegerische Stimmung, wie aus den letzten politischen Ereignissen, der Kaiserbegegnung zu Potsdam und dem China gestellten Ultimatum zu ersehen sei. Die Regierung häufe die Parochast nicht auf, um kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um die Wehrkraft Russlands wiederherzustellen und die Amurbahn zu bauen. Dabei sei die Bevölkerung steuerermüdet. Das Anwachsen des Budgets lasse einzig auf den Schultern der Bauern. Vertreter der äußersten Rechten meinten, der Pessimismus der Linken sei ebenso unbegründet wie der Optimismus des Finanzministers. Der Finanzminister erklärte, es lasse sich nicht wegleugnen, daß die Einnahmen günstig eingingen, die Ausgaben nur mäßig anwüchsen und die Hülfquellen des Reiches sich ungewisselhaft mehrien, was immer eine neue Belebung der Volkswirtschaft bedeute. Es sei allgemeine Regel, daß man an einen inneren friedlichen Ausbau nur dann denken könne, wenn man durch eine feste und hohe Umzäunung geschützt sei.

Zur Brandkatastrophe im Kino-Theater.

Petersburg, 7. März. (B. L. Z.) Die Zahl der in Bologojew Verbrannten soll 182 betragen. Von vielen Leichnamen findet man nur einzelne Stücke. Viele Menschen, die alle Angehörigen verloren haben, verfielen in Wahnsinn.

Attentat auf Polizeibeamte.

Warschau, 7. März. (B. L. Z.) Auf belebter Straße wurden heute zwei Wache stehende Polizisten in Anwesenheit von Hunderten von Leuten erschossen. Die Täter entkamen.

Aufgehobenes Todesurteil.

Leipzig, 7. März. (B. L. Z.) Das Reichsgericht hat das Urteil des Schwurgerichts Weuthe aufgehoben, durch das der Grubenarbeiter Karl Pajor zum Tode verurteilt worden war. Pajor hat am 20. Februar 1910 in Dombrowska einen Wächter ermordet. Die Aufhebung des Urteils erfolgte wegen Ablehnung eines Beweisantrages.

Lärmjagen im belgischen Parlament.

Brüssel, 7. März. (B. L. Z.) Die Deputiertenkammer war heute der Schauplatz wüster Szenen. Als bei der Beratung einer Interpellation über die Reglung einer Lehrerin, die ihrem Orden abtrünnig geworden war, der katholische Deputierte B a u w e r z m a n s sagte, meistens legten die Nonnen das Ordenskleid ab, um unabhängiger leben zu können, entstand infolge des Protestes der gesamten Linken ein unbeschreiblicher lärmender Auftritt, bei dem der Sozialist H u b i n den Redner ansprach. Einem Antrag, daß die Kammer dem Deputierten Bauwermans einen Tadel ausspreche, widersetzte sich der Ministerpräsident, blieb aber mit seinem Protest in der Minderheit. Unter großer Erregung wurde die Sitzung geschlossen.

Ministerwechsel in den Vereinigten Staaten.

Washington, 7. März. (B. L. Z.) Der Nachfolger des vom Amte zurückgetretenen Staatssekretärs des Innern ist Walter L. Fisher aus Chicago.

Weiterer Rückgang der Pest.

Peking, 7. März. (B. L. Z.) Die Pest geht in der Mandchurerei schnell zurück. In Mukden sind gestern 18, in Kwang-tschowen 2 Personen an der Pest gestorben, alle übrigen Orte sind fast pestfrei.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt.

Zur Steuerdebatte.

Mit dem Genossen Bernstein ist der Genosse Sirsch der Ansicht, das Verbot von dem Eingriff in die Selbstverwaltung sei übertrieben. Er verlangt aber, daß wenigstens versucht werde, auf dem Wege der freien Vereinbarung zu einer Regulierung der Steuerverhältnisse zu gelangen.

Reichstag.

141. Sitzung. Dienstag, den 7. März 1911, nachmittags 2 Uhr. Am Bundesratstisch: v. Seeringen, Wermuth. Zweite Beratung des Militäretats.

Die Beratung beginnt mit dem Titel der Einnahmen „Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken“.

Hierzu liegt eine von der fortschrittlichen Volkspartei beantragte Resolution vor, der Reichstanzler möge im Interesse einer großzügigen, den Forderungen des öffentlichen Wohles entsprechenden

Bebauung des Tempelhofer Feldes Bestrebungen zur Verständigung zwischen den Beteiligten und Berlin unterstützen, unter der Voraussetzung, daß der Kaufpreis für das Tempelhofer Feld dem Reiche nicht verfürzt wird.

Die Budgetkommission beantragt, der Reichstanzler möge dahin wirken, daß der Kaufpreis für das Tempelhofer Feld durch die Art der Bebauung dem Reiche nicht verfürzt werde.

Außerdem wünscht die Kommission, daß dem Reichstag baldigst ein Gesetzentwurf über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über den Rechnungshof vorgelegt werde.

Abg. Dove (Sp.): Verschiedene angelegene Staatsrechtslehrer z. B. Laband, stehen auf dem Standpunkt, daß der Verkaufsvertrag über das Tempelhofer Feld zu seiner Rechtsgültigkeit der Genehmigung des Reichstages bedarf.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Die erste Resolution der Kommission, der Kaufpreis des Tempelhofer Feldes soll dem Reiche nicht verfürzt werden, stößt offene Türen ein. Aber bei der Entscheidung der Frage, wie das Gelände bebaut werden soll, müssen die öffentlichen Interessen gewahrt werden.

Abg. Erzberger (Z.): Die Auffassung, daß jeder Verkauf von Reichseigentum der Genehmigung des Reichstages unterliegt, ist unhaltbar und wird auch vom Kollegen Dove nicht mehr aufrecht erhalten. Dem Verkauf an sich des Tempelhofer Feldes haben alle Parteien zugestimmt.

Die chinesische Geschichte schreibt dem Fächer ein sehr hohes Alter zu. Seine Erfindung wird sogar in das Jahr 2007 v. Chr. zurückverlegt. Man braucht dieser chinesischen Chronologie keinen besonders großen Glauben zu schenken.

teit), dann werden die Verträge Berlins vielleicht günstiger für die Stadt ausfallen.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (L.): Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß der abgeschlossene Vertrag privatrechtlich gültig und öffentlich rechtlich einwandfrei ist. Meines Erachtens ist von keiner Seite illegal verfahren worden; die Stadt Berlin hat aus sehr berechtigten Gründen geäußert — weil eben noch nicht Klarheit über die Eingemeindungsfrage herrschte; aber dem Kriegsminister ist auch nicht zu verdenken, daß er in dieser Zeit des Jögerns Berlins mit dem anderen Kontrahenten abgeschlossen hat, es lag das im Interesse des Reichs.

Die etatsrechtliche Frage ist eine juristische, und wenn ein Laie sich da einmischt, läuft er Gefahr, daß die Juristen, die sich selbst nicht einig sind, ihn von rechts und links zersauen.

Das hieße ja, das ganze Staatsrecht des Reichstages in die Luft stellen, er würde dazu degradiert, von den Verträgen lediglich Kenntnis zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb mußte der Kaufvertrag über das Tempelhofer Feld dem Reichstage zur Genehmigung

vorgelegt werden. Falls der Reichstag einer weiteren Meinung zustimmt und die Einnahmen, weil der Vertrag nicht unter Wahrung der öffentlichen Interessen geschlossen ist, in den Etat nicht einstellt, so würde das ja andernfalls zu unhaltbaren Konsequenzen führen. Im vorigen Jahre hat mein verlorener Freund Singer in der Budgetkommission verlangt, der Reichstag müsse verhindern, daß der Kriegsminister ohne Zustimmung des Reichstages Verträge abschließt; damals hat die Budgetkommission dieser Auffassung zugestimmt und im Auftrage des Kriegsministers hat der Oberst von Pastrow erklärt, es sei auch nicht beabsichtigt, Verkäufe oder Verträge ohne Genehmigung des Reichstages abzuschließen.

Verträge vor ihrem Abschluß dem Reichstag vorgelegt werden. (Abg. Erzberger (Z.): Das war etwas anderes!) Gewiß, es ist immer etwas anderes, wenn Sie Ihre Meinung ändern.

Heute erklärt der Kriegsminister, er habe nur gemeint, ohne grundsätzliche Zustimmung des Reichstages sollen Verkäufe von Teilen des Tempelhofer Feldes überhaupt nicht stattfinden. Aber vor Tisch las man's anders. Herr Erzberger billigt den Standpunkt des Kriegsministers, daß der Vertrag an die Genehmigung des Reichstages nicht gebunden sei. Warum hat er denselben Standpunkt nicht dem Kolonialsekretär Dernburg gegenüber innegehalten. Damals hat er dafür gekämpft, daß die

was hat das mit der heutigen Frage zu tun? (Sehr wahr.) Im Anfang verlangte Berlin die Eingemeindung als Bedingung des Kaufs und der Kriegsminister erklärte, dafür sorgen zu wollen. Später verlangte der Kriegsminister, die Frage der Eingemeindung von der des Kaufs zu trennen, weil sie ihn nichts anginge; jedenfalls hatte er sich überzeugt, daß er doch nichts ausrichten könne.

gegen Berlin nicht. Der Kriegsminister hat zwar in der Budgetkommission erklärt, er habe gegen Berlin keine feindselige Haltung eingenommen. Es war gut, daß er das erklärte, denn sonst hätte jedermann das Gegenteil geglaubt.

Kleines feuilleton.

Der chinesische Fächer. Daß der Fächer in China kein Zuggegenstand, kein Spielzeug der vornehmen Damenwelt ist — das wissen wir alle schon aus den Bildern, womit man manchmal in lächerlich pädagogischer Absicht unsere Kinderjähren schmückt.

Ebenso mannigfaltig sind die Arten, wie und wo man seinen Fächer trägt. Der Beamte trägt seinen Faltfächer in dem hohen seitlichen Schafte seines Stiefels; der Bürger und Bauer steckt ihn hinten unter den Krügen der Jade und der Tagelöhner steckt seinen halbgeöffneten Fächer mit dem Griff nach hinten unter den aufgerollten Jopf, der um den Kopf gebunden ist.

Als Material zur Herstellung der Fächer benutzt man Seide, Palmblätter, Papier; die Griffe und Platten werden aus lackiertem Holz, Eisenblech usw. verfertigt. Auch andere seltener Materialien finden Verwendung; bunte Vogelfedern, grüngoldene Käferschalen etc.

Als Material zur Herstellung der Fächer benutzt man Seide, Palmblätter, Papier; die Griffe und Platten werden aus lackiertem Holz, Eisenblech usw. verfertigt. Auch andere seltener Materialien finden Verwendung; bunte Vogelfedern, grüngoldene Käferschalen etc.

Napoleon Herz — ein Hammelferk. Im Pariser Invalidendom steht eine Leine, die das Herz Napoleons I. umschließen soll, aber schon mehrfach ist die Frage aufgeworfen worden, ob diese Annahme der Wirklichkeit entspricht. Eine französische Zeitschrift veröffentlicht in diesem Zusammenhang ein seltsames altes Dokument, das die Befundungen von Flor D'Square enthält.

Humor und Satire.

Die Volksberatung. In einer kleinen preussischen Grenzstadt wurde die Frau eines Töpfermeisters auf dem Heimwege vom Markt plötzlich von heftigen Geburtswehen überfallen. Anstatt einen Wagen zu nehmen, verurteilte sie ihre noch ziemlich weit gelegene Wohnung zu Fuß zu erreichen.

Dresden. „Aec, was man's den Berlinern hier bequäme macht! Jetzt fährt zum Rosengarten a Extra-Schlafwagenzug. Bei der Ankunft in Dresden wurd gewedt, bei der Ankunft in Berlin wurd gewedt un nach Schluß der Vorstellung wurd ooch gewedt!“

Notizen.

Neue Dramen. Von unserem Mitarbeiter Ernst Brezgan wurde eine dreiaktige Burleske: „Gabriello, der Fischer“, am Weimarer Hoftheater aufgeführt.

Antonio Fogazzaro, einer der bekannteren italienischen Dichter von heute, ist im 89. Lebensjahre in seiner Vaterstadt Vicenza (Norditalien) gestorben. Fogazzaro ist in erster Linie als Romanautor bekannt.

anerkennt, daß, wenn Berlin auch mehr geboten hätte, der Kriegsminister nicht etwa an Berlin verkauft hätte, sondern dies Gebot nur benutzt hätte, um von dem anderen Kontrahenten mehr herauszufischen. Berlin macht man den schleppenden Gang der Verhandlungen zum Vorwurf. Dabei hatte der Kriegsminister Berlin erklärt, die Frage müsse ruhen, bis der Verkauf des Aufmarschgeländes geregelt sei. Trotzdem trat Berlin am 22. Juni wieder an den Kriegsminister heran und hat dann volle 10 Monate auf Antwort warten müssen. (Hört! hört! links.) Allerdings sagt der Kriegsminister, er habe inzwischen an Berlin telephoniert. (Große Heiterkeit.) Aber Mitte Juni 1908 hatte der Minister sich bereits mit den Bedingungen von Tempelhof einverstanden erklärt, (Hört! hört!) während er Berlin gegenüber gesagt hatte, erst müsse die Frage des Verkaufs des Aufmarschgeländes geregelt sein. (Erneutes Hört! hört!) Von Anfang an hatte Berlin die Forderung gestellt, mit anderen Käufern sollen keine Abmachungen getroffen werden, ehe Berlin nicht Stellung genommen und

das ist dem Bürgermeister Reide wiederholt zugesichert worden. Am 11. April 1910 schrieb der Kriegsminister an Berlin, Berlin solle Mitteilung erhalten, wenn der Abschluß der Verhandlungen bevorsteht. Das ist doch ganz etwas anderes. Zehn Monate hatte man Berlin auf Antwort warten lassen, und dann wurde ihm zur Entscheidung über ein 100 Millionenprojekt eine Frist von zwölf Tagen gestellt. (Hört! hört!) Man sagt, der Minister müßte abschließen, damit noch in diesem Etat eine genügende Summe für den Verkauf des Übungsplatzes in Josten erscheinen könne. Hierfür hatte Berlin am 26. April den Ankauf des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee angeboten, und darauf hat es niemals weder schriftlich noch mündlich eine Antwort erhalten. (Hört! hört!) Am 27. August erhobte Berlin sein Angebot um eine Million, und dadurch, sagt der Kriegsminister, ist das Vertrauen der Militärverwaltung zur Stadt Berlin geschwunden. (Lebhaftes Hört! hört! und Heiterkeit.) Er antwortete aber unterm 30. August der Stadt Berlin, er habe den Generalmajor Staabs beauftragt, sich zu weiteren mündlichen Verhandlungen zur Verfügung zu stellen und am Abend desselben Tages, an welchem er das schrieb, hat er auch die Vollmacht gegeben, den Kaufvertrag mit Tempelhof abzuschließen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Freilich, juristisch ist der Herr Kriegsminister nicht laßbar, denn in demselben Brief an Berlin hat er zugesagt, meine Entschließung bleibt jedoch insbesondere über den Zeitpunkt des Abschlusses völlig frei. Das deutet den Herrn Kriegsminister zwar juristisch,

nicht aber moralisch.

(Lebhaftes Zustimmung links.) Was hat denn den Kriegsminister zum Abschluß mit Tempelhof gedrängt? In der Öffentlichkeit sagt man, es sei der weitreichende Einfluß der hinter der Deutschen Bank stehenden

Bodenpekulanten mit dem Fürsten Fürstberg an der Spitze.

Hier war Gelegenheit gegeben, gegen das vollstreckende Treiben der Bodenpekulanten einen vernichtenden Schlag zu führen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Konventionen, die Antifemiten, das Zentrum sind ja nicht müde geworden, gegen den Bodenwucher in Berlin zu eifern, sie verlangten gemeinschaftliche Wohnungspolitik, Erziehung der Grundbesitzer, der Reichsanwalt erklärte im Jahre 1908, es seien das zwar in erster Linie Angelegenheiten der Kommune, doch widme er den dahin gerichteten Bestrebungen seine dauernde Aufmerksamkeit, um auch seinerseits zur Lösung der schwierigen Frage beizutragen. Hier war Gelegenheit dazu gegeben. Was aber hat Herr v. Bethmann Hollweg, der ja auch preussischer Ministerpräsident ist, dazu getan? Er hat es geduldet, daß in demselben Augenblick, wo das Tempelhofer Feld verkauft wurde, für den Kreis Teltow eine Bauordnung eingeführt wurde, die den

Bau von fünfstöckigen Mietshäusern

möglich macht. (Hört! hört! bei den Soz.) Natürlich haben alle Spekulant auf das Tempelhofer Feld spekuliert, und die Wüste der Nation, die Edelsten und Besten, haben ihren Einfluß ausgeübt, um hier auf Kosten der Allgemeinheit ihren Vorteil zu fällen. Die Hofenlohe, die Handel v. Donnermars und wie sie alle heißen, sind heute ja nicht bloß Industriemänner, sondern auch die wildesten Demwölfe

(Lebhaftes Sehr wahr!), und die katholische Volkspartei, das Zentrum, will den katholischen Magnaten nicht auf die Fährten treiben. Man sagt, es ist ja auch eine Gemeinde, an Tempelhof, verkauft. Aber Tempelhof ist doch nur

Schildhalterin für die Privatgesellschaften.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß, wenn die Banken nicht hinter den Terraingesellschaften ständen, wir längst einen Bankrott hätten. Die Terraingesellschaften legten alles daran, um auch das Tempelhofer Feld in ihre Klauen zu bekommen, und natürlich sind sie daran interessiert, daß dort nicht billig gebaut werde. Es ist auch der Name Haberland von Herrn Erzberger hier genannt worden. Ich habe in der Budgetkommission gesagt, Herr Haberland habe keine Kenntnisse als Stadtverordneter und Mitglied des Verkehrsausschusses auch in dieser Frage benutzt, um die öffentlichen mit seinen privaten Interessen zu verquiden. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Herr Haberland mir mitgeteilt hat, er habe sich, als er 1907 erfuhr, Berlin habe Neigung zum Kauf des Tempelhofer Feldes, nicht mehr darum gekümmert, und erst im April 1909, als festgestellt, daß die Eingemeindung nicht zustande kommen werde, habe er für die Deutsche Bank ein Angebot gemacht und dem Verkehrsamt davon Mitteilung gemacht. Damit sind meine Schlussfolgerungen und Behauptungen in der Budgetkommission hinlänglich geworden. Tempelhof hat nicht gekauft, sondern ist nur der Strohmänn für die spekulierende Gruppe. Man braucht ja bloß den Vertrag der Deutschen Bank mit Tempelhof näher anzusehen. Die Gesellschaft, die Deutsche Bank hat die ausschließliche Bewertung des Feldes, die Gemeinde hat dahin zu wirken, daß der Bebauungsplan der Gesellschaft genehmigt wird, wenn die Gemeinde Asphaltierungsarbeiten auszuführen hat, muß sie sie dem Unternehmer übertragen, welchen die Deutsche Bank namhaft macht. (Lebhaftes Hört! hört!) Zwei, dreitausend Quadratmeter stehen der Gemeinde zur Verfügung, aber an die Tempelhofer Chaussee darf sie kein öffentliches Gebäude setzen. (Hört! hört!) und ebensowenig auf die Wägle nahe an der Chaussee, sie darf keine Markthalle bauen, sie darf keine Wertwachsener erheben. (Hört! hört!) keine Anliegerbeiträge für die Einrichtung der Kanalisation. (Erneutes Hört! hört!) Sie darf keine Bauschranken festlegen, wohl aber darf das die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank ist ja als

die größte Banpekulantin in ganz Berlin

bekannt, und sie hätte das Geschäft über den Kopf von Berlin nicht machen können, wenn ihr nicht der weitreichende Einfluß ihrer Verbindung mit dem Fürsten Fürstberg zu Hilfe gekommen wäre. Er ist ja einer der Hauptstützen dieser Alltagsgesellschaft und hat es verstanden, Tausende von Quadratmetern unverkäuflichen Landes beim Teltowkanal in die Bau- und Terrainaktiengesellschaft einzubringen. (Hört! hört!)

Das öffentliche Interesse verlangte den Verkauf an Berlin.

Der Kriegsminister aber, weit entfernt, solchen Gesichtspunkten Einfluß auf seine Entscheidungen zu gestatten, handelte nur nach dem Grundsatz: Zu Geld in deinenbeutel. Sein Vorgänger, Herr v. Finow, richtete 1906 eine Denkschrift an das Reichsamt des Innern, in der er auf die erscheinende Abnahme der Rekrutenzahl in Berlin hinwies. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und woher kommt diese Abnahme? Doch von dem (sanderhaften) Wohnungswesen,

von dem Schlafgängerwesen.

Der Verkauf ist, so wie er statgefunden hat, ein Verbrechen am öffentlichen Wohl, eine Veräußerung an Berlin, das mit seinen 300 000 Kindern notorischen Mangel an freien Plätzen hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dort auf dem Tempelhofer Felde war der ge-

eignete Ort für eine Gartenstadt nach modernen hygienischen Prinzipien und allem, was damit zusammenhängt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unter solchen Umständen ist die Wiederholte es, die Auslieferung des Tempelhofer Feldes an die Terrainpekulanten ein Verbrechen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die fortschrittliche Resolution ist für uns unannehmbar. Sie leidet an einem Kardinalfehler: sie enthält eine Anerkennung des Verkaufes, die wir ausdrücklich ablehnen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Resolution heißt es, daß keine Verminderung des Kaufpreises eintreten soll. Damit ist diese Resolution der Fortschrittspartei unförmlich, als der Vertrag zwischen Tempelhof und der Deutschen Bank, der bei eventueller Verringerung des Bebauungsplans eine Herabsetzung des Kaufpreises vorsieht.

Wir haben es hier nicht nur mit Gegenwart und Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft zu tun. Binnen weniger Jahre wird für einige Duzend Städte der Kauf von Festungsgeländen aktuell werden. Sollen auch da allein fiskalische Gesichtspunkte maßgebend sein?

Man sagt uns: Berlin kann ja auch trotz des Verkaufs des Feldes an Tempelhof allerhand zugunsten des neuen Stadtteils tun. Soll vielleicht Berlin Millionenopfer bringen, um die Gewinne des Herrn Haberland zu erhöhen? (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit der fortschrittlichen Resolution ist nichts getan. Der Reichstag muß andere Schritte tun, um sich den Einfluß auf die Bebauung des Tempelhofer Feldes zu sichern, der ihm im Reichsinteresse gebührt. Denn an der

Gesundheit einer Dreimillionenstadt

hat das Reich nicht minder Interesse als Berlin selbst. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Der Vorredner hat von Einflüssen anderer Art gesprochen und dabei den Namen des Fürsten v. Fürstberg genannt. Ich erkläre ganz ausdrücklich, daß das Kriegsministerium in keiner Weise von irgend welchen außeramtlichen Einflüssen in seinem Tun und Lassen bestimmt wird. — In keiner Weise ist von der Heeresverwaltung zugestanden worden, daß dem Reichstag über die Aufnahme der Verkaufsumme in den Etat heraus eine Mitteilung bei der Veräußerung des Tempelhofer Feldes gemacht werden solle. — In erster Linie wurde das Tempelhofer Feld verkauft, um die Mittel für die nötigen neuen Übungsplätze zu schaffen. — Der Militärverwaltung steht kein Urteil über die Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Bebauungspläne vor, die Militärverwaltung hatte den Wert zu taxieren und beschloß nicht das Recht und nicht die Verpflichtung, zugunsten der an sich gewiß begründeten Gartenstadtbewegung Reichsgelder zu opfern. Die Militärverwaltung kann auch nicht der Gemeinde Tempelhof, die vom 1. April ab Besitzerin der westlichen Hälfte des Tempelhofer Feldes ist, anordnen, einen bestimmten Bauplan einzuhalten. — Den Vertrag Tempelhofes mit der Deutschen Bank kenne ich nicht; aber soviel ich weiß, pflegen alle Gemeinden, auch Berlin, solche Geschäfte durch Vermittlung von Banken abzuschließen. — Was den östlichen Teil des Tempelhofer Feldes betrifft, so ist diese Frage noch nicht spruchreif. Vorläufig gestatten militärische Rücksichten nicht die Veräußerung dieses Teiles. Er ist 420 Hektar groß und schon diese Tatsache zeigt, eine wie groteske Ueberbelegung in der Veräußerung liegt, daß der Militärkreis mit der Veräußerung des westlichen Tempelhofer Feldes dem Süden von Berlin die Lunge geraubt habe. — Der Redner verweist sich dann in längeren Ausführungen gegen die Beschuldigung, gegenüber der Stadt Berlin unfair vorgegangen zu sein. Hat das Kriegsministerium sei hinterhältig verfahren; ganz im Gegenteil; der Magistrat von Berlin sei hinter dem Rücken des Kriegsministeriums in Verhandlungen mit Banken getreten, um diese zu verpflichten, nicht andere Gemeinden bei der Erwerbung des Tempelhofer Feldes zu finanzieren. (Hört! hört!) Diese Tatsache sei allerdings erst nachträglich durch die Denkschrift des Magistrats dem Kriegsministerium bekannt geworden. —

Voreilige Mitteilungen von den Verhandlungen mit Tempelhof dem Berliner Magistrat zu machen, hatte das Kriegsministerium allerdings keine Veranlassung. Das Kriegsministerium hat mit Berlin eine Engagementsverträge. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum. Große Heiterkeit links); es ist nicht hinterhältig vorgegangen; es hatte aber die Interessen des Reichs zu wahren und nicht die der Stadt Berlin. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentrum.)

Hg. Dr. Weber (nass.): Ein Gesetz, wie die Kommission es wünscht, über die Regelung der parlamentarischen Genehmigung von Verkäufen von Reichseigentum ist eine dringende Notwendigkeit. Unfraglich liegt hier eine bedenkliche Mäße vor. Aber wie die Sachen heute liegen, ist die Veräußerung des Tempelhofer Feldes so wie sie erfolgt ist, rechtlich einwandfrei. Wir haben dies ausdrücklich betont, damit aus unserer Zustimmung zu der fortschrittlichen Resolution keine falschen Folgerungen gezogen werden. Selbstredend darf auch der östliche Teil des Tempelhofer Feldes nicht unter dem Preis verkauft werden; aber wenn die Stadt Berlin bereit ist, bei der Gelegenheit finanzielle Opfer im Interesse der Volksgesundheit zu bringen, so ist es eine schöne Aufgabe des Reichstages, des Reichsanwalters und des Kriegsministers, diese Bestrebungen zu fördern, zumal in der Tat die Wohnungsverhältnisse Berlins dringend Besserung bedürfen.

Reichssekretär Wermuth wendet sich gegen die Einwände, die gegen die Rechtsgültigkeit des Verkaufs des Tempelhofer Feldes erhoben worden seien. Daß die Militärverwaltung einseitig völlig einwandfrei gehandelt habe, könne nicht bestritten werden.

Hg. Dr. Krenndt (Rp.): Schließt sich den Ausführungen des Staatssekretärs an. Der Kriegsminister hat völlig einwandfrei gehandelt. (Lebhaftes Beifall rechts.)

Hg. Ledebour (Soz.):

Selbstredend schließen wir uns der Glorifizierung nicht an, die hier dem Kriegsminister dafür geworden ist, daß er bei dieser ganzen Transaktion die

Rechte des Reichstages mißachtet

hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich protestiere auch dagegen, daß der Staatssekretär Wermuth versucht hat, es so darzustellen, daß der Reichstag den Standpunkt billigt, daß die Regierung solche Verträge ohne Zustimmung des Reichstages schließen kann. Das war nur die Auffassung einzelner Abgeordneter. Auch ein vorläufiger Verkauf solcher Grundstücke durch den Kriegsminister ist nur statthaft, wenn ein zureichender Grund dazu vorliegt, was hier nicht der Fall ist. Im Gesetz sind Grundstücke mit allerlei beweglichen Materialien zusammengefaßt; bei diesen kann der sofortige Verkauf dringend notwendig werden, nicht aber bei Grundstücken. Daraus, daß der Reichstag ein Recht früher nicht geltend gemacht hat, kann nicht geschlossen werden, daß es auch jetzt nicht geschehen darf; jetzt muß es geschehen wegen der Höhe des Objekts und der Wichtigkeit des öffentlichen Interesses der Volksgesundheit. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger hat ja recht, wenn er höhnisch über die Berliner Stadtverwaltung herzieht. Möht man nur das fiskalische Interesse gelten, so hat der Kriegsminister die Berliner Stadtverwaltung gründlich reingelegt. Betrachtet man die Sache rein kaufmännisch, so hat der Kriegsminister sich dagegen geschickt, daß mal ein Vererbung an seine Stelle gesetzt werden muß. Aber der

Standpunkt der geschäftlichen Gerechtigkeit

darf nicht geltend gemacht werden gegenüber öffentlichen Korporationen, und mit Recht kann die Berliner Stadtverwaltung sagen, sie konnte nicht voraussehen, daß der schleppende Geschäftsgang vom Chef der Militärverwaltung benutzt werden würde, um sie über das Ohr zu haufen und hinter das Licht zu führen. (Sehr wahr! links.) Der Kriegsminister hätte die Pflicht gehabt, mehr Fühlung mit dem Berliner Magistrat zu nehmen, freilich meine ich nicht, daß er sich dazu etwa zum Sonntagmorgens bei der Frau eines Stadtrats hätte anfragen sollen. (Heiterkeit.) Die Berliner Stadtverwaltung hat für ihre Engbergigkeit gewisse Widerungsgründe: sie geht auf einem Dreifachvertragsrecht hervor, das noch dazu mit

dem Hausbesitzerprivileg geziert ist. Wer eine vielfältige Stadterwaltung haben will, muß für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht für die Kommunen eintreten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß jahrzehntelang Berlin sicher glaubte, in seiner Umgegend liegen große fiskalische Terrains, die nie aus fiskalischen Interessen verkauft werden und daher stets der Berliner Bevölkerung zur Erholung dienen werden. Deshalb sorgte Berlin nicht weiter für Erholungsplätze. Das war aber ein Fehler, denn es stellte sich jetzt heraus, daß für den Fiskus

nur fiskalische Interessen

maßgebend sind; das Reich sucht nur Geld einzuflocken und läßt kein Stück Land zurück für die Erfüllung der öffentlichen Interessen, namentlich nicht im Interesse der Volksgesundheit. Wir verlangen, daß im Interesse der Volksgesundheit wenigstens der östliche Teil des Tempelhofer Feldes unter seinen Umständen verkauft werden soll oder doch höchstens von Berlin unter der Bedingung, daß das Gelände zu einem öffentlichen Park oder Spielplatz eingerichtet wird. Der Kriegsminister sagt freilich, er denkt nicht an den Verkauf des östlichen Teiles des Tempelhofer Feldes. Öffentlich wird kein Nachfolger nicht hieron dasselbe sagen, was er von der Erklärung des Oberst v. Jastrow in der Budgetkommission sagte: Es war nicht so gemeint. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf keinen Fall war der Verkauf im August 1910 so bringend, daß der Reichstag nicht vorher um seine Zustimmung ersucht werden konnte. — Die Resolutionen werden nur ablehnen mit Ausnahme derjenigen, die klare Rechtsverhältnisse schaffen will. Wir werden dafür sorgen, daß das Volk darüber aufgeklärt wird, daß von der gegenwärtigen Regierung und der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit die Interessen des Volkes und der fiskalischen Interessen aufgespart werden, und wenn diese Kommissionen dazu dienen, daß im Volke gegen dieses System eine

entschiedene Empörung

ausbricht und daß das Volk dafür sorgt, diese Mehrheit bei den nächsten Wahlen hinwegzufegen, so ist doch etwas Gutes für die Zukunft erreicht. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich weise mit Entschiedenheit die Unterstellung zurück, daß meine Verwaltung irgend jemand über das Ohr gehauen hat. Nachdem jetzt alle Karten offen liegen, sehe ich ja, daß Berlin wegen der leidigen Eingemeindungsfrage nicht vorwärts kommen konnte; vorher mußte man im Kriegsministerium der Meinung sein, daß Berlin nicht vorwärts kommen wollte. Das Kriegsministerium ist Berlin gegenüber jederzeit entgegenkommend gewesen.

Hg. Wiemer (Sp.) polemisiert gegen die Ausführungen der Abgeordneten Erzberger und Dr. Krenndt; besondere Vorteile habe Berlin für sich nie verlangt.

Damit schließt die Diskussion. Die fortschrittliche Resolution wird abgelehnt, die Resolutionen der Kommissionen werden angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Bei den Petitionen zum Etat beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.), die Petitionen der Arbeiter des Weidauer und des Leipziger Bekleidungsamts, den Betrieb der Weidauerämter in vollem Umfang aufrecht zu erhalten bzw. zu erweitern, dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen, statt als Material nach dem Antrag der Kommission.

Unter Ablehnung des Antrages Albrecht wird der Antrag der Kommission angenommen.

Die neue Militärverlage über die Friedenspräsenzstärke des Heeres wird in dritter Lesung debattelos angenommen, ebenso in zweiter Lesung der Etat des Reichsmilitärgerichts.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Postetat.) Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom Dienstag, den 7. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Reichmann Hollweg, v. Trotz zu Solz.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Kultusetats.

Bei den „Dauernden Ausgaben“, Tit. „Ministergehalt“, findet eine allgemeine Besprechung statt.

Hg. v. Heubrandt (L.): Ein gewaltiges Stück geistiger Arbeit und geistigen Fortschritts steht im Kultusetat. Um 6 1/2 Millionen ist der Etat erfreulicherweise wieder vermindert. Mehr als zwei Millionen sind davon den Elementarschulen zugute gekommen. Der Fiskus für unsere schulentastige Jugend ist der Fonds von über einer Million bestimmt. (Bravo! rechts.) Das erfüllt uns mit befriedigter Befriedigung angesichts der Bestrebungen, die sich immer mehr fühlbar machen, die Jugend von Familie und Autorität loszulösen. (Sehr richtig! rechts.) Im Verhältnis zu anderen Staaten leistet Preußen für Kultursache ganz Normales. (Sehr wahr! rechts.) Leider fehlt uns darüber eine genaue Aufstellung. Das sollte nachgeholt werden. Während England nur 7,30 Mark pro Kopf der Bevölkerung für Kultursache leistet und Frankreich 9,25, gibt Preußen dafür 11,90 Mark aus. (Hört! hört! rechts.) Es kann also keine Rede davon sein, daß Preußen kulturell rückständig sei, wie es von gewisser Seite immer hingestellt wird. Preußen geht sowohl auf sozialem wie auf kulturellem Gebiet voran. (Bravo! rechts.) 165 Millionen sind in diesem Etat allein für die Elementarschulen vorgesehen und die Kosten dafür werden fast ausschließlich von den Besitzenden getragen. (Bravo! rechts.) Die Verwaltung des Kultusetats ist eine ausgezeichnete, das möchte ich ausdrücklich feststellen. — Die Frage des Modernisierens eides hat ja ihren Ausgangspunkt auf dem religiösen Gebiete und ist insofern Sache des betreffenden Kultus. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber es werden doch auch staatliche Interessen und die Interessen des anderen Teiles der Bevölkerung dadurch berührt. Eine gewisse Einschränkung ist ja von kirchlicher Seite erfolgt, aber es bleibt doch noch eine Einwirkung auf staatliche Interessen als möglich übrig. Der Minister hat neulich erklärt, daß, wenn sich aus diesen konfessionellen Anforderungen Nachteile für die bez. Staatsbeamten ergeben, der Staat schuldig hinter ihnen stehen werde. Das bei werden meine politischen Freunde den Minister durchaus unterstützen. Nicht für richtig können wir es aber halten, wenn von anderer Seite darüber hinausgehende Forderungen aufgestellt worden sind, dahin, daß der Minister ohne weiteres alle Personen, die den Antimodernisierens geleistet haben, gänzlich von der Fakultät fern halten oder als Lehrer an staatlichen Anstalten, abgesehen vom Religionsunterricht, auch in Deutsch und Geschichte ausschließen solle. Das scheint uns zunächst wenigstens aber das Ziel hinauszuweisen. (Sehr richtig! rechts.) Wir würden dann konsequenterweise dazu gelangen müssen, geradezu die Genehmigung der Lehrer zu unterbinden und eine solche Bestimmungsbürokratie kosten wir nicht. (Belächter links.) Sollen Sie das, dann müssen Sie es auch konsequent durchführen. Wir aber halten den Standpunkt der Regierung für den richtigen. Der Minister trägt auf diesem Gebiete eine große Verantwortung, denn jeder falsche Schritt kann zu Konflikten führen, die wir im Interesse des Staates auf tiefste bedauern würden. Sollte es allerdings nötig werden, evangelische Interessen zu schützen, so werden wir es nicht an uns fehlen lassen. (Bravo! rechts.) Die Sache hat aber noch eine andere Seite, das ist das ganze Vorgehen der Kurie. Da muß ich namens meiner Freunde ausprechen, daß die verschiedenen Rundgebungen der Kurie und mit tiefstem Mißbehagen erfüllt haben. (Bravo! rechts.) Wir wollen keinen Kulturkampf, sondern wollen mit unseren katholischen Mitbürgern, in denen wir auf demselben christlichen Boden stehen, in Frieden leben. Dafür ist aber unerläßliche Voraussetzung die unbedingte Rücksichtnahme der Kurie auf die preussischen

Interessen. Wir mühten schon im vorigen Jahre zu unserem Bedauern aussprechen, daß uns in der Vorromanus-Enghälsa eine schwere Beeinträchtigung des konfessionellen Friedens zu liegen schien, und wir hatten geglaubt, daß die Zurückweisung dessen, was da geschah war, dazu dienen würde, eine größere Zurückhaltung auf Seiten der Kurie zu bewirken. Aber anscheinend ist doch diese Mahnung nicht von der Bedeutung gewesen, die wir erwarteten. (Sehr richtig! links.) Die Kurie kann doch die preussischen Verhältnisse nicht mit denen Frankreichs oder Spaniens vergleichen. Preußen hat eine gemischt-konfessionelle Bevölkerung, und da darf man uns nicht Dinge machen, die die Konfessionen mit Mißtrauen und schließlich mit Feindschaft erfüllen. (Lebhafte Zustimmung rechts und links.) Wir haben doch auch eine Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl (Ruf links: Leider!), und man kommt allerdings zu der Empfindung, daß der Wert dieser Institution einigermassen in Frage gestellt erscheint (Sehr richtig! links), wenn sie nicht zur Ausgleichung und Verständigung auf diesem schwierigen Gebiete dient, wozu sie doch in erster Linie bestimmt ist. (Sehr richtig! links.) Wir können im Interesse des Friedens nur wünschen, daß eine detarierte Praxis sich ändern möge. Wir wollen darüber keinen Zweifel lassen, daß wenn die staatlicherseits zu schließenden Interessen von der Regierung mit derselben Ruhe und Besonnenheit, ohne Schärfe, aber auch ohne jede Schwäche (Bravo!) wahrgenommen werden, die Regierung der Unterstellung aller meiner politischen Freunde sicher sein kann. (Lebhafte Beifall rechts.)

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg: Ich will an die Ausführungen anknüpfen, die der Vordrucker am Schluß über die Dekrete der Kurie gemacht hat, die jetzt im Mittelpunkt der Erörterung stehen. Man mag zu kirchlichen und staatlichen Fragen so oder so stehen, man mag Protestant oder Katholik sein, man mag Freund des Staatskirchenrechts sein oder die Trennung von Staat und Kirche erstreben, niemand wird es leugnen, daß durch diese Dekrete eine tiefe Bewegung in Deutschland entstanden ist. (Sehr richtig!) Sie hat eingeleitet bei den Bestimmungen des Antimodernisteneides. Diese Bestimmungen berühren das Verhältnis des einzelnen Katholiken zu seiner Kirche. Erachtet es die katholische Kirche in ihrem kirchlichen und religiösen Interesse für notwendig, ihre Diener unter diesem Eide zu stellen, so ist das lediglich ihre eigene Angelegenheit. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese grundsätzliche Auffassung beruht aber nicht, daß der Staat über die Folgen hinwegsehen könnte und müßte, welche sich daraus für das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen ergeben. (Sehr richtig!) Es fragt sich für uns, ob es notwendig und zweckmäßig war, diese Dekrete für Deutschland zu erlassen. (Sehr richtig!) Auf katholischer Seite mußte man damit rechnen, daß die Bindung, welche im Antimodernisteneid liegt, dem evangelischen Empfinden besonders fremd ist. (Sehr richtig!) Ich will es vollständig dahin gestellt sein lassen, ob dieser Eid irgend etwas Neues enthält. Die Tatsache aber, daß in ihm grundlegende konfessionelle Unterschiede gewissermaßen auf eine Formel, und zwar eine sakrosankte Eidesformel gebracht sind, war nur zu geeignet, konfessionelle und Glaubensgegensätze neu zu beleben. (Sehr wahr! links.) Ihre praktische Wirkung übt die Bewegung, die dadurch entstanden ist, aus auf die Stellung der katholischen Fakultäten bei den Universitäten und auf den weltlichen Unterricht, den vereidigte Gelehrte an unseren höheren Schulen erteilen. Ich muß es aber mit allem Nachdruck aussprechen, daß abgesehen von diesen praktischen Zusammenhängen konfessionelle Empfindungen und Bestimmungen niemals zur Grundlage politischer Entscheidungen werden können. Ich bin in der Besinnung bezeugt, der Gewissenszwang des Antimodernisteneides sei so stark, daß auch der Staat dagegen protestieren müsse; man hat sogar gemeint, er sei mit den Grundrechten der preussischen Verfassung unvereinbar. Das trifft natürlich nicht zu. Wer katholischer Geistlicher werden will, hat sich den Bedingungen seiner Kirche zu unterwerfen. Ob er Geistlicher werden will, ist seine Sache, niemand zwingt ihn dazu; wird er es aber, so begibt er sich eines Teiles seiner Freiheit, und kein Artikel der Verfassung unterläßt es, derartige Freiheitsbeschränkungen zu übernehmen, sie seien denn im Geleite selbst verboten. Ich beschränke mich also auf die Wirkungen, welche diese Dekrete auf die Beziehungen des Staates zur Kirche hervorgerufen haben. Neben den Bestimmungen über den Antimodernisteneid kommen noch die Bestimmungen über die Kommunion der Kinder und über die Anktion der Geistlichen in Betracht. Die Kurie hat es nicht für zweckmäßig gehalten, sich vor dem Erlass dieser Dekrete mit uns darüber auszusprechen. (Hört! hört!) Forderungen konnten wir das nicht, aber es hätte geschehen sollen. (Sehr richtig!) Gleichwohl konnte der Kultusminister bei der ersten Lesung des Etats der Ansicht Ausdruck geben, daß die Freilassung der Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrer von dem Antimodernisteneide ein Angehen für den Wunsch der Kurie zu sein scheint, die Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich gerade bei diesen Personen ergeben. Der unmittelbare darauf veröffentlichte Brief des Papstes an den Kardinal Bischof war zwar keine gewollte Erklärung der Regierung, denn er war einen halben Monat vorher geschrieben, aber er war doch geeignet, die bestehende Erregung zu steigern. (Zustimmung) und hat einen Teil der Annahmen, von denen der Kultusminister ausgegangen war, als irrig erwiesen. (Sehr richtig!) Wir Recht hat man gefragt, welche Stellung die Regierung gegenüber dieser Haltung der Kurie eingenommen habe! Ich habe durch unseren Gesandten beim Vatikan den Kardinal Staatssekretär auf die Erregung aufmerksam gemacht, die durch den Antimodernisteneid hervorgerufen worden ist. Ich habe ihm die einzelnen Punkte bezugsnehmend lassen, wo Konflikte mit dem Staat eintreten könnten. Ich habe auch der Kurie keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihre die Verantwortung für Konflikte, die entstehen sollten, allein zufällt (Beifall) und daß, nachdem sie die Dekrete ohne Prüfung mit dem Staat erlassen hat, ihre auch allein die Aufgabe obliegt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie die Folgen der Erregung nach Möglichkeit abgemildert werden könnten, und wie bei der weiteren Ausführung der Dekrete Kollisionen mit dem Staate zu vermeiden sind. (Beifall.) Die Kurie hat mir darauf geantwortet, daß sie weit davon entfernt sei, irgend welche Konflikte mit dem Staate zu suchen, sie aber auch nicht voraussehe. Ich fürchte, daß die gemäßigteren optimistischen Auffassung der Kurie, als ob alle Folgen der erzeugten Erregung wieder ganz ausgelöscht werden könnten, zu weit geht. (Lebhafte Zustimmung links.) Nun ist gefordert worden, daß die Regierung die Maßnahmen der Kurie mit scharfen Gegenmaßnahmen erwidert. Als solche sind genannt worden Aufhebung der theologischen Fakultäten, Aufhebung des weltlichen Unterrichts durch die Gymnasiallehrer, Aufhebung unserer Gesandtschaft beim Vatikan. Wenn ich die Verhältnisse in Preußen und in Deutschland richtig beurteile, so hat bei uns niemand Sehnsucht nach einem Kulturkampf. (Allgemeine Zustimmung.) Auch der Papst hat uns wiederholt versichert, daß ihm die Aufrechterhaltung des friedlichen Verhältnisses zwischen unserem Staat und der Kirche am Herzen liegt, und ich bin sehr davon durchdrungen, daß dies der überzeugte Wunsch und Wille des Papstes ist. Aber dieser Wille wird durchkreuzt. Einigungen wie diejenige der Vorromanus-Enghälsa sind vorgekommen, die in den Verhältnissen anderer Staaten ihre Begründung finden mögen, die aber in Deutschland und schwere Bedenken hervorgerufen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Auf das Ziel, welches Kräfte dieser Art zurückzuführen ist, kann ich nicht unterlassen. Ueber den Nutzen, den die katholischen Fakultäten haben, sind die Ansichten geteilt. Ich bin der Ansicht, daß man den Wert der katholischen Fakultäten nicht unterschätzen soll. Jegend ein Interesse des Staates, ohne weiteres diese Fakultäten zu beseitigen und damit unsere katholische Bevölkerung, deren Wünsche ebenso berücksichtigt werden müssen, wie diejenigen der übrigen Bevölkerung, zu schädigen, kann ich nicht als bestehend anerkennen. Etwas anders verhält es sich mit dem Unterricht an den höheren Schulen. Ich habe Verständnis für die Auffassung, welche

in manchen Kreisen herrscht, daß es bedenklich sei, den Unterricht in Deutschen, in der Geschichte Personen zu übertragen, die in ihrer Lehrtätigkeit durch den Antimodernisteneid gebunden sind. Aber ich sehe nicht ein, warum diejenigen Lehrer, welche bisher zur vollen Zufriedenheit der Schulbehörden den Unterricht in profanen Schulfächern erteilt haben, diesen nun nicht auch nach Leistung des Modernisteneides erteilen können sollten. Doch werden wir darauf verzichten, Geistlichen, welche den Eid geleistet haben, den Unterricht, z. B. im Deutschen, in der Geschichte neu zu übertragen (Hört! hört!), und in ähnlicher Weise wird der Staat auch bei der Uebertragung anderer Staatsämter in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung üben müssen. Die Gesandtschaft beim Vatikan hat das Abgeordnetenthaus wiederholt beschäftigt. Bismarck, der sie aufgehoben hatte, hielt es für zweckmäßig und nützlich, sie wieder einzusetzen. Hauptächlich wird gegen die Gesandtschaft mit dem Grunde gefehlt, daß es ihr nicht gelingen sei und nicht gelinge, die Kurie von Maßregeln abzuhalten, die uns unangenehm sind, oder Maßnahmen herbeizuführen, die unseren Wünschen entsprechen. Wenn nach diesem Prinzip gehandelt werden sollte, dann mühten wir leider noch manche andere aufheben. (Heiterkeit und Zustimmung.) In der Tat hat uns die Gesandtschaft wiederholt gute Dienste geleistet. Zugeden muß ich allerdings, daß in letzter Zeit die Kurie gewiss Informationen über die deutschen Verhältnisse nicht demjenigen Nutzen aus dem Bestehen der Gesandtschaft gezogen hat, den wir gern gewünscht hätten. (Hört! hört! und Zustimmung.) Im gegenwärtigen Augenblick aber diese Gesandtschaft aufzuheben, würde nicht im Staatsinteresse liegen. Wir können nur mit einem klaren Kopfe über die gegenwärtigen Zustände hinwegkommen, wenn wir in voller Ruhe unsere Maßregeln ergreifen und wenn wir dabei an der Hoffnung festhalten, daß es sich um einen vorübergehenden Zustand handelt. Die Vorstellung, daß die Regierung vor einer ernstlichen Auseinandersetzung mit Rom auch mit Rücksicht auf die politische Stellung des Zentrums zurückzuziehen, ist irrig. Alle Parteien werden dem Vaterlande keinen größeren Dienst leisten können, als wenn auch aus dieser Debatte klar hervorgeht, daß es uns allen um die Aufrechterhaltung des Friedens zu tun ist, und daß wir alle den Wunsch hegen müssen, der preussische Staat möge diesen Frieden wahren, so lange es ohne eine Minderung seiner wesentlichen Interessen und seiner Würde geschehen kann. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dietrich (R.): Das es nicht in der Absicht der Kurie gelegen hat, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, hat der Herr Ministerpräsident zugegeben. Der Modernisteneid war eine notwendige Maßnahme gegenüber Verfehlungen, die sich gegen die Grundlagen des Christentums richteten. Der Größe der Gefahr entsprach die Schärfe der Maßnahme. Der Eid enthält nichts Neues, er bedeutet lediglich eine Einschränkung der alten katholischen Auffassung. In ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit behindert der Eid die katholischen Professoren nicht. Aber auch der evangelische Theologe ist an gewisse Voraussetzungen, an die Grundbegriffe der Heiligen Schrift gebunden. Die Betrachtungen über die Ewigkeit der Kirche der katholischen Fakultäten müssen uns tief berühren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Zweck der Maßnahmen der Kurie ist lediglich die Erhaltung der Grundlagen des Christentums. Daraus muß ein ärztlicher Staat das größte Interesse haben. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Die Erklärungen des Ministerpräsidenten befriedigen uns durchaus. Besonders sind wir mit der Erklärung einverstanden, daß Geistliche, die den Modernisteneid geleistet haben, nicht mehr in Deutsch und Geschichte unterrichten sollen. In der ganzen Frage des Modernisteneides ist von Rom aus dasselbe Schauspiel getrieben worden, wie bei der Vorromanus-Enghälsa und Preußen muß endlich dafür sorgen, daß dies Spiel mit der preussischen Regierung aufhört. (Lebhafte Zustimmung links.) Die die Entwicklung der Geschichtsforschung von der katholischen Kirche wirklich unterbunden wird, beweist der Fall des Prinzen Max von Sachsen. (Sehr richtig! links.) Wir sehen in dem heutigen Vorgehen Roms eine Rücksichtslosigkeit gegen den Staat. Preußen wird hier als eine Macht behandelt, mit der man gar nicht zu verhandeln braucht. Wir wünschen der Regierung ein paar recht feste Bismarckische Karastiefel, damit sie fest auftritt, und wenn es auch einmal klirrt und hebt bis über die Berge hinaus. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Das Problem der Trennung von Kirche und Staat rückt näher. Wird der Krieg uns aufgedrungen, müssen wir bereit sein. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (H.): Wir begrüßen die erste und feste Sprache des Ministerpräsidenten und hoffen, daß sie auf die Diplomaten der Kurie den erforderlichen Eindruck machen wird. Bisher ist ja der diplomatische Erfolg Preußens bei der Kurie kein sehr großer gewesen. (Sehr richtig!) Die hier gepflogenen Erörterungen werden hoffentlich dazu beitragen, daß wir um eine Vertiefung der konfessionellen Gegensätze herankommen. Einen lauten Frieden aber, der darin besteht, daß die Regierung immer zurückweicht, wollen wir nicht. Im Vatikan wird man hoffentlich einsehen, daß die Politik der letzten Jahre nicht im Interesse der Katholiken in Preußen liegt.

Abg. Jung (Op.): Uns interessiert die ganze Situation mehr von der politischen Seite. Ich zweifle, ob die sehr vorsichtige, kluge, äußerlich zurückhaltende Erklärung der Regierung draußen im Lande über die Befriedigung hervorgerufen wird, die wir von dieser Debatte erwarteten. (Sehr richtig! links.) An dem Vorgehen des Vatikan hat die Rechte indirekt Mißgunst durch ihre Verbindung mit dem Zentrum. (Sehr richtig! links.) Mit großer Freude begrüße ich es, daß die Regierung gegen die Konfessionalisierung der höheren Lehranstalten entschieden vorgehen will. — Der Fortbestand der Gesandtschaft in Rom unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird von weiten evangelischen Kreisen als ein dauerndes Annoh angesehen. (Sehr wahr! links.) In ganz katholischen Ländern wie Frankreich und Spanien wehrt sich die Regierung energischer gegen Uebergriffe des Vatikan als bei uns in Preußen. (Lebhafte Zustimmung links.) Es wird bei uns auch in dieser Beziehung erst anders werden, wenn wir ein freies Wahlrecht haben. (Bravo! links.)

Abg. Sybel (Pol): Die Dinge gegen den Modernisteneid entspringt der Tendenz: „Auf gegen Rom!“ Vor allem wie in den polnischen Provinzen haben unter den Protestantisierungsbestrebungen zu leiden. Sie (zu den Nationalliberalen) sollten vor der eigenen Tür lehren und mehr Parität üben. (Bravo! bei den Polen.) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. (Schluß 4 Uhr.)

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.
Die Kommission trat am Dienstag in die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern ein, die sofort eine umfangreiche Debatte über die Kaliindustrie und das Kaliumsalz brachte. Die Sozialdemokraten legten folgende Resolution vor: Der Reichstaglang zu eruchen, dem Reichstage eine Denkschrift über die Entwicklung der Kaliindustrie und der in ihr bestehenden Arbeiterverhältnisse vorzulegen. Weiter lagen folgende Anträge Spez vor: Zur Hebung des Kaliumsalzes 950 000 M., 300 000 M. zur kostenfreien Unterfuchung von Kaliumsalzproben, 300 000 M. zur Hebung des Kaliumsalzes in den Bundesstaaten und 400 000 M. zur Hebung des Kaliumsalzes und zu wissenschaftlichen und praktischen Versuchen durch die inländischen Abnehmerverbände einzustellen; bei der bevorstehenden Neuordnung der Kontingente der Kaliwerke den Felderbesitz zu berücksichtigen und die von den Werken zu Unrecht erhobene Ueberführungsgebühr von 4 M. für den Waggon zurückzuerstatten und künftig nicht mehr zu erheben.
Kapitel 7a, Titel 25 des Etats des Reichsamt des Innern fordert 4,8 Millionen zur Deckung der dem Reiche aus der Ausführung des Kaliumgesetzes entstehenden Kosten und zur Hebung des

Kaliumsalzes, die aus den Einnahmen für die Abgaben der Kaliwerkbesitzer — 60 Pf. für den Doppelzentner reines Kali — wieder erzielt werden, so daß den Kaliproduzenten die Abgaben wieder zufließen. Gegen dieses System richten sich die Zentrumskräfte, für die neben den Zentrumskrednern besonders scharf auch Genosse Hue eintrat.

Staatssekretär Deibred und Handelsminister Sydow verteidigten es sehr lebhaft, daß die durch Abgaben erhobene Summe wieder den Kaliwerkbesitzern zufließt; Delbrück bequante sich aber schließlich dazu, einen genauen Nachweis der Verwendung im nächsten Jahre zu geben. Lebhaft beifall es der Staatssekretär, daß durch das Statgesetz eine andere Verwendungsmöglichkeit bestehe, als sie im § 27 des Kaliumgesetzes vorgesehen sei. Konservativ und nationalliberale Redner unterführten ihn in seinem Bemühen. Abg. Arendt brachte eine Resolution ein, nach der die Regierung im nächsten Jahre eine Spezifizierung der Einnahmen und Ausgaben in den Etat aufnehmen solle, ferner forderte er, daß von den 4,8 Millionen im Jahre 1911 1,2 Millionen nicht auszugeben werden sollen. Der zweite Teil der Resolution wurde mit dem Hinweis bekämpft, daß das Kaliumgesetz durch die Zurückhaltung von 1,2 Millionen durchbrochen werde. Staatssekretär Deibred hatte sich für diese Resolution ausgesprochen. Die vierstündige Debatte wurde dann abgebrochen und soll am Donnerstag fortgesetzt werden.

Aus Industrie und Handel.

Sensationelle Zahlungsschwierigkeiten.
Die Bankfirma Karl Reuburger, die als Kommanditgesellschaft auf Aktien betrieben wird, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie hat am Dienstag ihre Vorkonten vom Tage vorher nicht erledigt, Effekten weder geliefert noch abgenommen. Auch ist ein von einer Großbank präsentierter Wechsel nicht eingelöst worden. Welche Kreise ein Konkurs der Firma ziehen könnte, kann man daraus ersehen, daß sie außer ihrem Hauptgeschäft in Berlin noch 85 Provinzialfilialen unterhält. Die Gesellschaften, in deren Aufsichtsrat die Firma Reuburger eine Rolle spielt, wie z. B. Elberfelder Papierfabrik, Vereinigte Dampfschiffahrt, Simoniusche Zellulosefabrik, Stettin-Bredower Zementfabrik und andere erlitten teilweise starke Kursstürze. Die verlaufen, sind Verhandlungen aufgenommen worden, um eine Liquidation der Firma zu ermöglichen. Demnach darf man wohl damit rechnen, daß ihr auf irgend eine Weise das schmerzliche Halsband umgelegt wird und einige Großbanken ihren Geschäftskreis bedeutend erweitern.

Der Holzhandel.

Die Handelspresse veröffentlichte im September des Vorjahres einen Aufruf der Vereinigung am Berliner Holzhandel beteiligter Firmen, der sich mit den vielfachen Zahlungsschwierigkeiten von Holzgeschäften befaßte. In der Erklärung des Holzhandlervereins wurde folgendes ausgesprochen:

Der Berliner Holzhandel ist während des Sommers dieses Jahres von unerwarteten Zahlungsschwierigkeiten heimgegriffen worden. Die Firmen Schönfeld u. Weichert, Hemken u. Schale, Moritz Dobrin und E. Heene sind in Konkurs gegangen, und namentlich die Gläubiger der letztgenannten drei Firmen stehen trotzlosen Konkursmassen gegenüber. Aus den Kreisen unserer Vereinigungsmittglieder werden wir aufmerksam gemacht, daß inmitten des Konkursverfahrens und inmitten von Feststellungen, die strafrechtliche Verfolgung bezwecken, sich die Inhaber jener Firmen beilen, neue Unternehmungen in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu errichten. Sie haben ihre Holzlager von den Konkursverwaltern gegen hohe Bezahlung zurückgekauft, und auch bereits neue Holzkaufte vollzogen. Zur Charakterisierung wird uns mitgeteilt, daß Weichert, von der Firma Schönfeld u. Weichert, wegen Wechselrückzahlung steckbrieflich verfolgt wird. Moritz Dobrin hat innerhalb dreier Jahre zweimal seine Zahlungen eingestellt, die Firma Hemken u. Schale hat in unverantwortlicher Weise eine überaus große Schuldenlast kontrahiert. Nach dem Vorausgegangenem bezweifeln wir, daß die Inhaber jener Firmen die moralischen und geschäftlichen Fähigkeiten besitzen, um ordnungsgemäß und erfolgreich weiter zu wirken. Zur Wahrung des durch derartige Vorkommnisse erschütterten Ansehens des Berliner Holzhandels gibt die Vereinigung in Wahrnehmung der ihr anvertrauten Interessen hiermit allen Holzlieferanten, Holzverbraucher und Holzgegnern dieses zur Kenntnis und bittet sie demgemäß, ihr ferneres Verhalten jenen und ähnlichen Neugründungen gegenüber einzurichten.

Zu den Gründern der Vereinigung am Berliner Holzhandel beteiligter Firmen bei den Aufzug erlich, gehörte im Frühjahr 1910 auch Franz George, der Inhaber eines bedeutenden Berliner Holzgeschäftes, das jetzt in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Herr George dürfte heute sein Urteil über die Situation im Holzhandel etwas geändert haben. Bei uns besteht wahrlich keine Meinung, die Geschäftsabhandlung der solidierten Holzfirmen zu verteidigen oder zu beschönigen, aber die Darstellung der Holzhandlervereinigung gibt ein durchaus falsches Bild von den Ursachen der vielen Zusammenbrüche.

Am letzten Mittwoch wurde bekannt, daß die Holzbearbeitungsfirma Grün u. Hettwig in der Gnesenaustraße, die sich in der Hauptstadt mit Baulieferungen befaßt, ebenfalls in Schwierigkeiten geraten sei. Aus den Angaben über die Lage der beiden Firmen ist der Zusammenhang der zahlreichen Insolvenzen im Holzhandel mit der Bestattung des Berliner Terrains und Baummarktes ganz besonders zu ersehen. Ehe der allgemeine wirtschaftliche Niedergang eintrat, begann der Niedergang in Berliner Baugewerbe, durch den naturgemäß auch der Holzhandel in Mitleidenschaft gezogen wurde. Verschärfend wirkte die im Jahre 1908 erfolgte Ausperrung der Holzarbeiter und die darauf folgende Ausperrung der Bauarbeiter in Berlin. Bei der dadurch hervorgerufenen Unterbindung der Tätigkeit der Holzindustrie und des Holzhandels wurde bereits 1907 eine Reihe größerer Holzgeschäfte erschüttert, so die Firma Gustav Cohn in Berlin, die auch mehrere Filialen in Westpreußen unterhielt. Damals wurde über eine zu starke Kreditgewährung in der Fachpresse geklagt, aber nicht gegen Einräumung übermäßiger Kredite an die Kunden der Holzhandlerv, sondern an die Holzfirmen durch die Großbanken.

Demnach der Firma Cohn folgten Zusammenbrüche von vier größeren Berliner Holzfirmen und einer bedeutenden Stettiner Firma, wenige Wochen darauf stellten auch zwei angesehenen Danziger Firmen ihre Zahlungen ein. Noch zahlreiche Fallissements waren im Holzhandel zu verzeichnen, besonders Ansehen erregte der Konkurs der Firmen Julius Früh jr. und Curt Valentin G. m. B. H. infolge der riesigen Verbindlichkeiten dieser Unternehmungen. Nunmehr versicherten die Handelsblätter auf Grund von Informationen aus Holzhandlervkreisen, daß jetzt eine Vermählung eintreten werde, da man die unsoliden Elemente nun gründlich ausgeschaltet habe. Nicht lange darauf begannen die Insolvenzen von neuem; die Holzhandlung H. A. Schröder in Berlin geriet in Zahlungsschwierigkeiten, bald auch stellten die in dem Aufruf der Holzhandlervereinigung erwähnten Firmen Schönfeld u. Weichert, Hemken u. Schale, Moritz Dobrin und Heene ihre Zahlungen ein. Von weiteren Berliner Firmen des Holzhandels und der Holzbearbeitung, die zahlungsunfähig wurden, sind noch die Holzhandlung May Stark und die Holzbearbeitungsfabrik Ernst Dabel zu erwähnen. Diese Liste kann keineswegs auf Vollständigkeit Anspruch machen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß auch auswärtige Firmen der gleichen Branche in erheblicher Zahl zusammenbrachen. Bei den meisten dieser Firmen wurde als Ursache der Insolvenz angegeben, daß sie in den letzten Jahren durch Lieferungen an Bauunternehmer die eigenen Mittel festlegten und dadurch große Verluste erlitten. Gest man dieser Geschäftsgebarung auf den Grund, so wird man oft

finden, daß die beteiligten Firmen Baunternehmern wohl oder übel größere Kredite geben mußten, um überhaupt Geschäfte zu machen.

Nach einer beispiellosen Vauspulation in den Jahren vor 1906 stellte sich ein Stillstand der Bautätigkeit ein, der zu noch viel heftigeren Erschütterungen, aber wahrscheinlich auch zu einer schnelleren Gesundung des Baunarktes geführt hätte, wenn nicht die an der Terrainspulation beteiligten Banken aus eigenem Interesse mit ihren großen Mitteln den Markt gehalten hätten. So erklärt sich, daß die Bodenpreise nicht nur auf der alten Höhe blieben, sondern darüber hinaus noch gesteigert werden konnten. Diese Steigerungen der Bodenpreise bei den trostlosen Baunarktsverhältnissen konnten die Banken und die von ihnen vorgehobenen Terrainspulationsgesellschaften durchsetzen, weil die Mehrzahl der Terrainspulationen aus mittel- und vielfach skrupellosen Baunternehmern besteht, die nichts zu riskieren hat, aber bei einem Umschlage der Konjunktur etwas zu gewinnen hofft. Unter diesen Umständen wird die Behauptung von Terrains zu einem Hazardspiel, bei dem die Banken und ihre Streikmänner, die häufig mysteriösen Geldgeber und Finanzierungsinstitute infolge raffinierter Ausnutzung der Hypothekengesetzgebung nichts verlieren. Die Lieferanten und Handwerker müssen die Fesse bezahnen.

Um die hineingesteckten Gelder zu retten, haben Lieferanten, wenn sie noch über eigene Mittel oder Kredite verfügen, sich nicht selten dazu entschlossen, Häuser zu übernehmen und fertig zu bauen. Natürlich hofften sie, die Grundstücke vermieten und dann verkaufen zu können. Sie rechneten damit, ihre Gelder in Aktien wieder flüssig zu haben. Aber die Stagnation auf dem Terrain- und Baunarkt warf diese Erwartung nur zu oft über den Haufen; den Geschäften blieb dauernd ein erheblicher Teil des Betriebskapitals entzogen, neue Kredite mußten in Anspruch genommen werden, und dann stieg der Verkauf auf erhöhte Schwierigkeiten. So erwiefen sich die Zusammenbrüche im Holzhandel als Folgen der seit 1906 verheerendsten Konjunktur sehr stark verschärft durch die Wirkungen der Aussperrungswut des Scharfmachertums.

Bankrott. Jetzt hat der Aufsichtsrat der Vereinsbank in Frankfurt a. D. beschlossen, den Konkurs der Bank anzumelden. Nach Schätzung des Aufsichtsrats beläuft sich die Unterbilanz auf ungefähr 6 Millionen Mark, so daß das gesamte Aktienkapital und von den Depositen etwa 50—60 Proz. als verloren gelten.

Gerichts-Zeitung.

Rektor Vos.

In der Strafsache wider den Rektor Vos und den Lehrer Knöfel wurden die letzten Zeugen gestern vormittag vernommen. Die medizinischen Sachverständigen Medizinalrat Dr. Hoffmann und Stabsarzt Dr. Stier gaben dem Vernehmen nach ihre Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte Vos nach alle dem, was in der Verhandlung über seine moralische Qualifikation und über seinen Verkehre mit den ihm unterstellten Schülerinnen sowie über sein mehr als sonderbares, in Schläppfrigkeiten geradezu schwelgendes Verhalten dritten Personen gegenüber zutage getreten, als ein minderwertiger Mann anzusprechen sei. Die Sachverständigen waren darin einig, daß § 51 des Strafgesetzbuches nicht anzuwenden sei, aber einer der bekannten Grenzfälle hier vorliege. — Staatsanwalt Braut glaubte, wenn auch eine Anzahl von Fällen zur Freisprechung führen könnten und nur in fünf Fällen die Schuld des Angeklagten Vos nachgewiesen sei, von milderen Umständen bei diesem keine Rede sein könne, obgleich dieser Lehrer der Jugend nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen als minderwertig zu gelten habe. Man dürfe doch nicht vergessen, daß es sich hier um einen Mann handele, der eine Reihe von Jahren Vorsteher einer Mädchenschule gewesen sei und sich nicht gescheut habe, eine mehr als laze Moral zu bekunden und den seiner Obhut anvertrauten Schülerinnen sich in unanständiger Weise zu nähern, anstatt ihnen ein Vorbild zu sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen Vos 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Angeklagten Knöfel Freisprechung in drei Fällen und Verurteilung in zwei Fällen zu 1 Jahr Gefängnis. Für Knöfel plädierte Justizrat Bronner auf völlige Freisprechung, da nach seiner Meinung auch in den beiden vom Staatsanwalt aufrecht erhaltenen Fällen eine Schuld Knöfels nicht erwiesen sei. Der Verteidiger wies auf das Bedenkliche hin, Aussagen von Kindern für bare Münze zu nehmen und führte aus, daß es sich in den beiden Fällen nicht um Verbrechen gegen § 176 3, sondern schlimmsten Falls um Verleumdungen handeln könne und bezüglich dieser es an einem Strafamt fehle. Die Rechtsanwälte Abrahamsch und Dr. Alfred Salomon glaubten, daß der Angeklagte Vos auch in den fünf Fällen, in denen er sich in der von der Anklage behaupteten Weise an Schülerinnen vergangen habe, nicht bestraft werden könne, da auf ihn doch wohl der § 51 des Strafgesetzbuches anwendbar sei. Der Angeklagte Vos versicherte in einem Schlusswort, daß er unschuldig und sich nicht bewusst sei, fittliche Verfehlungen begangen zu haben. Wenn die gegen ihn aufgetretenen Schülerinnen das Gegenteil bezeugt hätten, so sei dies auf ihre blühende Phantasie oder auf Beeinflussungen von dritter Seite zurückzuführen.

Die Beratung des Gerichtshofes dauerte nur kurze Zeit. Das Urteil

lautete gegen Knöfel auf Freisprechung, gegen Vos, der in zwei Fällen des vollendeten, in einem Falle des versuchten Sittlichkeitsverbrechens für schuldig befunden wurde, auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Vos wurde ferner zur Verleumdung öffentlicher Beamter auf die Dauer von 3 Jahren für unfähig erklärt, der gegen ihn erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben. Bezüglich des Angeklagten Knöfel hielt der Gerichtshof auch in den beiden Fällen eine Schuld im Sinne des Eröffnungsbeschlusses nicht für nachgewiesen. Allerdings habe Knöfel an den beiden Mädchen, die in diesen Fällen in Frage standen, unsittliche Handlungen begangen, er sei aber nicht deren Lehrer gewesen, die Mädchen seien auch, wie der Gerichtshof für feststellt erachte, schon über 14 Jahre alt gewesen. Unter diesen Umständen liege nur Verleumdung vor und es mangle an dem erforderlichen Strafamt. Was den Angeklagten Vos betrifft, so sei dessen Schuld lange nicht in dem Umfange festzustellen worden, wie es nach den Nachrichten der Zeitungen der Fall zu sein schien. Es sei, wie der Vorsitzende ausführte, sehr viel übertrieben worden. Die Anklage warf dem Angeklagten Vos 15 strafbare Handlungen vor, nach der Beweisaufnahme mußte in 12 Fällen auf Freisprechung erkannt werden. Die Verührung der Mädchen, um die es sich in diesen Fällen handelt, seien solche gewesen, bei denen eine unsittliche Absicht durchaus nicht mitzusprechen brauchte, es liege auch sehr nahe, daß die Kinder unter dem suggestiven Einfluß der Pöbelnachrichten erst diese unsittliche Absicht hineingelegt haben. Immerhin sei erwiesen, daß der Angeklagte sich in drei Fällen strafbar gemacht habe. Die betreffenden Mädchen seien seine Schülerinnen und zwei noch nicht 14 Jahre alt gewesen. Das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte Vos eine Persönlichkeit ist, der solche Handlungen wohl zuzutrauen sind, denn er sei stark erotisch veranlagt, habe auch sonst mancherlei unsittliche Reden geführt und unsittliche Handlungen begangen, belösend sei auch, daß er einigen seiner Schülerinnen Personen zugeführt hat, die später mit den Schülerinnen in unsittlichen Verkehre getreten sind, und obwohl er wußte, daß einer dieser Männer wegen fittlicher Verfehlungen im Disziplinarwege seines Amtes

entsetzt worden war. Bei der Strafzumessung sei erwogen, daß der Angeklagte Vos aus einer erblidig belasteten Familie stammt, begünstigt und im äußersten Maße minderwertig ist. Deshalb seien ihm mildernde Umstände zugebilligt worden. Da der Angeklagte nur noch 9 Monate zu verbüßen habe, liege Haftüberdacht nicht mehr vor und aus diesem Grunde sei der Haftbefehl aufgehoben worden.

Die „Große Glode“.

Vor der 147. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte wurde gestern eine Privatklage des Theaterdirektors Hagin gegen den Verleger der „Großen Glode“, Davidsohn, und den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Walter Steinthal, verhandelt. Der Privatkläger ist Leiter des Theaters in Graz und des Sommertheaters in Karlsruhe und bewirbt sich um die Pacht des Neuen Königlichen Opernhauses als Nachfolger Guros. Gegen ihn brachte die „Große Glode“ im November vorigen Jahres einen schwer beleidigenden Artikel, nachdem sie schon vorher einmal einen Artikel unter der Ueberschrift „Die homosexuellen Organe des Theaterdirektors“ veröffentlicht hatte. Der Angeklagte Steinthal erklärte sich zu einem Vergleich bereit, da er eingesehen, daß die „Große Glode“ mit dem Artikel einen Fehlgrieff getan habe. Der Angeklagte Davidsohn wollte sich auf einen Vergleich nicht einlassen und behauptete, daß er den Inhalt des Artikels erst nach der Drucklegung kennen gelernt habe. — Rechtsanwalt Münzer betonte, daß die beleidigenden Behauptungen des Artikels absolut unwahr seien, daß hier wieder mit der Ehre eines Menschen in der leichtfertigen Weise umgesprungen sei und der Angeklagte Davidsohn, der der maßgebende Dirigent der „Großen Glode“ sei, aus diesem Grunde nicht mit einer Geld-, sondern mit Gefängnisstrafe bestraft werden müsse. — Das Gericht sah die Unwahrheit des Inhalts des Artikels für erwiesen an; der Angeklagte Steinthal habe sich ja auch selbst davon überzeugt, daß die Beschuldigungen unzutreffend seien. Der Staatsanwalt in Graz habe aus eingehenden Vorerhebungen dieselbe Ueberzeugung gewonnen und aus dem Zeugnis des Zeugen Hamburg gehe hervor, daß ein an sich harmloser Vorfall ungebührlich aufgebauscht worden sei. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten Davidsohn für den in erster Reihe Verantwortlichen, da der Angeklagte Steinthal nur ein Instrument in seiner Hand gewesen sei. Der Gerichtshof erwog ferner, daß, wie der Privatkläger glaubhaft versichert habe, dessen ganze Existenz in Frage gestellt worden sei, denn die Beförderung werde natürlich Bedenken tragen, einem Manne, dem in dem Artikel die schwersten fittlichen Vorwürfe gemacht werden, die Konzeption zu erteilen. Da diese Vorwürfe jeder Begründung entbehren, hat der Gerichtshof geurteilt, den Angeklagten Davidsohn zu einem Monat Gefängnis verurteilen zu sollen, während bei Steinthal 50 M. Geldstrafe für ausreichend erachtet wurde.

Aus aller Welt.

Die Tragödie der Gräfin Trigona.

Zu der vor einigen Tagen gemeldeten Ermordung der italienischen Gräfin Trigona durch den Leutnant Paterno schreibt unser römischer Korrespondent: Je mehr Einzelheiten über den Tod der Hofdame der Königin, der Gräfin Trigona, bekannt werden, um so mehr kennzeichnet sich die Angelegenheit als der Abschluß einer furchtbaren seelischen Tragödie und einer gemeinen und abgefeimten Spitzbäberei. Die Tragödie ist hier ganz auf Seiten der Frau, die sich in einen gewissenlosen Abenteuerer und Lebemann verliebt hat, nachdem ihr Ehegatte sie durch sein ärgelloses Leben sich ganz entfremdet hatte. Die Spitzbäberei ist auf Seiten des Offiziers, der die furchtbare Mordtat, die er über die Hofdame ausübte, mißbrauchte, um die Unglückliche finanziell auszubeuten. Wenn die Gräfin sich weigerte, zu einem Rendez-vous zu kommen, so drohte ihr der Kavallerie-Leutnant Paterno, ihr im königlichen Palast eine Szene zu machen. Obwohl die Leidenschaft der Frau, die sieben Jahre älter war, als ihr Liebhaber, noch immer heftig war, hatte sie sich bewegen lassen, das Verhältnis abzubrechen, nicht ihres Mannes wegen, von dem sie getrennt war, sondern ihren beiden Töchtern zuliebe. Bei dem letzten Abschied soll Graf Paterno von seiner Geliebten 20000 Lire gefordert haben, um seine Schulden zu bezahlen. Als sie sich weigerte, hat er die zarte und gebrechliche Frau anscheinend von hinten überfallen, ihr einen Messerstoß in den Rücken beigebracht, sie dann auf das Bett geworfen und ihr einen zweiten Stoß in den Hals versetzt, der die Schlagader durchschneidet. Für einen Widerstand von Seiten des Opfers sprechen verschiedene Kratzen und Wunden am Körper der Frau sowie die ganz zerzauste Frisur. Uebrigens liegt der Graf, dessen Selbstmordversuch man zunächst für eine Finte halten wollte, schwerkrank danieder.

Die Eltern und Geschwister ermordet.

Eine entsetzliche Mordtat verübte in der slawischen Ortschaft Barasdin ein Zimmermann Habor. Er geriet mit seinem Vater in einen Wortwechsel, beruhigte sich jedoch anscheinend wieder. Als das Haus nachts im tiefsten Schlaf lag, drang er in die Wohnung seiner Eltern ein und versetzte seinem schlafenden Vater mit einem großen Zimmermännchen mehrere Schläge auf den Kopf, so daß der Schädel gespalten wurde. Hierauf stieß er seiner ebenfalls schlafenden Mutter ein Küchenmesser in den Kopf. Seiner Schwester und seinem Bruder versetzte er ebenfalls mehrere tödliche Stiche. Nach seiner Tat legte sich der Mörder ruhig nieder und wurde erst von einem später heimkehrenden Bruder geweckt und der Polizei übergeben.

Den Michelinpreis gewonnen.

Der französische Flieger Renaug ist gestern glücklicher Gewinner des Michelinpreises geworden. Ein nicht alltägliches Ereignis, da der Preis mit 100 000 Frank dotiert war, die nunmehr Renaug zugeflossen sind. Als Bedingung für die Gewinung des Preises war vorgeschrieben, daß der Bewerber in einem Flugzeuge mit Passagier von Paris nach dem 1465 Meter hohen Gipfel der Berggruppe Puy de Dôme im südlichen Frankreich fliegen müsse. In der Luftlinie beträgt die Entfernung von Paris etwa 380 Kilometer.

Der Flieger Renaug verließ gestern morgen 9 Uhr 12 Min. mit einem Passagier an Bord den Vorort Meudon bei Paris und landete um 2 Uhr 20 Min. auf dem Gipfel des Puy de Dôme. Auf der Fahrt mußte Renaug bei Revers eine Zwischenlandung vornehmen, um neuen Benzol einzuschmelzen.

Auf dem Flugfelde von Châlons-sur-Marne legte der Flieger Renaug mit zwei Passagieren eine Strecke von 101 Kilometer in einer Stunde zurück und stellte damit einen neuen Weltrekord auf.

Im Gefängnis bestohlen.

Ein tragikomisches Ereignis wußte die „New Yorker Handelszeitung“ aus Warrior Run im Staate Pennsylvania zu melden. Zwei Verurteilte brachen in das Gefängnis des Ortes ein und beraubten den einzigen dort befindlichen Gefangenen um seine Barikasse von 29 Dollar.

Bei solchen Zuständen wäre es an der Zeit, daß die Gefängnisverwaltung sich mit einer Einbruchdiebstahlversicherung ins Einvernehmen setzt, um die Gefangenen vor Plünderung sicher zu stellen.

Kleine Notizen.

Grubenunfälle. Auf der Zeche „Fröhliche Morgenröte“ bei Bochum ging gestern ein Pfeiler zu Bruch. Durch die niedergehenden Gesteinsmassen wurden zwei Bergleute verwickelt. Einer von ihnen wurde schwer verletzt, der andere tot geborgen. — Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich auf Zeche Zentrum bei Bochum. Dort stürzte ein Arbeiter 40 Meter tief in den Schacht hinab. Der Unglückliche ist bald darauf im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die Negerleiche im Baumwollensack. Baumwollensackfabrik in der Nähe der französischen Stadt Castres entdeckten beim Öffnen eines Sackens die bereits in Verwesung übergegangene Leiche eines Negers. Es handelt sich augenscheinlich um einen mit großem Raffinement ausgeführten Mord.

Schwerer Eisenbahnunfall. Auf der Industriebahn im Sittertale in Ungarn löste sich ein mit gefüllten Holzstämmen beladener Eisenbahnwagen am Kirchenbodenberg ab und sauste talwärts. Bei einer scharfen Kurve entgleiste der Waggon. An der Unfallstelle befanden sich 23 Holzarbeiter. Der Waggon stürzte um und begrub von den Arbeitern 20, von denen 17 auf der Stelle getötet wurden; zwei andere Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt.

Neue Pestfälle in Odessa. In den letzten Tagen sind in Odessa zwei Erkrankungen an Pest zu befürchtender Kenntnis gelangt. Beide Fälle nahmen einen tödlichen Verlauf.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Landsberger Viertel. Belegt 401b, Teil I. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vizepräsident **Julius Winter** Handburgstraße 7 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes, Weihensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 216/9

Freier Unterstützungsverein b. d. Firma Förster & Runge. Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied **Emil Schönfeld** nach längerem Krankenlager am 3. März verstorben ist. Wir werden seiner stets gedenken. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes im Friedbergfeld aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 555b

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Weihensee. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vizepräsident **August Nentwig** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken.** Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes, Boerthstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet **18/2 Die Bezirksleitung.**

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Messerschmidt** sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders dem Wahlverein (Stralauer Viertel, Bezirk 364, Abteilung II) unseren herzlichsten Dank. **Familie Messerschmidt.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer **August Raetz** am 5. d. Mts. im Alter von 60 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paul-Kirchhofes, Köpenicker, aus statt. Rege Beteiligung erwartet **66/15 Die Bezirksverwaltung.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise überaus herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Julius Müller** sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Kollegen der Firma Fischer meinen herzlichsten Dank. **182802 Witwe Berta Müller geb. Schärmer.**

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für: Kinder- nahrung sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Persil Einzig dastehend ist Persil als selbsttätiges **Waschmittel,** denn es vereinigt denkbar höchste Wasch- und Bleichkraft mit geringster Arbeitsleistung und größter Billigkeit im Gebrauch. Dabei absolut unschädlich für das Gewebe, da frei von scharfen Stoffen. Erhältlich nur in Original-Paket. **HENKEL & Co., DÜSSELDORF.** Alleine Fabrikanten auch der weltberühmten **Henkel's Bleich-Soda** Fabrik-Niederlage für Berlin und Vorort: **Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tockstr. 11.**

Heute, den 8. März: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Marienfelde (K. V.) ist das Lokal von Adolf Berger Nachfolger, Berliner Str. 14, streng zu meiden; der jetzige Inhaber Herr Semm will mit den Arbeitern nichts zu tun haben.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Am Mittwoch, den 8. März, bei Julius Weher, Dranienstr. 103: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Scheidemann über „Humor in der alten Literatur“. Anfang pünktlich 1/2 12 Uhr.

Wir ersuchen die Kino-Operateure sich der Zahlnacht anzuschließen. Der Vorstand.

Erster-Woltersdorf. Heute Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Laubenrevision.

Das ist ja eine nette Bekleidung. Hat der Mensch Worte? Man war zwar vor Jahreschluss zur Revision ein paar Male draussen in der verdödeten Laubenkolonie, aber der Wind, der es seit zwei Monaten mit unserem Himmelsstrich so gut meint, hat doch gar zu schändlich gehaust. Die Müllern, die sich sonst so leicht nicht aus dem Lusch bringen lässt, sieht ingrinnig vor ihren wie ein gestrandeter Zeppelin zusammengeklappten Laubenresten. „Komisch“, sagt sie mit Galgenhumor, „dort hat Holz noch da is. Entweder muß er erst vorige Nacht passiert sind oder er jibt noch ehrlische Leute in Berlin.“ Na, Tante Müller, mit der Ehrlichkeit ist es man auch windig. Klüwintlerlich schleppen aus den Laubenkolonien böse Menschen fort, was nicht net- und nagelst ist. Seht mal da drüben die Schulzen an, die schimpft hochrot wie ein Rohrpaß. „So'n Besindel, so'ne Laufbande. Nicht mal de Kochtoppe, for die 't bei 'n Lumpenfrigen doch bloß 'n paar Saupfemige jibt, ha'm se hier jlassen. Det ganze Handwerkszeich is wech un die Wairabe, die schon Altersschmerzen hatte, ooch. Ja, wat ha'm die Luderz denn eigentlich nich mitjgenommen?“ Schließlich aber ist Mutter Schulze doch froh, daß wenigstens die festverankerte Laube noch heil und ganz auf dem alten Platze steht. Bloß eine Scheibe ist eingeschlagen, und der blecherne Schornstein hat einen Knick. Ein paar Schritte weiter bei Familie Neumann wird herzlich gelacht. Das Kammerstübchen vor instalt, Fenster und Dach sind ganz, aber drinnen siehts toll aus. Wie die Winterkuden bloß hineingekommen sind! Man entdeckt bald, daß am hinteren Ende der Laube ein paar breite Bretter lose verschleppbar sind. Durch diese hohle Gasse ging's also ins heilige Winterquartier. Na, es waren offenbar anständige arme Teufel, die das Obdachlosenastl mieden wie die Pest. Nichts fehlt, auch der kleinste Wertgegenstand ist da. Auf dem austrangierten, mit Lumpen bedeckten Sofa hat der eine geschlafen, der andere im — umgekippten Kleiderständer. So hat doch die verrückte Idee Papa Neumanns, den alten Schrank mühselig nach dem Laubenpalast zu fahren, wenigstens einen guten Zweck erfüllt. Wie ein gefällter Riese liegt die Kleiderkiste breit auf dem Rücken, weit klaffen die Türen nach oben angestellt auseinander, und im Innern hat sich auf schmutzigen, muffigen Strohsicher so etwas wie eine „Dienstwirtschaft“ etabliert. Es gibt harte Arbeit, um mit spizen Fingern Ordnung zu schaffen. Und man tröstet sich schnell damit, daß die ungeliebten Gäste heimlose Proletarier waren, denen in der Not der Selbsterhaltungstrieb einen kleinen Saufriedensbruch gebot.

Während die Kolonisten auf Stadurlaub noch debattieren über Menschenelend und sich freuen auf den baldigen Frühling, tauchen im Hintergrunde ein paar verdächtige Gestalten mit Hund an. Graue Bodenjoppen, grüne Hüte, in der Hand einen wuchtigen Lohschläger — aha — ihr habt uns hier gerade noch gefehlt! Wollt ihr im Winter unfer Eigentum schänden, wie es zu eurer Pflicht gehört, — uns sollt recht sein. Aber bleibt uns im Frühling und Sommer, wenn wir hier draussen im Laubensfrieden uns selbst zu schützen wissen, mit euren Spionensichten und euren Polizeihunden gefälligst vom Gasse.

Wie kam es zu einem Mißschick? Unter diesem Titel veröffentlicht Gustav Major, Direktor des med.-päd. Kinderheims „Sonnenbild“ in Birkbeck bei Nürnberg, im Februarheft der Monatschrift „Die deutsche Schule“ einen vom Standpunkt des Pädagogen geschriebenen Artikel, der jedoch auch für jeden Nichtfachmann vieles Beherzigenswerte enthält. Schon der Ausgangspunkt der Betrachtung ist sehr beachtenswert. Abhilfe schafft nur eine durchgreifende Reform der Anstalts- und Erziehungsrichtung. Nicht Breithaupt, Engel und Wobbel sind allein für ihre Taten verantwortlich zu machen. Schuld hat die veraltete Erziehung, und daher ist es auch ganz gleichgültig, ob die Angeklagten nach einer erneuten Verhandlung höher bestraft werden oder nicht.“ In knappen, aber festen Sätzen entwirft der Verfasser das Bild einer Erziehungsanstalt, wie sie sein soll. Mit dem Eintritt des Zögling in die Anstalt soll sein altes Leben vergessen sein. Wenn so von Anfang an der Zögling die untrügliche Gewißheit hat, hier ist der Ort seiner inneren Genesung, hier will man dem Besten, so rafft er die oft nur rudimentären Ansätze ehrlischer, gerader Bestimmung zusammen und strebt einer Rehabilitierung entgegen.“ Der Leiter der Anstalt, der Direktor, soll seinen Zöglingen dabei festen Halt gewähren. Aber dann darf er nicht Bureaubeamter sein. War sein Ideal, zu dirigieren, so hätte er Direktor einer Bierbrauerei oder einer Pferdebaugesellschaft werden sollen, da kann er auch Bureaustunden abtun und dirigieren. Hier soll er nur im Nebenamt dirigieren, im Hauptamt soll er erziehen.“

Des weitern redet der Verfasser der individuellen Behandlung der Zöglinge ein kräftiges Wort. Ob alle seine Vorschläge wirklich zutreffend sind, mag dahingestellt bleiben. Aber die Forderung selbst, die wohl als oberstes Gesetz einer jeden gesunden Pädagogik gelten soll, darf kräftig unterstrichen werden. Nun kommt der Verfasser auf die andere innere Ursache der Mißschickner Vorgänge zu sprechen. Er findet sie in der absoluten Verkennung der Tatsache, daß viele Fürsorgezöglinge Bispophathen sind. „In meiner Birkbeck'schen Anstalt“, sagt der Verfasser, „hätte ich unter 170 Zöglingen 21 Bispophathen — 12 1/2 v. D. —, und das waren noch nicht einmal Fürsorgezöglinge, sondern Ausgenützte und Mißhandelte. Der Prozentsatz in Fürsorgeanstalten ist erheblich höher, mindestens das Doppelte. . . . Bispophathen und leicht

schwachsinnige Kinder können niemals durch den Stod gefördert werden. „Ohne Prügel geht es nicht“ (Breithaupt) ist ein strafwürdiger Grundsatz. Geistesleerheit ist den Kindern beizubringen und nicht anders.“ Deshalb fordert der Verfasser eine ausgiebige Vorbildung in der Neurologie, Psychiatrie, Pädagogik und Pädagogik für den Leiter und für die Lehrer der Anstalt. Nur auf diese Weise vorgebildete Kräfte und nicht, wie es jetzt geschieht, die Schuster, Schneider, Gärtner, Tischler, Maler usw. sollen Erzieher in den Anstalten sein. Auch über Vorstände und Kuratorien sagt Herr Major ein kräftig Wortlein, das sich so mancher Stadtvater ins Stammbuch schreiben sollte: „Die Vorstände und Kuratorien haben auch die Pflicht, sich um das Wohlergehen des Leiters, der Mitarbeiter und Kinder zu kümmern. Tun sie das nicht, haben sie keine Zeit, so sind sie dieser Ehrenstellen nicht wert. Auch zu ihnen muß sich ein Vertrauensverhältnis herausbilden.“

Somit Herr Major. Daß wir die Bedeutung seiner sachlichen Ausführungen nicht unterschätzen — brauchen wir erst nicht zu sagen. Auch sind wir mit ihm einer Meinung, wenn er eingangs seines Artikels sagt: „Und ich sage, es kommt noch öfter zu einem Mißschick, es kommt so lange noch zu brutalen Mißhandlungen, wie das jetzige Erziehungsstystem herrscht. Aber daß dieses System, das sich beiläufig bemerkt, nicht nur in den Fürsorgeanstalten allein breit macht, mit unseren ganzen sozialen Einrichtungen aufs tiefste und engste verknüpft und folglich nur aus diesem Punkte gründlich zu kurieren ist — in dieser grundsätzlichen Meinung, die dem Verfasser selbst fremd zu sein scheint, könnten uns die schönen sachlichen Ausführungen des Herrn Major nur bestärken.“

Mit dem Etat der Stadt Berlin beschäftigte sich am Montag der Stadtausschuß. Zu Beginn der Sitzung wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die Gemeindefinanzverwaltung für Berlin wird im Etatsjahr 1911 mindestens in einer Höhe von 110 Proz. der Staatseinkommensteuer erhoben.“

Zur Begründung dieses Antrages wurde dargelegt, daß in Rücksicht auf die Abmachungen mit den Vorortgemeinden; es wünschenswert sei, daß auch der Stadtausschuß sich mit der Steuerfrage beschäftige. Wohl stehe in der kommenden Plenarsitzung am Donnerstag eine Magistratsvorlage auf der Tagesordnung, die den gleichen Gedanken enthalte. Trotzdem oder gerade deshalb sei der Stadtausschuß in erster Linie berufen, seine Ansicht über die Steuerfrage zum Ausdruck zu bringen. Von bürgerlicher Seite wurde der Vorschlag widersprochen. Man könne die Steuerfrage nicht eher beraten, bis die Ausgaben feststünden, für die Deckung gesucht werden müßte. Dem wurde entgegen, daß doch jeder, der den Etat sich angesehen habe, wissen müsse, daß von einer erheblich anderen Gestaltung der vom Magistrat ohnehin äußerst knapp bemessenen Ausgaben gar keine Rede sein könne. Nehme man keine Rücksicht auf die Abmachungen, die doch zum 12. März perfekt sein sollten, so betweise man nur, daß man zu freiwilligen Vereinbarungen mit den Vororten vollständig unfähig sei. Gerade die Untätigkeit nach dieser Richtung hin habe ja den Zwangsverband verschuldet, über den man nun klagte. Auch der Rämmerer betonte, daß eine möglichst schnelle Entscheidung über den zu erhebenden Steuerfuß durchaus geboten sei. Habe man die Ansicht, daß man doch über 100 Proz. gehen müßte, so bedeute die Verzögerung einer Entscheidung einen erheblichen Verlust für die Stadthauptkasse. Denn bei einer Ueberschreitung der 100 Proz. müsse die Genehmigung eingeholt werden. Immer gehe das nicht so schnell, wie bei der Wertzuwachssteuer, wo man innerhalb 24 Stunden zwei Instanzen habe befragen müssen. Das Ergebnis der Debatte war der Beschluß, die Beratung über den Antrag zu vertagen. Es wird sich nun fragen, wie sich die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag zu dem Antrage des Magistrats verhalten wird. Bei dem Spezialetat: Grundstücke der Stadt wurde eine längere Aussprache über eventuelle Veräußerung von Gemeindefestigkeit gepflogen und die Eingemeindungsangelegenheit Treptow gestreift. Zu bestimmten Anträgen kam es nicht. Bei den höheren Schulen wurde das Mißverhältnis zwischen den Dotationen der Lehrer- und Schulbücher zur Sprache gebracht und gewünscht, auch den Schülern die Benutzung der Lehrerbibliothek zugänglich zu machen. Der Stadtschulrat sagte wohlwollende Erwägung zu. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, in Zukunft die wissenschaftlichen Zeitschriften fortlassen zu lassen, die von einzelnen Lehrern herausgegeben werden, aber nur für einen ganz engen Kreis von Personen Wert und Interesse haben. Beim Rettungswesen wurde der neuerdings durch die Presse gegangene Vorfall zur Sprache gebracht, nach dem ein als „betrunken“ aufgefundenen Kaufmann nach der Polizei statt nach der Rettungswache gebracht worden und im Polizeigewahrsam gestorben sei. Es wurde der Schluß gezogen, daß die Polizeibeamten von der zwischen Magistrat und Polizeipräsidium getroffenen Vereinbarung, nach der Verletzte nach den Rettungswachen gebracht und von dort ihren Angehörigen übergeben werden sollen, keine Kenntnis und Instruktion zu haben scheinen. Der Magistrat wurde ersucht, sich mit dem Polizeipräsidium zu verständigen wegen Beobachtung dieser Abmachung durch die Polizeiorgane.

Beim Etat des städtischen Untersuchungsamtes wurde mitgeteilt, daß der Tarif revidiert werden soll. Bemängelt wurde die „horrende“ Bezahlung eines Laboratoriumsdieneren, für den 800 M. gezahlt werden. Als Grund wurde angegeben, daß es sich um einen jungen Menschen handele, der Botendienste verrichte. Ein Antrag auf Erhöhung dieses Gehalts kam nicht zur Abstimmung, weil die Entlassung dieses Angestellten sonst in Aussicht stünde.

Beim Etat der Zentrale Buch wurde ein Antrag angenommen, für diese Verwaltung ein Kuratorium einzusetzen, damit auch der Stadtverordneten-Versammlung ein Mitverwaltungsrecht eingeräumt werde.

Die Verkehrsdeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf Anregung von Rixdorf mit diesem wegen einer Verlängerung der Nord-Südbahn dorthin in Verhandlung zu treten. Mit Rücksicht hierauf und weil die Verhandlungen mit Tempelhof wegen der Weiterführung der Bahn dorthin noch keine Grundlage ergeben haben, die eine baldige Verständigung hierüber mit Tempelhof erwarten läßt, soll bei dem Polizeipräsidium erneut der Antrag gestellt werden, den Beginn der Bauausführung der Nord-Südbahn vorläufig bis zum Velle-Allianceplatz im Interesse des öffentlichen Verkehrs als bald zu genehmigen.

Vom „Auswandererparadies“ in Brasilien.

Zu unserer Warnung (in Nr. 52) vor unüberlegter Auswanderung nach den Anbiederungsgebieten Brasiliens, sind uns noch Mitteilungen zugegangen, die auf Grund dort gemachter Erfahrungen und durchaus bestimmen. Die Bemühungen der brasilianischen Bundesregierung, den Strom der Auswanderungslustigen Deutschlands an sich zu ziehen, haben schon manchen deutschen Familie in bittere Not gebracht. Das Bestätigen und Personen, die nach Brasilien ausgewandert waren, aber schon im nächsten Jahre, wegen völligen Mißerfolges bei der Weinbauung des ihnen von der Regierung zugewiesenen Landbesitzes, sich nach Deutschland zurückzogen. Sie erklären uns, daß sie keinem

Deutschen raten möchten, sich in einer brasilianischen Regierungskolonie, die erst entstehen soll, niederzulassen.

Schwierigkeiten ergeben sich für den deutschen Einwanderer schon aus dem Klima. Wer nicht von widerstandsfähigster Gesundheit ist, der vermag die Landarbeit unter der sengenden Sonne Brasiliens nicht zu leisten. Dazu kommt die Entlegenheit einer solchen Kolonie, in der die Ansiedler, hundert und mehr Kilometer von dem nächsten „größeren“ Ort entfernt, völlig auf sich selber angewiesen sind. Die umständliche Ausrüstung, die deshalb der Auswanderungslustige mitzuschleppen zu sollen glaubt, verschlingt ein schönes Stück Geld, mehr als der Erlös seiner in der Heimat für ein Williges verschleuderten Wirtschaftsstücke; drüben aber erweist sie sich größtenteils als wertlos. Wer nicht noch erhebliche Vorkapitalien in die erst zu schaffende Kolonie mitbringt, bei dem stellt bald die lange Sorge sich ein, wie er bis zur ersten Ernte sich mit den Seinen durchzusehen soll. Nur zu rasch fällt er dann der helfenden Regierung in die Hände. Sie gewährt ihm auf einige Zeit Unterstützung, zieht ihn aber nachher zur Mitarbeit an ihren Begebauten heran, damit er hier sich seine Unterstützung verdient. Ein Kolonist, der aus Brasilien vor einigen Monaten, um eine bittere Erfahrung reicher, zurückgekehrt ist, erzählt uns, wie es ihm drüben erging. Er hat an den Begebauten mitgearbeitet, ungefähr einen Tag um den anderen bei zehnstündiger Arbeitszeit für einen Lohn in Höhe von etwa 5 M., in heizer Sonnenglut unter Aussicht brasilianischer Arbeiter, die er und als keineswegs angenehme Mitmenschen schildert. An den freien Tagen besorgte er seinen Landbau; aber als die Zeit der Ernte heran kam, gab es für ihn — nichts zu ernten. Gediehen war nichts. Die einzige „Freude“, die er von seinem Acker hatte, waren die Millionen Ameisen brasilianischen Formats, die ihn heimsuchten und auch sein Häuschen nicht verschonten, sowie die Scharen von Mäusen und Ratten, die sich zwischen den Reisstäben tummelten und den Boden unterwühlten. Unser enttäuschter Kolonist ließ sein Land im Stich, raffte die letzten Mittel zusammen und kehrte nach Deutschland zurück. Andere, die gleichfalls keine Seide gesponnen hatten, besaßen nicht mal mehr soviel, um die Rückreise bezahlen zu können. Von allen ihren Ersparnissen, die sie vor ihrer Auswanderung gehabt hatten, war nicht ein Pfennig übrig geblieben. Aber auch sie gaben nach dem ersten Mißerfolg ihr Land auf, siedelten in die nächste Stadt über und schlugen sich als Lohnarbeiter durch.

Die Bundesregierung Brasiliens hat ein begreifliches Interesse daran, daß sich immer wieder andere finden, die zur Urbarmachung des Landes ihre Knochen hergeben wollen. Sie ist eifrig bemüht, immer neue Einwanderer nach Brasilien zu ziehen. Zu diesem Zweck hat sie in Europa ihre Propagandakommission, deren Agenten die Angeln auslegen. Zur Förderung der Einwanderung nach Brasilien wurden im Jahre 1907 Vorschriften für den „Verdickungsdiener“ dekretiert, die vermutlich noch jetzt gelten. Artikel 133 bestimmt, daß Einwanderern, die dort Erfolg haben, Reiseprämien zum Besuche ihres Heimatlandes gewährt werden können. Das geschieht offenbar in der Erwartung, daß sie daheim das „Auswandererparadies“ Brasiliens preisen werden, was dann wieder andere zur Auswanderung anreizt. Denselben Zweck dient wohl die Bestimmung des Artikels 134, daß durch Dolmetscher und „andere Mittel“ der Brief- und Depeschenaustausch zwischen Einwanderern und ihren in der Heimat zurückgebliebenen Verwandten und Bekannten erleichtert werden soll. Und schließlich wird im Artikel 136 ganz ohne Scheu erklärt, die Bundesregierung werde „zu den nötigen Mitteln greifen, um weit und breit im Ausland die natürlichen Vorteile und das leichte Leben bekannt zu machen, das Brasilien arbeitsamen Menschen bietet“. Gegenüber diesem Eifer der brasilianischen Bundesregierung können wir nur wiederholen, was wir schon in Nr. 52 sagten. Unsere Reichsregierung, im besonderen das Auswärtige Amt, sollte öffentliches Aufklärung darüber geben, welches „leichte Leben“ des deutschen Auswanderers in Brasilien harzt, wenn er von offenen oder geheimen Werbemännern sich als Kolonist hinhängen läßt.

Die Messerstechereien, die im Februar 1909 in Berlin und weit darüber hinaus großes Aufsehen erregten und Frauen und Mädchen in der Stadt und den Vororten so einschüchterten, daß sie sich kaum noch allein auf die Straße wagen, werden voraussichtlich wenigstens zum Teil jetzt ihre Sühne finden. Der Täter, ein in mehreren Fällen dringend verdächtig ist der 28 Jahre alte Malergehilfe Richard Bennetow, der am 20. Januar d. J. bei einer Schlägerei in der Nähe des Stettiner Bahnhofes festgenommen wurde. Der erste Anfall, der vor zwei Jahren mit einer Verurteilung von mehr als einem Tage zur Kenntnis der Kriminalpolizei kam, war zugleich der schwerste. Am 9. Februar 1909 erhielt eine junge Wochenschauarbeiterin Marie Schöper in der Gegend des Hochbahnhofes Warschauer Brücke von einem an ihr vorbeigehenden Menschen einen Messerstich in die Handgegend, an dem sie verblutete. Als das bekannt wurde, ergab sich, daß zwei Tage vorher schon zwei Mädchen in der Gegend des Schlesischen Busches mit dem Messer angefallen worden waren. Dann folgte ein Angriff auf den anderen, bis es endlich, in Berlin und den Vororten zusammen, über dreißig waren. Einige erlitten sich hinterher als erdichtet. Daß der Täter mehr als einer war, stand bald fest. Aber in keinem Falle gelang es, des Uebelthäters habhaft zu werden, weil das Publikum hilflos bereit zunächst immer nur daran dachte, der Verletzten beizuspringen. Nach einigen Wochen hörten die Uebelthäter auf. Später ereigneten sich dann in der Provinz und im Reich an mehreren Stellen Vorfälle, die an die Berliner erinnerten. Auch dort blieb der Täter unentdeckt. Plötzlich trat im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres in Berlin wieder ein Messerstecher auf, aber nicht wieder auf der Straße, sondern in geschlossenen Räumen. Zuerst verletzten er ein Mädchen in der Feilnerstraße, das ihn von draussen mitgenommen hatte, durch einen Messerstich in den Unterleib. Später bedrohte er ein anderes in der Vorpostenstraße mit Messer und Revolver, und wieder nach einiger Zeit verletzten er ein drittes Mädchen in einem Hotelzimmer in der Nähe des Stettiner Bahnhofes mit dem Messer, an dem es wochenlang im Krankenhaus lag. Die Nachforschungen ergaben, daß Bennetow in allen drei Fällen der Täter war. Aber der obdachlose Mensch war nicht zu finden, bis er bei einer Schlägerei am Stettiner Bahnhof endlich ergriffen wurde. Die Kriminalpolizei, die alle Vorgänge dieser Art in Berlin und außerhalb auch im Zusammenhang mit den Messerstechereien vom Februar 1909 prüfte, hatte bereits eine große

Hebereimung in der Beschreibung von Messerschern in Berlin und in der Provinz mit Vennewitz erkannt. Jetzt stellte sie diesen allen Verleihen von 1909 gegenüber. Die meisten erklärten, daß Vennewitz nicht der Täter sei oder erkennen ihn nicht wieder. Das ist begreiflich, weil es sich im Februar um mehrere Liebeslatter handelte. Zehn Zeugen dagegen bezeichnen Vennewitz bestimmt als den Täter für fünf Angriffe. Fünf Zeugen erkennen in ihm den Menschen wieder, dessen Messer Frau Schäfer zum Opfer fiel. Vennewitz wohnte zur Zeit der Messerschereien hier in der Gleditschstraße 11 und trieb sich müßig umher. Eine Tochter seiner Wirtin und ein Schloffer, mit dem er zusammenwohnte, arbeiteten damals in der Auerhahn Fabrik, und es ist möglich, daß Vennewitz zunächst hierdurch veranlaßt worden ist, jene Gegend aufzusuchen, in der sich die ersten Messerschereien ereigneten. Am 20. März verließ Vennewitz Berlin und reiste dann von Stadt zu Stadt. Schon am 14. Februar 1909 hatte die Kriminalpolizei folgenden nicht unterzeichneten Brief erhalten: „Ich teile hier mit, daß der Ausschläger Gleditsch Straße 5 (wohnte) wohnen soll. Wenn dies der Fall ist, teile ich meinen Namen mit. Hochachtungsvoll P. L.“ In der Gleditsch Straße 5 hat Vennewitz einmal bei einem Malermaler gearbeitet. Hat nun P. L. vielleicht auf ihn den Verdacht lenken wollen? Der Ungenannte wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. Wie im übrigen die Ermittlungen in Leipzig, Magdeburg und an anderen Orten stehen, ist hier nicht bekannt. Zum Gebrauch des Messers war Vennewitz nachweislich schon früher leicht geneigt. Seine sadistischen Neigungen erreichten endlich den Gipfel in den wüsten Anfällen auf die drei Mädchen in der Feilner- und Vorfigstraße und am Stettiner Bahnhof. Wie er in diesen Fällen überführt ist, so wird Vennewitz auch in den eingangs erwähnten Fällen aus dem Februar 1909 als der Täter nach dem Ergebnis aller bisherigen Ermittlungen bezeichnet. Auch dieser Straftaten wegen ist er dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Selbstmord durch Erhängen. Auf dem Boden des Hauses Wilhelmstr. 21 wurde gestern nachmittag der 67 Jahre alte Musiker Karl Slotnik, der in demselben Hause wohnte, erhängt aufgefunden. Krankheit soll das Motiv der Tat sein.

Einen Schwindel mit Hypothekendriefen treibt seit einiger Zeit ein noch unbekannter Gauner. Die Mittelungen über den großen Schwindel des Kaufmanns Olenbock und seiner Helfershelfer machten diese Hypothekendriefbesitzer stutzig und veranlaßten sie, auch ihre eigenen Briefe sich einmal genauer anzusehen. Dabei kam man einem Gauner auf die Spur, dem bis jetzt schon vier Fälschungen nachgewiesen sind. Es handelt sich um einen Mann, der einst bessere Tage gesehen zu haben scheint und der jetzt einen etwas „verloffenen Einrud“ macht. In der Uniform eines Lokomotivführers trat der Fälscher, der die sächsische Mundart spricht, nicht nur in Berlin, sondern auch in Leipzig, Erfurt und Kassel auf. Er benutzte die gefälschten Hypothekendriefe, um Schuldtiteln als Unterlagen zu irgendwelchen Geschäften, zuletzt um Darlehen zu bekommen. Hierbei erzählte er, sein Sohn, ein angehender Kaufmann, habe eine Wechselbildung gemacht, lasse er ihn fallen, so könnte es auch mit seiner eigenen Laufbahn zu Ende sein. Er suche deshalb auf kurze Zeit ein Darlehen, um die Geschichte aus der Welt zu schaffen. Auf die Höhe der Zinsen komme es ihm dabei natürlich nicht an. Die Aufschrift Preussischer Hypothekendrief ist in Druckschrift gut nachgemacht. Der Adler sieht etwas gerupft aus. Die schwarzweiße Schärpe ist etwas dünner als bei den echten Hypothekendriefen. Der Durchschlagstempel ist durch einen Feuchtdruckstempel ersetzt. Radgemacht sind die Stempel der Amtsgerichte Weissenfeld und Rotenburg. Die gefälschte Unterschrift ist die eines schon vor Jahren gestorbenen Notars in Raumburg a. S. Die notarielle Unterfertigung der Stempelmarken ist natürlich auch gefälscht, auch hier ist der Adler ziemlich struppig. Der Inhalt der Briefe und der Schuldtiteln ist flott geschrieben. Die Summe lautet stets viel höher als der Betrag, den der Schwindler beansprucht. Es fällt ihm deshalb nicht allzu schwer, das Geld zu bekommen. Die angeblühenden verpänderten Grundstücke pflegen sich die Geldgeber vorher gar nicht anzusehen. Erst wenn es zu spät ist, erfahren sie, daß sie gar nicht bestehen.

Einen schweren Verlust hat am Montagabend zwischen 8 bis 7 Uhr eine Frau erlitten, die aus dem Wege von der Postkassette Köllnischer Platzmarkt bis zum Kaufhaus von Rudolph Herzog eine goldene Damen-Remontuhr verlor. Der eventuelle Finder wird um Abgabe an Frau Emma Hendel, Straßburger Straße 17, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst betonte der Vorsitzende Graf Ratuliska, daß es notwendig sei, die wichtigsten Punkte der Tagesordnung voranzujehmen und die übrigen in einer am Freitag stattfindenden außerordentlichen Sitzung zu beraten. Dem wurde zugestimmt. Die Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer auf 110 Proz. soll dann ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hierauf wurde in die Beratung über die Vermengung der unterirdischen Kanalisation eingetreten und beschlossen, für die Abführung der besonderen gewerblichen Abwässer einen Einbau von 4,6 Pf. zugrunde zu legen. Desgleichen soll für dieses Steuerjahr die laufende allgemeine Kanalisationsgebühr auf 2 Proz. des amtlichen Gebäudewerthungswertes festgesetzt werden.

Von den 23 eingegangenen Entwürfen zu einem Bebauungsplan für das Südgelände sollen außer den Entwurfen, die mit dem 1., 2. und 3. Preis versehen waren, noch drei weitere Entwürfe angekauft werden und zwar: die mit dem Kennwort „Modern und Wirtschaftlich 1911“, „In Wildes Gedächtnis“ und „Den Kürben nach“ zum Preise von je 1000 M. Nummer erfolgte die Beratung über den Rathausneubau. Es wurde mitgeteilt, daß bei Prüfung der Kostenschläge sich ein Heberarbeiten der Gesamtsumme von 8000 000 M. um 300 000 M. herabgestellt hat. Die für die Dekumalerie vorgesehene 80 000 M. wurden für später zurückgesetzt, so daß der Betrag um diese Summe sich vermindert. Dagegen erhöht sich der Betrag für reine Baukosten, Nebenanlagen und Souzinsen auf insgesamt 4 200 000 M. Von diesem Betrag sind noch noch 229 250 M., die, soweit dies nicht aus Ersparnissen möglich ist, aus einer neu zu beantragenden Anleihe vorzuschaffen zu bedenken. Der Vorlage wurde zugestimmt. Ferner wurde beschlossen, den in der Spenerer Straße auf höherem Niveau angelegten Reitweg zu sichern und mit Rosenstreifen zu belegen, da der Zweck dieses Weges vollständig verfehlt ist. — Ebenfalls bewilligt wurden die Mittel für die Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der Haupt-, Großgörschen- bis zur Baugenerstraße sowie für die Herstellung der Kanalanäle zwischen Großgörschen, Ronumenten- und der militärärztlichen Straße. An Einnahmen sind insgesamt 84 000 M. zu erwarten. — Der Vertrag mit dem Grafen Hübner-Schwesernverein läuft mit dem 30. Juni d. J. ab, es soll mit dem Verein für das städtische Krankenhaus ein neuer Vertrag geschlossen werden, da aus mancherlei Gründen die Schaffung einer eigenen Schwesernschaft nicht möglich war. Auch sollen die Lohnsätze für die Schwesern erhöht werden. Binicus (Unabg. Fr.) wünschte Aufklärung über den Verbleib des in Krankenhaus kürzlich entstand. Stadtrat Leidig antwortete, daß der Konflikt bereits zugunsten der Ärzte beigelegt sei. Genosse Wollenbaur meinte, daß der Vertrag für die Schwesern als Anteil der Inhabiten- und Altersversicherung zu hoch bemessen sei. Genosse Hoffmann erklärte sein Bedauern darüber aus, daß mit der Einstellung der Schwesern geizig worden sei, obwohl ein derartiger Antrag seit langem vorliege. Des weiteren erlaubte sich Redner, wie es mit der Errichtung eines städtischen Schwesernheims steht. Stadtr. Friedemann (Unabg. Fr.) betonte, daß die Einstellung der Schwesern in eigene Regie,

abgesehen von der Verpflegung und der Errichtung eines Schwesernheims der Stadt ungefähr über 100 000 Mark kosten würde. Das jetzige Verfahren sei erheblich billiger. Der Beitrag zur Invalidität sei deshalb höher, weil die Schwesern im eigenen Heim verpflegt werden. Der Vorlage wurde zugestimmt. Ueber den Verkehr auf der Untergrundbahn teilte Stadtrat Böhm mit, daß sich der Verkehr bedeutend gehoben habe, so daß der Zuschuß sich nur noch auf rund 612 000 M. pro Jahr beläuft. Die Vauhaltigkeit im Stadtparkgelände schreite ebenfalls vorwärts, dagegen sei der Verkehr der Station Viktoria-Luisen-Platz erheblich zurückgeblieben, während der Verkehr auf der Station Hauptstraße bedeutend gestiegen ist. Der Anteil der zweiten Wagenklasse im Gesamtverkehr beläuft sich auf 32 Proz., so daß es den Eindruck gewinnt, daß die Bahn nach dem vollendeten Ausbau ihres Verkehrsgebietes keine oder nur noch sehr geringe Zuschüsse fordern werde. Genosse Käter forderte die Anwendung des Plankontingents mehr in den Freistunden, damit der wertvollen Bevölkerung mehr Gelegenheit gegeben wird, schneller ihre Arbeitsstätte zu erreichen. Auch könnten des Sonntags die frühgänger öfter verkehren. Der Redner wünschte weiter Auskunft, ob es wahr sei, daß der Magistrat die Bahn für 10 Millionen Mark an die Firma Siemens u. Halske verkaufen wollte und wie der Verlust von 4 Millionen Mark gedeckt werden sollte. J. O. (Unabg. Fr.) glaubte unserem Redner Vorschläge darüber machen zu sollen, was er vorzutragen habe, wogegen sich Käter entschieden verwahrte. Genosse Bernstein meinte, daß wenn etwaige Anlagen über Lieberfeldung der 2. Wagenklasse laut würden, man dieselben am besten dadurch beseitigen könnte, indem überhaupt nur eine Wagenklasse in den Verkehr gestellt werde. Auch sollten Säulchen angebracht werden, um Fußgänger, die den Grunewald aufsuchen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich besser zu informieren. Notwendig sei vor allen Dingen, das Raumdenk einzufüllen. Stadtr. Kamla (Unabg. Fraktion) meinte, es sei nicht notwendig, Sonntagsvormittags eine schnellere Zugfolge einzuführen, man sollte den Arbeitern die Sonntagsruhe gönnen. Die Sozialdemokraten wollten doch den Vorarbeitern für das Spaziergehen den doppelten Lohn gewähren. Genosse Käter nagelte diese Ausführungen gebührend fest. — Der Abänderung des Untergrundbahnstatuts wurde nunmehr zugestimmt. — Der Magistrat teilte ferner mit, daß bei den zuständigen Behörden darauf hingewirkt werden soll, daß der in der Torgauer Straße befindliche Kriegerdenkmal der Englischen Gesandtschaft baldigst entfernt, mindestens aber bis zur Höhe der Nachbarhäuser abgetragen werde. Die Frist zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage sei nicht innegehalten und eine Verlängerung nicht nachgelastet worden. Die Genehmigungsurkunde sei damit erloschen und von der Polizei die Inbetriebnahme verboten. Die Höhe des Gasometers ist um 1,80 Meter überschritten worden. — Ferner wurde noch beschlossen, für alle Desinfektionen, die in Anstalten ausgeführt werden, in denen Kranke gegen Entgelt behandelt und verpflegt werden sowie für Effekten aus diesen Anstalten, die in der Desinfektionsanstalt desinfiziert werden, Gebühren zu erheben, soweit es sich um auswärtige Kranke handelt. Kummehr folgte geheime Sitzung.

Rigdorf.

Die unverzügliche Inangriffnahme des vom Magistrat projektierten Erweiterungsbau des neuen Krankenhauses hat die sozialdemokratische Fraktion bei der am morgigen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus tagenden Stadterordnetenversammlung beantragt. Zur Begründung des Antrages wird von den Antragstellern ausgeführt: „Die Krankenhausnot ist zurzeit in Rigdorf eine derartig große, daß für die Gesundheit der Bürgerschaft ernste Gefahren zu befürchten sind, wenn nicht unverzüglich eine Beseitigung des bestehenden Mißstandes herbeigeführt wird. Wochentlang müssen oft die dem Krankenhaus überwiesenen Kranken warten, bis dieselben Aufnahme finden. Die vorhandene Bettenzahl im neuen Krankenhaus reicht bei weitem nicht aus. Schnelle Abhilfe des bestehenden Zustandes ist dringend erforderlich.“

Des weiteren wird sich die Versammlung mit der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung sowie einer kommunalen Arbeitslosenvermittlung zu beschäftigen haben. Auch sonst weist die Tagesordnung interessante Punkte auf.

Tempelhofer.

Zu dem Krach in der Tempelhofer Genossenschaftsbank wird berichtet, daß eine Unterschlagung des Kassierers Kaufmann Kranz in Höhe von 140 000 M. aufgedeckt ist.

Da Kranz dem Vorhau der Bank angehört, genoz er beim Ausschluß volles Vertrauen und leitete die Geschäfte der Bank in völlig selbständiger Weise. Er trug Zahlungen, die an der Kasse einliefen, entweder gar nicht oder falsch in die Bücher ein und steckte sich die Summen in die eigene Tasche. Außerdem manipuliert er in außerordentlich bedenklicher Weise mit Prolongationswechseln. Er trug diese Akte als neue Wechsel ein, unterrichtig die von Kunden geleisteten Abzahlungen. Namen dann die alten Papiere zu Protest, so verstand er es, die davon betroffenen Aussteller, meist kleinere Gewerbetreibende in Tempelhof, mit den Banken zu arrangieren, so daß es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen vorderhand nicht kam, vielmehr die Gläubiger durch keine Abzahlungen bedrängt wurden. Schließlich ließ sich Kranz in ein Geschäft ein, das seine Schwindeleien, die nach Aussage der Gläubigeroffiziere außerordentlich geschickt angelegt worden waren, an den Tag brachte. Er begründete nämlich zusammen mit einem Architekten B. und einem früheren Zimmerpolier G. die Baugesellschaft Alliance, der zur Durchführung ihrer Geschäfte nicht fehlte, als das nötige Betriebskapital. Dies verschaffte der Gesellschaft nun in ungezügelter Weise Herr Kranz, indem er auf die sehr zweifelhaften Bauten der „Alliance“ hohe Bausummen gab. Eines Tages entdeckte man jedoch in den Büchern der Genossenschaftsbank die unrichtigen Buchungen und man sagte dem Kassierer, der übrigens ein sehr stotteres Leben führte, seine Verfehlungen auf den Kopf zu. Es wurde nunmehr eine außerordentliche Generalversammlung am vorigen Freitag einberufen, in welcher nach stürmischen Antritten, der Ausschluß und Vorstand sofort abgesetzt und eine neue Direktion sowie neue Aufsichtsräte gewählt wurden. Den abgesetzten Herren wurde vorgeworfen, daß sie ihre Pflicht infornen nicht getan hätten, als sie die monatlichen Bilanzen, die der Kassierer der Genossenschaftsbank geben mußte, sehr wenig sorgfältig geprüft hätten. Ebensonenig hätten sie sich um die geschäftlichen Transaktionen des B. bekümmert. Es wurde beschlossen, gegen den Aufsichtsrat, der aus wohlhabenden Bewohnern Tempelhofs besteht, die Anklage anzukündigen. Gegen den unteren Kassierer wurde Straf Antrag wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Verstoß gegen den § 148 des Genossenschaftsreges gestellt. Es besteht Hoffnung, daß die Bank die Krise überwindet.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Sanddorf, Berliner Straße 18, eine öffentliche unpolitische Versammlung statt.

Mit-Gliedern.

Ueber die kommunalen Aufgaben der Gemeindevertreter referierte in einer gut besuchten Kommunalwähler-Versammlung Genosse Emil Böcke-Rigdorf. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der regen Diskussion wurde hauptsächlich über Mißstände im Schulwesen sowie über das Verhalten verschiedener Lehrer Klage geführt. Mit dieser Angelegenheit wird sich demnächst noch eine öffentliche Versammlung beschäftigen.

Die Wahl für die dritte Abteilung findet am Sonntag, den 11. März, abends von 6 bis 8 Uhr, im Lokale des Gastwirts Vohne, Grimmauer Str. 64, statt. Als anläßlicher Kandidat fungiert für die Sozialdemokratie Genosse Garte. In der zweiten Abteilung wollen sich unsere Genossen diesmal auch

betätigen. Hier sind zwei Kandidaten zu wählen; die Versammlung stellte die Genossen Uhlig und Hermann Reue auf. Die Wahl für die zweite Abteilung findet am Montag, den 13. März, vormittags von 10—11 Uhr, im selben Lokale statt. Da die Bürgerliche große Anstrengungen machen, ihnen auch eine beträchtliche Anzahl von Stimmstimmen zur Verfügung stehen, so ist es Pflicht eines jeden Genossen, bereits vor Beginn der Wahl im Wahllokale zu erscheinen und tatkräftig für die sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren. Nur wenn jeder seine Schuldigkeit tut, kann der Sieg in beiden Abteilungen unser sein.

Halbe (Kreis Teltow).

Der erste Erfolg. Wo immer durch die unablässige Agitation sich die Reihen der Organisation schließen, da tritt die schrankenlose, brutale Unternehmervilliarie zutage. Wie allermählich, so zeigte sich auch diese ausnahmslose Erscheinung in Halbe. Zahlensang wagten es die hiesigen Arbeiter nicht der politischen Organisation beizutreten und nur vereinzelt wurden einige Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände. Aber der schände Raubzug der Junker und Feiligen auf die Taschen des Volkes, trieb auch die hiesigen Arbeiter an die Seite ihrer organisierten Klassen Genossen. Sobald diese Tatsache kundbar wurde, folgte Maßregelung auf Maßregelung. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleinen Handwerksmeister, die sich in sozialdemokratischen Volksversammlungen sehen ließen oder sozialdemokratisch genommene Leute beschäftigten und diese nicht auf den Wink der Krisproben entließen, wurden durch diese wirtschaftlich geschädigt. Dieses Vorgehen der reaktionären Elemente führte dazu, daß die Arbeiter und Handwerker gemeinsam zu der am Freitag, den 3. März vollzogenen Gemeindevahl Kandidaten aufstellten. Dieses Zusammengehen hatte den Zweck, die Macht der dortigen Ziegelei, die bisher ihre Angestellten einfach als Gemeindevorteiler ernannten ließ, zu brechen. Wenn auch der erste Versuch nicht gleich einen vollen Erfolg brachte, so ist doch dank der Mithilfe der Arbeiter und Handwerker gute Hoffnung für die Zukunft vorhanden. Von den zwei zu besetzenden Mandaten wurde der Genosse Dietzsch gewählt, während der Malermaler Sperling sich in günstiger Stellung befindet, die am 10. März, abends von 6—7 Uhr, vollzogen wird. Vielleicht versucht es die Ziegelei wieder mit Freiber, wie bei der letzten Wahl, um die Wähler für sich günstig zu stimmen und die alte Herrschaft unumschränkt ausüben zu können.

Petershagen bei Friedersdorf.

Mit der am 11. März d. J. stattfindenden Ersatzwahl der zweiten Klasse beschäftigte sich am Sonntag eine Versammlung in Petershagen. Den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter gab Genosse Höfelbarth. Derselbe führte den Anwesenden vor Augen, wie die zwei Vertreter der Arbeiterklasse bei allen entscheidenden Abstimmungen von den Vertretern der Bauern niedergestimmt würden und wie unangenehm den Bürgerlichen das Wirken unserer Genossen ist. Dann folgte ein Referat des Genossen Stimmung über: „Was tut man?“ Redner behandelte zuerst den feinerzeit gegen seine Wahl eingelegten Protest. In seinen weiteren Ausführungen ließ er den Zwangsverband für Groß-Berlin Reue passieren und zeigte die Schäden und Vorteile, die für unseren Ort aus diesem Zwangsverband entstehen könnten. Nachdem Redner noch der Landrats-Regierung, der Verschleuderung von Gemeindegeld usw. gedacht hatte, ließ er seine Ausführungen in die Aufforderung auslingen, bei der bevorstehenden Ersatzwahl dafür zu sorgen, daß der Kandidat der Sozialdemokratie den Sieg davonträgt. An der folgenden Diskussion beteiligte sich auch der bürgerliche Gemeindevorteiler Lindholz. Derselbe nahm, wie nicht anders zu erwarten, die Haltung der Bauern in der Säufrage usw. in Schutz. Als Kandidat der Sozialdemokratie wurde Genosse Aligander Claas nominiert. An den Parteigenossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß am Sonntag der Sieg den Sozialdemokraten zufällt. Die Wahl findet im Lokal von Ferdinand Preßke statt und zwar in der Zeit von 7—8 Uhr abends.

Friedrichshagen.

In dem gestrigen Gemeindevorteilerbericht muß es heißen: „Der Bürgermeister empfahl, bei der starken Inanspruchnahme der Krankenschwestern (nicht Krankenschwestern) usw.“

Nowawes.

Die Wahlen zur Gemeindevortretung. Bei der vorgestern und gestern stattgefundenen Gemeindevorteilerersatzwahl erhielten wir bisher insgesamt 921 Stimmen, während auf die Gegner 168 Stimmen entfielen. Unter den Stimmen der Gegner befinden sich 47 Stimmstimmen. Heute findet die Fortsetzung der Wahl in der dritten Abteilung statt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Boshmann, Gorbisstr. 9: Vortrag des Herrn Spielmann über: „Der Sold in kultureller und hygienischer Beziehung.“ Der Ausfüh.

Briefkasten der Redaktion.

C. S., Tegel. 1. Die Gewährler sind überleben. Zum Zwecke der Abführung der Doppelhel muß ein Ersatz ein beschafft werden, was die genannten Personalarbeiten nötig sind. Die Gewährler müssen die löshängige Cullitur mitunterstützen. 2. Das halten wir für unzulässig. Reklamieren Sie.

G. S. 100. Raß über Darstellung erscheint Roffe (Adamenfah-pflichtig. Die Höhe läßt sich nur nach genauer Kenntnis der Gewerbetreibenden annähern sagen. Der Richter hat dabei nach eigenem Ermessen zu entscheiden. — Münchrad, Simpsontstraße. Ja —

R. S. 100. In solchen Fällen ist keine bestimmte Grenze festzulegen. Annähernde Angaben können nur gemacht werden, wenn wir wissen würden, ob die ledig der verheiratet sind, event. wie viel eheliche Kinder haben. —

H. S. Bernau. Zur Abhilfe anfordern, für den Fall der Erfolglosigkeit neue Klage, wenn sich nicht etwa das frühere Urteil darauf erstreckt. —

C. W. 112. 1. Ja, und zwar die Hälfte des Betrages, zu dessen Zahlung der Mann hätte herangezogen werden können, wenn er der Reklamation gemüßigt noch angeblich hätte 2. Ja — R. S. 114. Sie brauchen nur den vereinbarten Betrag zu zahlen. — G. W. 1234. Nein.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zulatz genügend, Beschäftigung ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr unbedeutend, Beschäftigung ruhig, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Beschäftigung lebhaft, Preise festbedeutend. Schweine: Zufuhr reichlicher, Beschäftigung lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigung ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Beschäftigung etwas lebhafter, Preise wenig verändert.

Wahlungsübersicht vom 7. März 1911.

Stamm	Genossenschaftsbank	Stamm	Genossenschaftsbank	Stamm	Genossenschaftsbank		
Stonemünde	763 620	1. 2. 3. 4.	2	Dapertanda	759 7	4. 5. 6. 7.	— 6
Stonemünde	764 28	1. 2. 3. 4.	3	Petersburg	755 25	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Stilla	768 8	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Berlin	769 8	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Berlin	769 8	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Berlin	769 8	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Berlin	769 8	1. 2. 3. 4.	— 3
Berlin	763 9	1. 2. 3. 4.	1	Berlin	769 8	1. 2. 3. 4.	— 3

Wahlungsübersicht für Mittwoch, den 8. März 1911. Halbesee neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, nachts leichter Frost, am Tage etwas milder bei schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Casino-Theater

Polbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
 Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
 31. März: Zwei Wappen
 von Blumenhal und Rabelburg.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Obergäuner.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
Staatsanwalt Alexander.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 10 Uhr.
 Vorzugskarten überall zu haben.
 Morgen: Das Rädel ohne Geld.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm.
 Elsa Lüschen, Soubrette. Ernst
 Kleiser, Humorist. Claire u. Mariha
 Budzinska, Alfonso Agallo Gebr.
 Brunner, Sport-Akrobaten.
Franz Sobanski.
 Am Meer. Lebensbild von César Gaid.

Walhalla-Theater.

Hofenthor, Weinbergstr. 20
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Weltweit-Komödie.
 Sonntagsnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Germania-Pracht-Säle

Carl Richter.
 N., Chaussee-Straße 110.
 Heute
 Mittwoch,
Paul Mantheys
 lustige Sänger.
 mit Ernst Walters neuem Schläger!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Vorzugskart. gelt. Ansch. Frantanz.
 Jeden Donnerstag:
Gr. Bockler-Konzert.

Ziehung 22. März u. folg. Tage

Geld-Lotterie
 zu Gunsten der
 Pensionsanstalt für
 Lehrkräften und
 Erzieherinnen.
 12241 Gewinne, Bar ohne Abzug Mk.
330000
 Hauptgewinn: Bar-Geld Mark
100000
50000
25000
 Lose à 3 Mk. Porto u. Liste
 30 Pfg. extra.
 Ferner empfehlen:
Berliner Pferde-Lose à 1 Mk.
 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg.
 Gesamtwert der 6039 Gewinne Mk.
100,000
Lud. Müller & Co.
 Berlin C., Breitestr. 5
 Telegr.-Adr.: Glückwünscher.

Stoffe

für Anzüge, Paletots, Kostüme etc.
 selbst einkaufen, heißt Geld sparen!
 Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H.
 Gertraudenstr. 20-21
 Telegr.-Adr.: Textilwerke.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41,
 dicht am
 Moritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon **Anzüge od. Paletot**
 nach Maß, schick, dauerh. Zeichnen
 von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Börs.)

Frack
 Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Grab.
 -Lor. Eleg. Frack, Gehrock
 1,50, Dose 1,00, Weste 50 Pf.

Kronleuchter

kaufen Sie reell und billig
 auf **Kredit** b. klein. Raten
 in der 161/1*
Lampen-Fabrik
Albert Pöschl, Berlin
 Gütchinerstr. 15, a. Hallesch. Tor
 Auswahl über 3000 Kronen,
 Ampeln, Lampen etc.

Sieben erschien in 6. Auflage:
DIE HEILUNG DER SYPHILIS durch
EHRICH-HATA 000. Wicht. Auf-
 klärungsbuch für Gesunde und
 Kranke v. d. bek. Arzt u. Hoch-
 schuldoz. Dr. H. Zikel. Für M. 2,-
 franko durch d. Medizin. Verlag
E. Schweizer & Co., Berlin NW. 37a.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstraße 28, hinterre. **Fillale Berlin.** **Telephon: Amt IV 4787.**
Donnerstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“,
Köpenicker Str. 96/97:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Delegierten zur **General-Versammlung**
in München. 2. Statutenberatung.
 Nur Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.
 Die Beiträge müssen bis zur 5. Woche 1911 gelebt oder gestundet sein.
 Die Ortsverwaltung.
 Die Arbeitszeit beträgt, laut Tarif, vom 1. März neun Stunden pro Tag. D. D.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)
 Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität.
 Unschädlich im Gebrauch.
Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
 Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
 VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben
 1,50 M. Past vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um-
 arbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

3 Ausnahmetage

Ulster und Röcke

hervorragend guter Qualität, echt englische
 und beste deutsche Stoffe, neueste Fassons
1200 Stück **900 Stück**
 auf Seide gefüttert, s. T. mit eng und weit, zum Teil mit
 und ohne angewebtem Futter, verschiedenartigem Ansatz,
 Auss. prakt., vornehm. Schlitze, in auch Hosenform !!
 in den Preislagen

6.- 9.- 12.- 15.- 18.- 24.- 35.- 50.-
 (regulärer Preis: 10.- 15.- 18.- 22.- 28.- 30.- 35.- 60.- etc.)

Mittwoch bis Freitag!!

WESTMANN

Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Strasse)
 Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

In diesen drei Tagen
Zweltausend Kostüme

in allen nur erdenklichen neuen Fassons, Stoffen u. Ausführungen
 von 15.- 20.- 27.- 35.- 48.- 64.- 79.- etc.
 (sonst 20.- 25.- 30.- 35.- 40.- etc.)

Neu und in grossem Masse aufgenommen
Gesellschafts-Kleider! Blusen!
 Filzschmütel, Pelzkonfektion jetzt ausserordentlich billig.



Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2, Hamburg.) Verf. Verwaltung Berlin.
 Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engelclufer 15, Saal 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Wahl der Revisoren. 3. Ver-
 schiedene Kassenanlegenheiten. 25/3*
 Der Vorstand. J. H.: Richard Schröder, Berlin O., Alfiter Str. 7, d. IV.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 W. G. Schmidt, Kirchdammstr. 14.
 O. H. Packebusch, Betschburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpen-
 icker Str. 33. H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Jacht, Jannemannstr. 12. J. Neul, Garnstr. 42.
 N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl
 Mars, Lehmannstr. 123. Karl Weike, Rajakstr. 49.
 S. Vogel, Lorchingstr. 37. H. Tieg, Invalidenstr. 124.
 S. Dechard, Ankerplatzstr. 24.
 NW. Karl Anders, Salzweidenerstr. 8. Wedert, Gohlisdorferstr. 23.
 SW. S. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachs, Jagelberger Str. 27.
 S. St. Fris, Brininger Str. 31. F. Guttschmidt, Kottbusser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lankauer Platz 14/15. P. Horich, Engelclufer 15.
 Adlershof. Karl Schwarzlose, S. Ammannstr. 9.
 Baumschulenweg. S. Hornig, Marienfelderstr. 13, L.
 Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Eisenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
 Grunow. Franz Klein, Bahnhöfstr. 6, III.
 Johannisthal. Pfeilke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
 Karlshorst. Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.
 Köpenick. Emil Wöhler, Reicherstr. 6, Laden.
 Lichtenberg. Otto Zeisel, Kronprinzenstr. 4, I.
 Nieder-Schöneweide. Max Friede, Fröher Str. 14 II.
 Nowawes. Wilhelm Jähde, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneweide. Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17.
 Rixdorf. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Siegfriedstr. 29/30.
 Rummelsburg. H. Rosenkranz, Alt-Borsigagen 50.
 Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
 Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
 Steglitz. S. Bernsee, Schloßstr. 119.
 Tempelhof. Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
 Treptow. Robert Gramenz, Rieboldstr. 412, Laden.
 Weissensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Chaussee 39a.
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 20, Hof parterre.
 Pankow. Otto Rißmann, Mühlstr. 30.
 Reinickendorf. P. Gurich, Kamekestr. 12.

EXO
Bouillon-Würfel
 der Compie.
LIEBIG.
 Für Beamte, Angestellte in Kon-
 tor und Fabrik, Arbeiter in der
 Werkstatt etc. das ideale Mittel
 zur schnellen Herstellung einer
 guten Bouillon.
 Preis **5 Pfg.** das Stück.

Früher oder später
 kommt jeder Automobilist u. Radfahrer
 zu der Ueberzeugung, dass er auf
Continental
Pneumatik
 am billigsten fährt.
 Continental-Gaoutchouc- und  **Gutta-Percha-Co., Hannover**

Bedeutende
Gemälde-Auktion
 Freitag, den 10. März
 Sonnabend, den 11. März
 je vorm. 10 und nachm. 4 Uhr
 im
Kunstsalon Böhrs
 Unter den Linden 31
 (unweit Café Bauer).
 Zur Versteigerung gelangen Gemälde neuzeit-
 licher Meister, wie
 A. u. O. Achenbach x Ad. v. Hensel x E. v. Geb-
 hardt x Paul Meyerheim x Hans v. Bartels x
 Fritz Thaulow x G. v. Bochmann x Chr.
 Kröhner x G. v. Max x Carl Jutz x Claus
 Meyer x W. Schreuer x Fritz v. Wille x Jose
 Gallegos x Werner Schuch x L. Douzette x
 Carl Spieker x Paul Flicke x A. Rasmussen
 Hans Dahl x A. Normann x Hans Herrmann x
 Hans Gude x Hugo Mühlig x C. Burdfield
 T. v. Eckenbrecher x Fritz Ebel x J. W.
 Schirmer x Köster x A. Dirks etc.
 Illustrierte Kataloge kostenlos.
 Vorbesichtigung täglich bis zur Versteigerung
 von vormittags 9 bis abends 8 Uhr.
Kunstsalon Böhrs, Unter den Linden 31.

Verfammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Mitglieder der Sektion V (Industriearbeiter) versammelten sich am Sonntagvormittag sehr zahlreich in Ballfischwieders Lokal, Badstraße. Der Bericht der Sektionsleitung über die Tätigkeit vom Jahre 1910 stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Karl Fromke, als Berichterstatter, wies darauf hin, wie schwer gerade die Hilfsarbeiter in der Metall- und Elektroindustrie um ihre Existenz zu kämpfen haben, und wie sie trotz harter Arbeit am schlechtesten entlohnt werden. Im Laufe des Jahres führten die Hilfsarbeiter in zwölf Großbetrieben und in einigen kleineren Betrieben Lohnbewegungen, die mit einer Ausnahme (M. E. G. Aderstraße) in der einen oder der anderen Weise erfolgreich waren und Verbesserungen brachten. In diesen Bewegungen waren 3538 Arbeiter beteiligt; für 2830 wurde eine Lohnzulage erzielt. Die Streiks zu führen kostete 11.043,40 M. Die Maßnahmen, die im vergangenen Jahre sehr zahlreich zu erdulden waren, verursachten 3586,40 M. Kosten. Fromke richtete an die Versammelten die ernste Mahnung, niemals die Maßregelung eines Funktionärs des Verbandes oder eines Vertrauensmannes ohne Widerstand hinzunehmen, sondern stets geschlossen hinter dem Vertrauensmann zu stehen und ihm den Rücken zu decken. Es sei zu erwarten, daß bei der wachsenden Agitation sich die Maßregelungen noch verschärfen und steigern werden. Da müsse der einzelne, der mutig seine Sache vertritt, fest auf seine Kollegen zählen können. Der Ausbau des Vertrauensmännersystems sei eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. In zahlreichen Betrieben fehle noch ein Vertrauensmann. Am 1. Januar 1910 zählte man 178 Vertrauensleute, am 1. Januar 1911 dagegen schon 287, also 109 mehr. Der Redner empfahl, die Bezirksvertrauensmänner-Konferenzen besser zu besuchen. In Zukunft soll durch die Vertrauensmänner festgestellt werden, ob in einem Betriebe mindestens einmal im Jahre der Versuch gemacht wurde, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. — In der Mitgliederbewegung ist ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen. Am 1. Januar 1910 zählte

man 3192 Mitglieder, am 1. Januar 1911 dagegen 5056. Es wurden 3218 Mitglieder neu aufgenommen, aber 1364 gingen verloren. In der Metallindustrie kommen insgesamt für die Organisation etwa 12.000 Hilfsarbeiter in Betracht. Zum Deutschen Transportarbeiterverband gehören 5056 Arbeiter, zu anderen Organisationen 2050, und unorganisiert sind noch der Rest von 4884 Personen. — In den Auskunftsstellen wurde den Mitgliedern in 336 Fällen Rat erteilt und Hilfe geleistet. Der Redner bedauerte, daß noch viele Arbeiter zu Winkelschneidern laufen und ihr Geld für schlechten Rat loswerden, anstatt die freie Auskunftsstelle des Verbandes zu benutzen.

Die geschäftliche Tätigkeit der Sektionsleitung erstreckte sich auch auf 308 Werkstattbesprechungen, 53 Betriebsversammlungen, 80 Vertrauensmännerkonferenzen, 54 Versammlungen der Praxen, 13 Verwaltungssitzungen, 18 Verhandlungen mit Unternehmern, 24 kombinierten Sitzungen mit Arbeiterausschüssen, 40 Streikversammlungen und 20 Sitzungen der Kartellorganisationen. — Fromke schloß seinen Bericht, indem er die Mitglieder zu weiterer rühriger Arbeit für die Ziele und Zwecke des Verbandes aufforderte. Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen und eine Diskussion darüber nicht geführt. — Die alte Sektionsleitung wurde einstimmig wiedergewählt, Fromke und Hurstert als Vorsitzende, Mertens und Hilbrich als Schriftführer. Eine Reihe weiterer Wahlen, für die Bezirksleitungen usw., wurden noch vorgenommen.

Die Abrechnung der Agitationskasse für das zweite Halbjahr 1910 lag gedruckt vor. Die Einnahmen, einschließlich Kassenbestand vom 30. Juni 1910, betragen 1179,86 M., die Ausgaben betragen 765,47 M. Demnach bleibt ein Bestand am Anfang des Jahres 1911 von 414,39 M. in der Agitationskasse.

Zentralverband der Schuhmacher. Eine außerordentlich zahlreich besuchte Generalversammlung der Filiale Berlin fand in den Konfektionskassen statt. Redakteur Bloß hielt einen Vortrag über die politische Lage, der lebhaften Beifall fand. Es sollte dann der Jahresbericht von 1910 vorgelegt werden, was aber bis zur nächsten Versammlung vertagt wurde, da der in Druck gegebene

Bericht noch nicht fertig war. Es folgte die Wahl der Beschwerdebund und der Agitationskommission. Schließlich berichtete der Vorsitzende Hamann über einige Werkstattbesprechungen. In der Schuhfabrik „Fascha“ ist es kürzlich zu einer Arbeitsniederlegung gekommen, und zwar deswegen, weil die Firma, nachdem sie Zwischmaschinen eingeführt hatte, ganz selbstherrlich bei der neuen Arbeitsmethode über die Arbeitsleistung und die Löhne bestimmen wollte, obwohl nach dem mit der Firma bestehenden Tarifvertrag in solchen Fällen zunächst 8 Wochen lang ein dem Durchschnittslohn entsprechender Wochenlohn zu zahlen ist, während die neuen Akkordpreise auf dem Wege der Vereinbarung festzusetzen sind. Die Firma, die Verhandlungen rundweg ablehnte, erklärte, obwohl sie selbst offenbar der schuldige Teil war, in der Arbeitsniederlegung einen Tarifbruch und schrieb an die Organisationsleitung, daß sie den Verband für allen Schaden haftbar machen und auf Kosten des Verbandes noch Leute anlernen lassen wolle. Sie wünschte jedoch dann Rücksprache mit einem Verbandsvertreter zu nehmen, und auf diese Weise wurde am Mittwoch eine Verständigung erzielt, wonach, dem Tarifvertrag entsprechend, vorläufig die dem bisherigen Durchschnittslohn gleichkommenden Wochenlöhne gezahlt werden. — Bei der Firma Leiser haben sämtliche Gruppen Lohnforderungen gestellt, und zwar bereits vor acht Tagen. Nach der jetzt eingegangenen Antwort will die Firma wohl einige Zugeständnisse machen, diese sind aber so gering, daß die Arbeiter sich unmöglich damit zufrieden geben können. Es soll jetzt versucht werden, durch Verhandlungen ein annehmbares Ergebnis zu erzielen. Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Firma Spiegel den Tarifvertrag zum 1. April gekündigt hat.

In übrigen wurden in der Versammlung wieder einmal die erbärmlichen Zustände zur Sprache gebracht, die auf dem einseitigen Arbeitsnachweis des Schuhfabrikantenverbandes herrschen, wo es an jeglichem Aufenthalt für die Arbeitssuchenden fehlt, so daß sie in Schnee und Regen auf der Straße stehen müssen, wenn sie warten wollen, ob eine Stelle einläuft. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Bücher für die Leser des „Vorwärts“!



Sämtliche Begriffe u. Stichwörter sind lexikalisch geordnet, wodurch das Nachschlagen erleichtert wird.

Geheimer Hofrat Joseph Kürschners Lexikon des Deutschen Rechts

Nachschlagewerk der gesamten Reichsgesetzgebung zum praktischen Gebrauch.

Unter Mitwirkung von Rechtsanwalt und Notar Böhm, Rechtsanwalt Dr. jur. J. Grosse, Rechtsanwalt Dr. jur. L. Fuld, Rechtsanwalt Dr. jur. H. v. Holtzendorff, Rechtsanwalt Dr. jur. F. Solgahn, Amtsrichter H. Jentsch, Amtsgewaltiger G. Pannier, Referendar H. Cuna, Referendar Hering, Geh. Postrat Dr. jur. M. Köhler, Vieh- und Schlachthofdirektor Dr. E. Schwarz, Bankbeamter G. Obst, Königl. Eisenbahnbeamter R. Rohde, J. L. Algemessen, A. Schroot, bearbeitet von Joseph Kürschner.

Mit einer Sammlung von 533 Formularen, Kontrakten, Klagen, Gesuchen, Eingaben, Liquidationen, einer Verwandtschaftstafel u. a.

In der Vorrede sagt der Herausgeber: „Wie an praktischer Nutzbarkeit übertrifft das Werk auch an Reichhaltigkeit alles Aehnliche“. Nicht nur das Bürgerliche Recht, das Straf-, Handels- u. Wechselrecht, die sozialpolitische Gesetzgebung, das Gewerbe-, Verfassung und Staatsbürgerrecht in allen ihren Teilen sind behandelt, auch Zoll-, Steuer- und Stempelgesetzgebung, Maß-, Münz- und Gewichtswesen, Bank- und Börsenwesen, Patente, Marken, Modelle, Gebrauchsmuster, Warenschutz, geistiges Eigentum, die Gesetzgebung betr. Schifffahrt, Seerecht, Verfallschungen, Pflanzenbau, Viehzucht, Auswanderung, Verkehrswesen usw. finden Aufnahme und nicht minder, die Gesetzes auf den Gebieten: Militär und Marine, die Reichsbeamten-Gesetzgebung usw. Zwei große starke Bände früher 20 M. jetzt für alle Leser nur 5 M.

Table listing authors and prices for 'Klassiker für Schule und Heim'. Includes entries for Chamisso, Goethe, Grillparzer, Hauff, Hebbel, Heine, Kleist, Körner, Lenau, Lessing, Schiller, Uhland with prices ranging from 1.15 to 2.50.

Legitimationschein für die Leser des „Vorwärts“. Humboldt Verlag G. m. b. H. Berlin W. 57, Balowstr. 66. Der Unterzeichnete bestellt hiermit unter Nachnahme: Expl. Kürschner Lexikon d. Deutschen Rechts, 2 Bde., früh 20 M., für nur M. 5.— froo. Das Werk wiegt 5 kg. Klassiker-Sammlung 15 Bände franko M. 15.—. Includes a list of authors and prices.

Carola-Woche Extra-Preise Nur bis Sonnabend. Erstklassige, naturgemäße Kinderstiefel. Gesetzlich geschützt „Carola“ Bestes Material. Baby-Schuhe und Stiefelchen, Kinderschnürstiefel „Spezial“, Kinderschnürstiefel „Carola“. Carl Stiller jr. W. Leipziger Straße 29, S. Oranien-Strasse 155-156, W. Königgrätzer Str. 124-129.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit...

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt...

Weinmeister-Str. 141... Alkoholfreie Getränke...

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick...

Franz Abraham... Beste alkohol-freies Getränk...

Arbeiter-Bekleidung F. Falk!...

Bäckereien, Konditor... Biottners Großbäckerei...

Arnold Bousier's Landrotfabrik... Bäckerei und Konditor...

Brotfabrik... Buehl & Sohn, Spandau...

Engel's Landrot... Gaedicke's Bäckerei...

Oskar Hanke's Brotbäckerei... Carl Kappler...

Rich. Liebenow... Mache, Carl...

Paul Möller... Conrad Richter...

Otto Scillat... Heinrich Witter...

Ulbrich... Badeanstalten...

Erstes Lohtannin-Bad... Bad Frankfurt...

Bad Friedrichshain... Hohentauern-Bad...

Bad Landsberger St. 107... Kuranstalt M. Schulz...

Köhn's Samariter-Bad... F. Falk!...

Bad Meyers Hof... National-Bad...

Bad Nord-Ost... Bad Ostend...

Passage-Bad... Princes-Bad...

Reform-Bad... Reformbad Weissenau...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Max Böhm... Brauerei P. Rappoldt...

Brauerei Königstadt... Brauerei Pfefferberg...

Brauerei Tivoli... Brauerei Weissenau...

Groterjans... Hase-Brauerei...

Cylix, G... Die Fabrikate der Sarotti...

Goldbier... Seiffert, Erich...

S. D. Moewes... Münchener Brauhaus Berlin...

Norddeutsches Brauhaus... Schiller-Bad...

Silesia-Bad... Viktoria-Bad...

Banden, Gummiw... K. Baake...

Wende, A., Reiche, A... Beerdig.-Anst. Sargm...

Beerdig.-Anst. Sargm... Max Fuchs...

Beleucht.-Gegenst... Backer, Reinhold...

Bunzel, R... Böttner, A...

Kronen-Grossmann... Neuwendorf, O. P...

Schrammar, H... Berufsbekleidung...

Wilh. Scholem... Schuch, M...

Wecker, A... Bierbrauereien, Bierh...

W. Adelung & A. Hoffmann... Oskar Bartz...

Buntrock, W... A. Daweritz...

Carl Franke... Gobel, Wilh...

Fried. Göseke... F. Hagen 22...

August Holtz... Hoffmann, R...

Bezugsquellen Verzeichnis.

Maeding, J... Nordstern...

Pomorski, Paul... W. Riesner...

Ernst Schneider, Spandau... Schröter, R...

A. Talman... Vereinigte Pommersche Meiereien...

Georg Wunder... Cacao, Chocolate...

Cylix, G... Die Fabrikate der Sarotti...

Goldbier... Seiffert, Erich...

S. D. Moewes... Münchener Brauhaus Berlin...

Norddeutsches Brauhaus... Schiller-Bad...

Silesia-Bad... Viktoria-Bad...

Banden, Gummiw... K. Baake...

Wende, A., Reiche, A... Beerdig.-Anst. Sargm...

Beerdig.-Anst. Sargm... Max Fuchs...

Beleucht.-Gegenst... Backer, Reinhold...

Bunzel, R... Böttner, A...

Kronen-Grossmann... Neuwendorf, O. P...

Schrammar, H... Berufsbekleidung...

Wilh. Scholem... Schuch, M...

Wecker, A... Bierbrauereien, Bierh...

W. Adelung & A. Hoffmann... Oskar Bartz...

Buntrock, W... A. Daweritz...

Carl Franke... Gobel, Wilh...

Fried. Göseke... F. Hagen 22...

August Holtz... Hoffmann, R...

Unternehmende Geschäfte

Taubert, J... Fischhandlungen...

C. Ahlers & Co... C. Dittmann...

Kahl... Chr. Kroog...

Hans Kunkel... Winkler & Bähring...

Fleischer, u. Wurstw... Wilhelm Behr...

W. Becker... Speck- und Schinkensalzerel...

W. Becker... Robert Bludschus Nachflg...

Danziger Fleisch-Centrale... Dannenberg...

Rich. Deckert... Max Dingosz...

Anton Fehau... P. Moldenhauer Nachf...

Georg Reiner... Max Richter...

J.C. Schütze Nachf... Hehr, Schupke...

Georg Stasinowski... Rob. Stindt Nachf...

Troike, Th... Wesch, Charit...

Franz Wollmer... Wurmser, Max Nachf...

Fahrräd., Nähmaschinen... M. Abels...

Brennabor... Alex Dam...

Ernst Machnow... W. Malloschky...

Carl Müller... P. Pluge...

Ernst Hase... A. Wodniak...

Färberelcn, Wäscher... Berliner Dampf-Wäscherei...

D. „Ohne Chlor“... Dampfwascherei...

Relches... Dampfwascherei „Sport“...

Gebr. Erbguth... O. Naefe...

Lebensmittel-Großhandel

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht...

Wilhelm Liebherr... O. Liebold...

Max Lönke... F. Löffler...

Liebknecht, Job... H. Matzker...

Stephan Mederer... Otto Menzel...

Merker, P... Josef Michel...

Albrecht Müller... Adolf Nagel...

Max Neubert... Karl Petrich...

Jul. Pytlík... Fritz Rauch...

Albert Reibel... Peter Rechel...

Rhinow, A... O. Rosemann Nachf...

Wilhelm Röder... R. Walter...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Lebensmittel-Großhandel

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht...

Wilhelm Liebherr... O. Liebold...

Max Lönke... F. Löffler...

Liebknecht, Job... H. Matzker...

Stephan Mederer... Otto Menzel...

Merker, P... Josef Michel...

Albrecht Müller... Adolf Nagel...

Max Neubert... Karl Petrich...

Jul. Pytlík... Fritz Rauch...

Albert Reibel... Peter Rechel...

Rhinow, A... O. Rosemann Nachf...

Wilhelm Röder... R. Walter...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Lebensmittel-Großhandel

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht...

Wilhelm Liebherr... O. Liebold...

Max Lönke... F. Löffler...

Liebknecht, Job... H. Matzker...

Stephan Mederer... Otto Menzel...

Merker, P... Josef Michel...

Albrecht Müller... Adolf Nagel...

Max Neubert... Karl Petrich...

Jul. Pytlík... Fritz Rauch...

Albert Reibel... Peter Rechel...

Rhinow, A... O. Rosemann Nachf...

Wilhelm Röder... R. Walter...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

Ed. Schärer... E. Schärer...

